

Parteitag

der Christlich-Sozialen Union
in München, Messehaus, Bayernhalle

I. Plenarsitzung

am Freitag, dem 10. April 1970, 14.00 Uhr

Den Vorsitz führt: Vizepräsident des Deutschen Bundestags
Dr. Richard Jäger

Tagesordnung:

Seite

Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Bundesminister a.D. Dr.h.c.Franz Josef Strauß, MdB	1 - 2
Wahl des Parteitagspräsidiums	1 - 2
Grußworte	2 - 24
Referat des CSU_Landesvorsitzenden, Bundesminister a.D. Dr.h.c.Franz Josef Strauß, MdB	25 - 64
Referat des CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler a.D. Dr.h.c. Kurt Georg Kiesinger, MdB	70 ff

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Landesvorsitzender Bundesminister a. D. Dr. h. c.

Franz Joseph Strauß: Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Ich darf bitten, Platz zu nehmen und die Gespräche ohne se-
sische Grausamkeit langsam abubrechen. So viel Mikrophone
und doch keine Phonzahlen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Partei-
freunde! Ich darf hiermit den Parteitag der Christlich-So-
zialen Union im Jahre 1970 eröffnen. Den zweiten werden wir
als Auftakt zum Landtagswahlkampf in der ersten Juliwoche
dieses Jahres halten.

Ich darf mir trotz der zu erwartenden Begrüßung durch
ein einzusetzendes Präsidium erlauben, Sie alle herzlichst
zu begrüßen und Ihnen für Ihre Teilnahme an diesem über alle
Maßen gut besuchten Parteitag herzlich danken. Was ich po-
litisch zu sagen habe, werde ich in meiner Rede sagen, und
darum beschränke ich mich jetzt darauf, Ihre Zustimmung zu
erbitten, ein

Tagungspräsidium

einzusetzen, für das der Landesvorsitzende folgende Mitar-
beiter unserer Partei vorgeschlagen hat:

Vorsitzender des Präsidiums für Freitag der Vizepräd-
dent, Dr. Richard Jäger,

Vorsitzender für Samstag der Präsident des Bayerischen
Landtags, unser Freund Hanauer,

ferner als Mitglieder des Präsidiums den

Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU Richard Stücklen,
den Bezirksvorsitzenden des gastgebenden Bezirksverban-
des München, unseren Freund Kiesel,

ferner den Bürgermeister der Landeshauptstadt Dr. Hans
Steinkohl,

den Bezirksvorsitzenden der CSU Niederbayerns, Alfred
Dick,

unseren Freund Erich Ziegler, Mitglied des Deutschen
Bundestags,

- F 2 -

Frau Centa Haas von der Frauenunion,
Dr. Alfred Böswald, Landesvorsitzender der Jungen
Union,

den Baron Otto von Feury, dessen Hintergrund und
Zugehörigkeit ich hier weder soziologisch noch
politisch näher zu erläutern brauche,
und die Frau Dr. Elisabeth Biebl.

Ich darf Ihre Zustimmung zur Einsetzung dieses Gremiums
voraussetzen.

Ich möchte dem kommenden Präsidium die Arbeit nicht ab-
nehmen, aber trotzdem seine Nachsicht erbitten, wenn ich
zwei Teilnehmer unserer Tagung auch als Auftakt begrüße und
persönlich willkommen heiße. Das eine ist unser Freund Kurt
Georg Kiesinger. (Lebhafter langanhaltender Beifall) Der an-
dere ist unser Dr. Rainer Barzel, (lebhafter ~~lang~~ Beifall)
Vorsitzender unserer gemeinsamen Fraktion.

Ich darf hiermit das Präsidium bitten, Dr. Richard Jäger
an der Spitze, hier oben Platz zu nehmen, damit ich des
schwierigen Amtes, diese Versammlung unter Kontrolle zu hal-
ten, demnächst entoben bin. Ich bleibe hier oben, bis Du
die Macht übernommen hast, Richard, was sicher Anlaß zu tief-
sinnigen Kalkulationen sein wird.

Vorsitzender Dr. Richard Jäger, Vizepräsident des Deut-
schens Bundestags: Ich darf zunächst einmal die Mitglieder
des Präsidiums bitten, Platz zu nehmen. In einsamer Größe
dazustehen, ist nicht besonders schön.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihrem Beschluß gemäß
das Präsidium des Parteitags übernehme, so habe ich zuerst
die Pflicht, derer zu gedenken, die im vergangenen Jahr aus
unserer Mitte von uns gegangen sind.

(Die Delegierten und Gäste erheben sich
von ihren Sitzen)

Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der furchtbaren
Bluttat, die am deutschen Botschafter in Guatemala, unsern

Freund Carl Graf von Spreti, begangen worden ist. Graf von Spreti war nicht nur Diplomat, er war ein Mann der Christlich-Sozialen Union, ein Mann der ersten Stunde. Wenn sein Name heute in der ganzen Weltpresse mit besonderer Beachtung genannt wird, dann wollen wir daran erinnern, daß er im ersten Deutschen Bundestag der ersten Session des Europarats angehört hat, ein Parlamentarier also am Anfang des Wiederaufbaues in unserer Bundesrepublik und in Europa war. Er hat dann seinen außenpolitischen Neigungen entsprechend in den diplomatischen Dienst gegangen und hat in Luxemburg, Cuba, Jordanien, der Dominikanischen Republik, zuletzt in Guatemala unser Vaterland in hervorragender Weise vertreten.

Es ist leider nicht der einzige tragische Todesfall dieses Jahres. Der Bezirksvorsitzende von München, Konstantin Prinz von Bayern, früheres Mitglied des Bayerischen Landtags, zuletzt Mitglied des Deutschen Bundestages, ist bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückt. Er war einer der aktivsten Männer in unseren Reihen, auch ein Mann, der die ganze Welt zu seinem Operationsfeld machte und überall für Deutschland eingetreten ist.

Wir betrauern weiter den Tod des Landesobmanns der Vertriebenen, Oberstudiendirektor Dr. Fritz Arnold, der Abgeordneter des Bayerischen Landtags in 12 Jahren gewesen ist, und des Vorsitzenden des Agrarpolitischen Arbeitskreises der CSU, des ehemaligen Landrats Andreas Haisch, der seit 1951 Mitglied des Bayerischen Landtags war. Er ist mitten im Bundestagswahlkampf in der Arbeit für die Christlich-Soziale Union gestorben.

Mit diesen vier Männern gedenken wir allen aus unseren Reihen, die in diesem Jahr heimgegangen sind. Sie, meine Damen und Herren, haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir soeben den Blick nach rückwärts gerichtet haben, so fordert dieser Parteitag nunmehr von uns, den Blick wieder nach vorwärts zu richten. Dieser Parteitag der Christlich-Sozialen Union ist in doppelter Weise bedeutsam. Zum ersten Mal sind wir in Bonn nicht mehr Regierungspartei, sondern Opposition. Wir, die Christlich-Demokratische und die Christlich-Soziale Union, haben gemeinsam gegen den erbitterten Widerstand der meisten, die heute die Regierung darstellen, diesen Staat, die Bundesrepublik aufgebaut. Wir haben ihn in 20 Jahren geführt unter den Bundeskanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger. Wir haben unter diesen drei Männern Fortschritte und Erfolge erzielt, wie sie in so kurzer Zeit niemals in der deutschen Geschichte erzielt worden sind. Wenn wir heute trotzdem Opposition sind, dann, meine Damen und Herren, nehmen wir das mit der Gelassenheit derer, die nicht nur regieren können, sondern auch die Verantwortung der Opposition zu tragen wissen und sich dabei stets als die Regierung von morgen fühlen.

Aber es ist nicht nur die Tatsache, daß wir erstmals in Bonn in der Opposition stehen. Es ist auch die weitere Tatsache, daß wir unmittelbar vor einer Landtagswahl stehen, vor der Landtagswahl, von der man ohne weitere Übertreibung sagen kann, daß es die wichtigste seit 1946 sein wird. Denn in Bonn, im Bundeskanzleramt, da schmiedet Herr Minister Ehmke die Pläne, die christlich-soziale Festung Bayern zu schleifen und unser Heimatland gleichzuschalten. Dagegen treten wir zum Kampf an. (Beifall) Wir wissen, daß die Gleichschaltung Bayerns durch eine Linksregierung der Sieg eines volks- und landfremden Zentralismus wäre, und wir wollen uns das Erbe, das unsere Ministerpräsidenten Erhard, Seidel und Goppel hingestellt haben, nicht aus der Hand schlagen, nicht aus der Hand nehmen lassen. (Beifall) Es geht dabei nicht nur um Bayerns Regierung selbst, die Führung in diesem unserem Land mit seinen großen Aufgaben. Es geht auch darum, daß dieses Bayern für Deutschland, für ein christlich-demokratisches und christlich-soziales Deutschland steht. Und darum

die Parole des Parteitages: "Deutschland braucht Bayern" und damit dieser Parteitag als ein Auftakt für die Entscheidung des November!

Wie wichtig dieser unser Parteitag ist, ist nicht nur aus der Zahl der Teilnehmer, der Delegierten, zu ersehen, sondern ^{auch} aus der Anzahl und aus der Bedeutung der Gäste, die zu uns gekommen sind.

Lassen Sie mich, altem Brauche folgend, zuerst unsere Freunde aus dem Ausland begrüßen!

Als Vertreter der Österreichischen Volkspartei Herrn Karl Dietzler aus Wien. (Beifall)

Als Vertreter der uns ebenso verbundenen Südtiroler Volkspartei Herrn Senator Dr. Tröger aus Bozen! (Beifall)

Ich begrüße die Herren Generalkonsuln aus Belgien, Chile, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Österreich, der Schweiz, Somalia, Südafrika und der Türkei und die anderen Vertreter des in München akkreditierten konsularischen Korps. (Beifall)

Wenn ich mich unseren deutschen Gästen zuwende, dann begrüße ich an erster Stelle mit besonderer Herzlichkeit den Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union, Herrn Bundeskanzler a. D. Dr. Kurt Georg Kiesinger. (Beifall)

Mit ihm begrüße ich ebenso herzlich den Vorsitzenden der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Herrn Bundesminister a. D. Dr. Rainer Barzel. (Beifall)

Mit ihnen heiße ich alle Freunde aus unserer Schwesterpartei, der Christlich-Demokratischen Union, willkommen, in besonderer Weise den stellvertretenden Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Herrn Staatssekretär a. D. Eduard Adorno (Beifall) sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden von Berlin, Dr. Rotegel und Jürgen (Beifall)

In üblicher Weise heißen wir die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung nicht im einzelnen willkommen. Aber ich begrüße doch gerade im Hinblick auf die entscheidende Schacht,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

- F 6 -

unseren
die vor uns steht, besonders Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Alfons Goppel. (Beifall)

Mit ihm den Bürgermeister der gastgebenden Landeshaupt-
stadt München, unseren Parteifreund Steinkohl. (Beifall)

Ich heiße die Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und
dem Bayerischen Landtag herzlich willkommen und begrüße be-
sonders die Vertreter der beiden Kirchen, die unter uns
weilen. (Beifall)

Ich weiß nicht, ob mir die Vertreter der zahlreichen
Behörden, die hier anwesend sind, beim Hereinkommen bereits
alle aufgefallen sind. Ich möchte für die Bundesbehörden je-
denfalls unseren alten Freund Stingl, den Präsidenten der
Bundesanstalt für Arbeit, begrüßen. (Beifall)

Ich begrüße den Regierungspräsidenten von Oberbayern,
Herrn Dr. Deinlein, (Beifall), die Herren Offiziere und
Unteroffiziere der Bundeswehr, die Vertreter der Bundesbe-
hörden, die Beamten der Ministerien und sonstigen Behörden, die Ver-
treter von Wirtschaft und Industrie, der konfessionellen und
interkonfessionellen Verbände der Gewerkschaften und beson-
ders die so zahlreich anwesenden Vertreter von Presse, Rund-
funk und Fernsehen, die durch ihre Zahl schon wieder bewei-
sen, daß hier ein zentrales Ereignis der deutschen Politik
stattfindet. (Beifall)

Und nun darf ich Sie selbst, die Delegierten der
Christlich-Sozialen Union, hier willkommen heißen und in
diesem unserem Kreis an der Spitze die Ehrenvorsitzenden
unserer Partei, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Dr. Hans
Ehard (Beifall) und Herrn Staatsminister a. D. Dr. Josef
Müller; (Beifall) besonders begrüße ich die Gattin unseres
so früh verstorbenen Landesvorsitzenden, Frau Ilse Seidel.
Wir freuen uns, daß Frau Seidel immer wieder zu unseren
Kongressen und Parteitagen kommt und in unserer Mitte weilt.

Meine Damen und Herren! Nachdem ich die Begrüßung die
möglicherweise unvollkommen ist - wofür ich um Entschuldigung
bitte -, vorläufig abgeschlossen habe, darf ich nunmehr Herrn

Bürgermeister Steinkohl bitten, namens der gastgebenden Landeshauptstadt ein Grußwort zu sprechen.

Dr. Hans Steinkohl, Bürgermeister: Herr Landesvorsitzender, verehrte Damen, meine Herren! Als Bürgermeister in dieser Stadt gestatten Sie mir die Freude und Ehre, die Delegierten und Gäste des Parteitages der Christlich-Sozialen Union in Bayern herzlich willkommen zu heißen.

Mein besonderer Gruß gilt dem Bundesvorsitzenden der CDU, Herrn Bundeskanzler a. D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel und den Mitgliedern seines Kabinetts, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Herrn Rainer Barzel, den Vertretern des Auslandes und den Abgeordneten des Bundestags und des Landtags.

Meine Damen und Herren! Das Motto des Parteitags lautet: "Deutschland braucht Bayern". Ein gutes Wort! Keine Platitüde, wie eine Zeitung in ihrer heutigen Ausgabe meinte, sondern für uns Bayern höchstens eine Binsenwahrheit. In einer Zeit jedoch, in der die Sprache so oft zur Fäkaliensprache degradiert wird, ist es meines Erachtens besonders wichtig, Wahrheiten klar, unmißverständlich und deutlich auszusprechen. Zum anderen steht hinter diesem Motto das klare Wissen um den eigenen Standort und die damit verbundenen Aufgaben. Wie sehr die ^{CSU} ~~CSU~~ diese ihre Aufgabe im Rahmen der Verpflichtung Deutschlands und Bayerns im Sinne einer Bewältigung von Gegenwart und Zukunft versteht, wollen Sie aus den Themata der fünf Foren ersehen.

Meine Damen und Herren, von Lord George soll das Wort stammen: "Eine gute Rede muß einen guten Anfang und natürlich einen wirksamen Schluß haben, wobei das wichtigste ist, daß möglichst beides unmittelbar ineinander übergeht. Das gilt natürlich nicht für Grundsatzreferate und große politische Auseinandersetzungen, stimmt aber für eine Begrüßungsrede. Darum muß ich mich jetzt um einen wirksamen Schluß bemühen.

Ich glaube, es überrascht und wirkt immer für einen Politiker, wenn er ohne Not einen Hintergedanken verrät. Das sage ich ehrlich: Das Motto dieses Parteitages gefällt mir nicht nur, weil es wahr und aufrüttelnd ist, sondern weil es der Stadt zum Vorteil gereicht, die zu vertreten ich die Ehre habe. Denn wer Ja sagt zu Bayern und dessen Aufgabe, der sagt auch Ja zur Landeshauptstadt München.

Meine Damen und Herren! Ich schließe mit dem Wunsch, daß möglichst viele erkennen, wie sehr dieses Bayernland wieder einmal in der deutschen Geschichte zu einem Angelpunkt geworden ist. Möge dieser Parteitag einen wichtigen Beitrag zu dieser Erkenntnis liefern!

(Beifall)

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Bürgermeister für die Begrüßungsworte und darf nun das Wort dem Vorsitzenden des Bezirksverbands München, Herrn Landtagsabgeordneten Kiesel geben.

Erich Kiesel, MdL: Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Als Bezirksvorsitzender der CSU München bin ich sehr froh darüber, daß dieser Parteitag in München stattfindet. Ich möchte mich beim Landesvorsitzenden dafür herzlich bedanken. Wir haben für unsere Arbeit in der Großstadt in letzter Zeit sehr großes Verständnis, insbesondere auch bei Ihnen, Herr Landesvorsitzender, gefunden. Wir stehen aber erst am Anfang unserer Bemühungen und wir wollen Erfolge erringen in dieser Stadt. Wir haben in München eine große demokratische Verantwortung, weil die SPD in dieser Stadt sich anschickt, teils offen, teils trügerisch verdeckt einen Linkssozialismus zu propagieren, der die Grenzen unserer verfassungsmäßigen Ordnung überschreitet. Gerade diese Entwicklung in der letzten Zeit hat mich in zwei Auffassungen bestärkt: erstens daß der Einsatz unserer Partei unter allen Umständen noch intensiver gestaltet werden muß und für den Bürger deutlicher und sichtbarer gemacht werden muß, und

zweitens daß verstärktes sachliches und persönliches Engagement, Alternativen zu scheinbar sekrosankten Zuständen und Personen von der Bevölkerung honoriert und akzeptiert werden. Beide Gesichtspunkte, meine Damen und Herren, haben für München eine besondere Bedeutung.

Ich möchte deshalb meine Begrüßungsworte an Sie und meine Wünsche für einen guten und erfolgreichen Verlauf unseres Parteitages mit der Hoffnung verbinden, daß auch dieser Parteitag dazu beitragen möge, das Programm und den Einsatz unserer Partei für die Probleme der städtischen Entwicklung noch stärker hervortreten zu lassen. (Beifall)

Vorsitzender: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Kiesel, für Ihr Grußwort und wir wünschen Ihnen für das neue schwere Amt des Bezirksvorsitzenden in München vollen Erfolg.

Nunmehr spricht als Vertreter der Österreichischen Volkspartei der Nationalrat Karl Tietzler.

Karl Tietzler: Hohes Präsidium, hoher Parteitag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen recht herzlich danken, daß Sie mich und meine Freunde aus Österreich und aus Wien zu Ihrem heutigen und morgigen Parteitag eingeladen haben. Sie haben Ihren Parteitag mit dem Motto versehen: "Deutschland braucht Bayern". Und ich möchte, meine Damen und Herren, nicht überheißlich erscheinen, wenn ich sage, auch Österreich braucht Wien und als Wiener und als Österreicher sind wir heute gerne zu Ihrem Parteitag gekommen. Wir verfolgen stets mit Interesse die politischen Geschehnisse in Deutschland, aber auch Ihre Wahlen hier in Bayern. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, wir haben in Österreich als Österreichische Volkspartei einmal eine Wahl gewonnen und die im Anschluß stattgefundenen Regierungsverhandlungen beinahe verloren. Jetzt am 1. März bei unseren Nationalratswahlen hat man der Österreichischen Volkspartei ein wenig die Nase eingedrückt und wir mußten eine Niederlage zur Kenntnis nehmen. Aber jetzt sind wir bei diesen

Verhandlungen schon sehr auf der Hut, wie es mit der neuen Führung aussehen wird. Ich sage aber auch gleichzeitig, die Österreichische Volkspartei wird in die Regierung gehen, aber nicht um jeden Preis.

Ihnen aber, meine Damen und Herren, wünsche ich für den heutigen und morgigen Parteitag alles Gute. Mögen Ihre Beratungen und Beschlüsse von vollem Erfolg getragen sein!

Vorsitzender: Herr Präsident! Ich darf Ihnen für Ihre freundlichen Worte recht herzlich danken und Ihnen die besten Wünsche dafür mitgeben, daß Sie die Regierungsbildung so gut gewinnen, wie Sie sie jetzt in dieser Lage gewinnen können.

Meine Damen und Herren! Es war mir nicht bekannt, daß die Südtiroler Volkspartei durch den Abgeordneten Delago vertreten ist. (Beifall) Ich heiße ihn herzlich willkommen. Zugleich erteile ich ihm das Wort zu einer Begrüßungsspiele.

Delago: Hohes Präsidium, Hoher Parteitag, verehrte Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen allen heute zu Ihrem Parteitag 1970 die herzlichsten Grüße der Südtiroler Volkspartei zu überbringen. (Beifall) Die Südtiroler Volkspartei ist der CS nicht nur als christlich-demokratische Partei nahe. Nein, wir Südtiroler vom Land an Etsch und Eisack, vom südlichsten Land des deutschen Kulturraumes sind Ihnen hier in Bayern ganz besonders freundschaftlich verbunden. (Beifall) Und in diesem Geiste der Verbundenheit und der wahren Freundschaft ist es, daß ich Ihnen allen hier Glück und besten Erfolg für Ihren Parteitag wünsche. (Beifall)

Vorsitzender: Ich danke Ihnen recht herzlich für die Grußworte, die Sie uns gesagt haben. Wir Bayern fühlen uns Südtirol immer besonders verbunden.

Meine Damen und Herren! In der Opposition ist die Aufgabe einer Fraktion noch um vieles bedeutsamer als in

- F 11 - 77

der Regierung. Wenn die Christlichen Demokraten rascher gelernt haben, als Opposition tätig zu sein, als die Sozialdemokraten gelernt haben, als Regierungspartei zu agieren, dann ist das nicht zuletzt das Verdienst unseres Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel. Ich erteile ihm das Wort. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Landesvorsitzender Bundesminister a.D. Dr. h.c. Franz Josef

S t r a u ß :

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
Erlauben Sie mir, auch nach den Worten des Präsidenten unseres Präsidiums, Dr. Richard Jäger, persönlich, aber auch im Namen der von mir bisher jetzt geführten Partei ein herzliches Wort des Dankes an die Adresse von Dr. Rainer Barzel für das zu sagen, was er heute hier in unmißverständlichen Formulierungen ausgedrückt hat.

(Beifall)

Das ist genau die Sprache, die die Stunde erfordert, und das ist auch - "Deutschland braucht Bayern" - die Sprache, die man in Bayern besonders gut versteht, das ist die Sprache, - und ich weiß, was ich hier formuliere - der einheitlichen Wellenlänge der CDU/CSU im Kampf gegen eine Politik, die unsere Existenz gefährdet.

(Beifall)

Und darum, lieber Rainer Barzel, sage ich dir ein besonders herzliches Wort der Verbundenheit, ein Wort der Verbundenheit dafür, daß Du gestern im Wirtschaftsrat eine sehr klare und Ziele setzende Rede gehalten hast und daß Du heute in einem ausdrücklich von uns sehr begrüßten mer als Grußwort die gemeinsame Meinung ausgedrückt hast. Ich danke Dir - da ich weiß, daß dein Flugzeug um 4 Uhr geht - die Verbundenheit der CSU ausdrücken, und alle guten Wünsche für den Erfolg Deiner Arbeit in der Führung der gemeinsamen Fraktion.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
Es war richtig, den 1. Parteitag der CSU nach den Bundestagswahlen 1969 nicht im Sog der Ereignisse in Bonn sondern mit einem gewissen zeitlichen Abstand abzuhalten. Dieser Abstand erlaubt es uns, die Dinge etwas klarer zu sehen und sich über die Politik der neuen Bundesregierung ein brauchbares Urteil in den Schwerpunkten der Innen- und Außenpolitik zu bilden.

Aber lassen Sie mich zunächst ein Wort des Dankes sagen:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

des Dankes an unsere Wähler für das Vertrauen, das sie uns erwiesen haben, an unsere Mitglieder für die Treue, die sie uns bewahrt haben, an die neuen dafür, daß sie den Weg zu uns gefunden^{haben}, an die Mitarbeiter für die Mühe, die sie für unsere Politik aufgewendet haben. Wir wollen und werden sie nicht enttäuschen!

Wenn man die Kräfte mißt, die gegen uns in diesem Bundestagswahlkampf aufgeboten worden sind - ich brauche sie nicht im einzelnen aufzuzählen -, dann hat die CSU auch in diesen Bundestagswahlen hervorragend abgeschnitten, nicht zuletzt deshalb, weil wir für eine klare politische Linie mutig und kompromißlos gekämpft haben. Wir sind nicht verstört und erschüttert durch den Wechsel von der Regierungsbank zur Opposition, wie manche Pseudopsychologen und Seelengraphiker es so anschaulich geschildert haben, um das Bild ^{von der} ~~von~~ schmollenden abseits stehenden CSU und ihrem im bayerischen Exil hilflos grollenden Vorsitzenden so richtig plastisch zu malen.

(Heiterkeit)

Das gilt auch für Parteifreunde wie Franz Heigert.

Wir haben die Vorgänge in Bonn kritisch und wachsam verfolgt. Wir haben rechtzeitig, auch innerhalb der eigenen Reihen manchmal getadelt, unsere Stimme erhoben, als Fehlwege sichtbar wurden, und wir werden uns ~~sich~~ ^{nicht} in Zukunft einschüchtern lassen, weder von der Jubelpresse noch vom Terror, unsere Meinung zu sagen, wann wir wollen, wo wir wollen, und wie wir wollen.

(Beifall)

Das gilt auch für mich, ob in Vilshofen oder anders wo,

(Beifall)

um zwei in der deutschen Politik gleichwertige Größenordnungen zu nennen.

(Heiterkeit)

Herr Ahlers, unter dem Markenmuster "Conny" bekannt, hatte schon recht, als er von der "Meinungsverfälschung" sprach, nur die Adresse war falsch. Die öffentliche Meinung wird heute systematisch und eindeutig gegen die CDU/CSU in Berichterstattung und

Komentierung durch gewisse Organe beeinflusst.

(Beifall)

Wir brauchen nicht nur eine freie Presse, zu der wir uns bekennen als einem Fundament einer jeden Demokratie, wir brauchen auch eine wahrheitsgemäße und umfassende Information für die Öffentlichkeit und wir brauchen eine objektive ^{Kenn}orientierung.

(Beifall)

"Schau heimwärts, Engel!" heißt ein Theaterstück. Wir blicken nicht rückwärts. Wir wissen, daß Leistungen der Vergangenheit nur insoweit zählen, als sie Glaubwürdigkeit nach draußen und Selbstsicherheit im eigenen Innern geben. Beides darf nicht mit Angabe und Selbstzufriedenheit verwechselt werden. Wir sind regional eine Landespartei, die mit Befriedigung auf ihre Tätigkeit von 1945 - unvergeßlich Fritz Schäffer! - bis 1970 Dr. Josef Müller, Hans Ehard, Hans Seidel, Alfons Goppel, und viele andere wären zu nennen, die für den Aufstieg des Landes Bayern gewirkt haben - zurückblickt. Wir blicken auf diesen Aufstieg, aber nicht nur auf die Leistungen der Vergangenheit. Wir haben auch klare Vorstellungen, wie es in Bayern weitergehen soll. Es wird auch in Bayern ohne Vogel, aber nicht ohne Strauß weitergehen.

(Beifall)

Wir sind aber in unserem politischen Engagement eine Bundespartei, die mit der CDU gemeinsam ein Stück deutscher Geschichte gestaltet hat - im Wirtschaftsrat in Frankfurt, wo der Boden für unsere wirtschaftliche Kraft und soziale Leistungsfähigkeit von heute dank Ludwig Erhards Konzeption festgelegt worden ist, im parlamentarischen Rat, als kritisch das Grundgesetz mit erarbeitet wurde, im Deutschen Bundestag und in allen bisherigen Bundesregierungen, in denen unsere Vertreter wesentliche Aufgabenbereiche mit Erfolg wahrgenommen haben. Die CSU hat sich in das Buch der deutschen Nachkriegsgeschichte, lassen Sie mich ohne Übertreibung sagen, in das Buch der Deutschen Zukunftsgeschichte, mit sichtbaren Leistungen und verdienten Namen eingetragen.

So richtig es ist, daß man für vergangene Verdienste politisch nicht bezahlt wird, so falsch wäre es, sich dieser Zeit nicht zu erinnern. In ihrem Glanz sonnen sich aber diejenigen, die alles getan haben, um die wesentlichen Entscheidungen der Politik von damals zu verhindern,

(Beifall)

die aber heute, ohne rot zu werden, - weil sie es schon sind -

(Heiterkeit)

von diesem Erbe zehren, gleichgültig, ob es sich um die von der Politik der Marktwirtschaft erzeugte Substanz oder um die vertrauensvolle Verbindung ^{mit} ~~zu~~ unseren westlichen Partnern handelt.

Herr Brandt ist uns bis heute die Antwort schuldig geblieben, was er eigentlich meinte, als er heute im letzten Jahr als Außenminister ^{den} Vorwurf erhob, man habe leider nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik nicht den radikalen Bruch mit der Vergangenheit vollzogen. Die von den Sozialdemokraten verfolgte und vorgeschlagene, zum Glück erfolglos gebliebene Politik war nicht radikaler Bruch mit der Vergangenheit, das war nackte Reaktion auf alle Gebieten - sozialistische Planwirtschaft gegen soziale Marktwirtschaft, eigenbrötlerische Isolierung in naiver Unterschätzung der sowjetischen Politik statt solider Verbindung mit den Western. Und erst die Annäherung an unsere Politik - bei den einen aus Einsicht, bei den anderen aus Taktik, bei den Dritten mit Zähneknirschendem Stillschweigen mit der Hoffnung auf andere Zeiten - hat die SPD in den Ruf der Regierungsfähigkeit gebracht, was sie nicht hindert, heute von 20 Jahren verfehlter CDU/CSU-Politik zu reden.

Wir haben diesen Weg gemeinsam mit der CDU zurückgelegt und wir wollen es auch weiterhin tun, ohne unsere Selbständigkeit aufzugeben. Wir freuen uns, wenn die besondere Note der CSU-Politik auch außerhalb Bayerns Anerkennung findet. ^(Wir sind eine Volkspartei) Wir wollen weder links noch rechts überholen, weil wir unseren Kurs nicht durch die Koordinaten anderer Parteien bestimmen lassen ^(Wir sind der deutschen Geschichte verbunden), der bayerischen und der deutschen. Wir bewahren das gute Erbe, wir sind der Zukunft zugewandt, wir schließen das Neue. Wir loben

nicht das Alte, weil es alt ist, wir schreien aber auch nicht nach dem Neuen, bloß weil es neu ist. Die Frage ist nicht, ob etwas alt oder neu ist. Die Frage ist, ob etwas gut ist und ob es weiterhilft in der Lösung unserer Lebensfragen. Wir wollen nicht durch Beifall von der falschen Seite in ein falsches Licht kommen. Wir lassen uns aber auch nicht durch Geschrei und ~~ge-~~Ge-kläff von dem abbringen, was wir für richtig halten, was wir in unserem Programm niedergelegt und in unserer praktischen Politik verfolgt haben. Wir stehen in enger Verbindung zur Bundespartei der CDU und wir stehen heute und morgen in Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU. Es ist auch nicht so, daß ~~in~~ ^{der Politik der CSU} Inhalt und Stil nur auf Bayern zugeschnitten wären und nur hier, im südlichen Ausläufer der bundesrepublikanischen Heimat, etwa Anklang finden würden. Unser Föderalismus ist kein Provinzialismus. Unsere Verwurzelung in Geschichte und Tradition gibt uns die Sicherheit, für das Neue aufgeschlossen zu sein, aber auch Spreu vom Weizen zu sondern. Wir sind kein Parteimuseum für politische Denkmalpflege, wir sind Träger einer aktiven Politik, die auf der Grundlage der erreichten Leistung immer Besseres anstrebt. Mit unseren wirklichen Freunden innerhalb und außerhalb der CDU leisten wir unseren Beitrag für die deutsche Politik von morgen und hoffen, daß alle in gemeinsamer Willensbildung der Unionsparteien dem gemeinsamen Ziel dienen und zustreben.

Nichts wäre schlechter für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, als in Selbstgerechtigkeit, Selbstzufriedenheit und Selbstsicherheit zu erstarren. Es würde unser Ende als entscheidende politische Kraft bedeuten. Wir haben genug Grund, an uns Selbstkritik zu üben, nicht an der Richtigkeit unserer politischen Grundsätze und Ziele, aber an der Methode, sie durchzusetzen und uns in der Öffentlichkeit darzustellen. Wir sitzen auch in Bayern nicht auf einem Erbhof, in dem der politische Nachfolger immer CSU heißen muß. Wir sind in Bayern nicht auf einer Insel der Seligen, aus deren Regierungsparadies man nicht vertrieben werden kann. Das möchte ich all denen sagen, die unsere Regierungsmehrheit im Landtag als selbstverständlich und für die Dauer gewährleistet und deshalb keine Änderungen als förderungswürdig zu betrachten geneigt sind.

Die Einheit innerhalb unserer Partei muß gestärkt werden, nicht aus Selbstzweck, sondern als Ergebnis parteiinterner Kritik. Alle Kräfte der CSU müssen sich zu einer einheitlichen Strategie in Bund und Land zusammenfinden. Ich kann es nicht eindringlich genug sagen - den folgenden Satz habe ich mir sehr gründlich überlegt -: Was sich im Herbst letzten Jahres in Bonn ereignet hat, war nicht ein einfacher Regierungswechsel nach den Grundregeln ~~in~~ nach den Grundregeln der parlamentarischen Demokratie. Es ist darauf angelegt, eine grundsätzliche und langfristige Umorientierung der deutschen Politik im Inneren und nach außen einzuleiten. Darum haben die Vertreter der CSU im Bundestag, ~~e~~ im Landtag, in der Staatsregierung, in den Kommunalvertretungskörperschaften und nicht zuletzt in den Rundfunk- und Fernsehräten ein Höchstmaß an Wachsamkeit und kämpferischer Bereitschaft zu zeigen. Wir dürfen keine bürgerliche Partei mit allen Anzeichen der Sattheit und der Angst vor dem Kampf sein. Wir müssen eine Partei ~~in~~ der politischen Dynamik sein, die ihre Anhänger erhält, die Müder aufrüttelt, die Suchenden anzieht.

Der Grundsatz der Leistung muß noch stärker durchgesetzt werden, wenn unsere Glaubwürdigkeit nicht leiden soll. Fähigkeit und Leistung sowie das Vermögen, sich in der Öffentlichkeit ~~w~~erbend durchzusetzen, müssen ^{in Zukunft} bei Kandidatenaufstellungen noch mehr ausschlaggebend sein, als ~~es~~ bisher gewesen sind. Die Zeit ist vorbei, wo man mit der ~~A~~ufstellung durch ein Parteigymnasium sichere Aussichten hatte, in ein Amt gewählt zu werden. Das erfordert:

1. daß unsere Aufstellungskörperschaften einen breiten Querschnitt durch das Volk darstellen und deshalb auf einer breiten und immer noch auszuweidenden Mitgliederbasis stehen müssen.

1. daß Funktionen in allen Bereichen ~~bes~~ mit politischen Begabungen besetzt werden müssen, nach denen ständig Ausschau zu halten ist. Dabei ist weder Alter noch Jugend entscheidend, sondern allein die zu erwartende Leistung.

Alter und Akt allein verleihen genauso wenig ein politisches Profil, wie Jugend und Ehrgeiz schon Fähigkeit gewährleisten. Eifersüchteleien und persönliche Ambitionen müssen angesichts der Tragweite dessen, was heute auf dem Spiel steht, zurückgestellt werden.

(Beifall)

Inhalt und Darbietung unserer Politik müssen dem Bilde entgegenwirken, das auf vielen Wegen bestimmten Wählerschichten suggeriert worden ist, als ob wir rückständig, altmodisch, unbeweglich und schwerfällig seien. Wir sind keine Honoratiorenpartei und müssen das glaubwürdig zum Ausdruck bringen. Wir müssen uns jeder an seiner Stelle und nach allen seinen Möglichkeiten - bemühen, unsere Politik ohne Angst vor Widerspruch und Anfeindung zu vertreten, neue Anhänger zu gewinnen und neue Mitglieder zu ziehen.

Nach Programm, Grundsätzen und Stil sind wir eine Volkspartei, keine Partei einer Gruppe, aber auch nicht Partei gegen eine Gruppe. Wir sind eine freiheitliche demokratische Volkspartei, die alle Bestrebungen und Versuche des nationalen oder internationalen Sozialismus, die Macht in Deutschland endgültig zu erobern, entschieden bekämpfen wird. Es genügt einfach nicht, daß viele unserer Mitglieder sich darauf beschränken, den Beitrag zu zahlen, und vielleicht nicht einmal das, oder die Wahl der Parteigruppen durchzuführen. Alle unsere Mitglieder müssen unsere Politik in der Öffentlichkeit nachdrücklich unterstützen. Darum müssen sie auch an der Erarbeitung und Formulierung unseres politischen Willens beteiligt werden.

Die führenden Vertreter unserer Partei, auch der Parteivorsitzende, wer eben gerade dem Trommelfeuer ausgesetzt ist, bedarf nicht nur der Fähigkeit zur Selbstkritik und der Einsicht, nicht immer recht haben zu müssen, er bedarf auch der Schützenhilfe und der Absicherung aus den eigenen Reihen.

(Beifall)

Auch Leserbriefe an Zeitungen und Zeitschriften, an Rundfunk und Fernsehen, sind demokratische Waffen im Meinungskampf, die nicht nur von den-~~en~~ eingesetzt werden sollen, die gegen uns sind, sondern auch von uns. Mit der nachrückenden Jugend, gleichgültig, ob sie innerhalb oder außerhalb unserer Partei steht, müssen wir uns unterhalten und zusammenarbeiten. Wir müssen sie dafür gewinnen, unsere Gesellschaftsordnung zu erhalten, zu verbessern und weiterzuentwickeln. Wir müssen sie aber auch gegen Gattenfänger kritisch und wachsam machen, wir müssen gerade sie in ih-

rer Begeisterungsfähigkeit abwehrbereit gegen diejenigen machen, die unsere Gesellschaftsordnung zerschlagen wollen.

Es geht nicht um Belehrung gegenüber der Jugend auf der einen Seite und Rücksichtnahme auf das Alter auf der anderen Seite. Der Vorwurf ist kein Argument. Zuhören, verstehen, reden, überzeugen, gewinnen, heißt die Forderung des Tages, und zwar gerade deshalb, weil heute das Generationsproblem größer ist denn je. Denn wir befinden uns in der schnellstlebigen Epoche der Menschheitsgeschichte, wo die wissenschaftlich-technische Revolution die menschliche Geschichte sichtbar zu beschleunigen begonnen hat. Die Jugend steht bei allem Trotz und aller Selbstsicherheit dieser Erscheinung mit Zukunftsangst gegenüber, mehr als es je in der Jugend der Fall war. Wir müssen ihr die Sicherheit geben, daß sie kein manipuliertes Instrument gewissenloser Machtpolitik und hilfloses Objekt wirtschaftlicher Interessenpolitik wird, aber auch kein verwaltetes Etwas einer kollektiven Gesellschaftsordnung. (Beifall)

Es ist im Rahmen einer nach Umfang und Zeit begrenzten Parteitagsrede nicht möglich - dafür bitte ich nachdrücklich um Verständnis und nochmals um Nachsicht - , alle Sachgebiete der Politik anzuschneiden oder gar ausführlich darzustellen. Es ist auch nicht der Zweck der Übung, ein Oppositionskonzept auf allen Sachgebieten zu programmieren. Vieles, was die heutige Bundesregierung auf ihre Fahnen schreibt, ist die schlichte Fortsetzung dessen, was früher begonnen wurde. Aber in der selbstbezogenen Intoleranz, die in der Ära Brandt unter dem Versprechen von mehr Demokratie ihren Einzugs gehalten hat, wird das gern als Politik der großen Reformen anspruchsvoll plakatiert. Vieles aber, was die Regierung in Bonn versprochen hat, kann nicht eingehalten werden, weil in Verbindung mit anderen Konsequenzen der neuen Regierungspolitik unsere Leistungsfähigkeit überfordert wird. Auch das ist ein Grund für die Beunruhigende und unkontrollierte Preisentwicklung.

Vieles, was die Regierung ankündigt, ist ein Wortmasken-Leihinstitut, ein Maskenleihinstitut der doppeldeutigen Ausdrücke und der hochtrabenden unverbindlichen Begriffe. Aber sie baut nicht weiter auf dem festen Boden, den wir geschaffen haben, sondern sie beginnt diesen Boden umzugraben, in der Innen- wie in der Außenpolitik.

Aufgabe der Opposition ist es nicht, der Regierung Ratschläge zu erteilen, sondern ihr auf die Finger zu sehen, sie zu überwachen und notfalls Alarm zu schlagen, damit die Öffentlichkeit aufmerksam wird. Es ist auch gar nicht möglich, im einzelnen Gegenvorschläge zu machen, weil wir unsere Politik insgesamt solider programmiert hatten, weniger Wortgewaltig und weniger vieldeutig, aber zuverlässiger und sicherer.

Unsere generelle Alternative heißt: freiheitlich-soziale Leistungsgesellschaft gegen die sozialistisch bewirtschaftete Planwirtschaft. (Beifall) Diese Planwirtschaft wird unter den Markenartikel "demokratischer Sozialismus" verkauft, und zwar unter zwei Aspekten: Einmal als die neue Gesellschaft von morgen, zum anderen - und das ist noch wesentlich gefährlicher - als die bessere Struktur für das geregelte Neben- und Miteinander mit dem kommunistisch regierten Teil Deutschlands, ja als die Voraussetzung für den von der Bundesregierung angekündigten Übergang von der Konfrontation zur Kooperation, wie das mißbrauchte Wort des Präsidenten Nixon heißt, für den Übergang vom Gegeneinander zum Neben- und Miteinander, den man erzwingen will.

Deshalb ist es die Pflicht einer Oppositionspartei, die Frage an die SPD zu stellen: Was habt Ihr eigentlich vor? Was sind eure langfristigen Ziele in der Innen- und Außenpolitik, die hinter dem Nebelvorhang wortgewaltiger Phrasen vorbereitet werden? (Beifall)

Die britische Wochenzeitung "Economist", mit sozialistischem Einschlag britischer Prägung, stellte am 21. Februar, also in jüngster Zeit, die Frage: "When will Brandt tell the ~~criticizer~~ **criticizer**"

whole story?" Wann wird Brandt die ganze Geschichte erzählen? Vielleicht kann er es selber gar nicht. Vielleicht könnten seine Berater es besser, die grauen Eminenzen: Ehmke, Bahr, Bauer. Vielleicht ist er selber mehr ein Bekenner für das, was andere um ihm verkünden wollen, ein Medium für das, was andere mit ihm durchsetzen wollen. Wir aber haben das Recht und die Pflicht, zu fragen: Herr Brandt, wohin soll die Reise gehen?

Die SPD ist zunächst mehr von der Taktik, "zu gefallen", gefällig zu sein, bestimmt als von der Sache her. Sie will durch "Zeichensetzung für einen langen Weg" an der Macht bleiben und zunächst die Ausgangsposition zur Errichtung einer absoluten Mehrheit gewinnen. "Die Zeichensetzer" - eine alte marxistische Tradition - arbeiten immer plakativ mit zeitgünstig schicken Formeln und Worten, allerdings ohne ihren Inhalt zu erklären, geschweige denn die Folgen gesetzter Zeichen aufzuzeigen.

"Die Zeichensetzer" sind von Anfang an darauf angewiesen, eine gesteuerte und möglichst breit kontrollierte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, die darauf abzielt, den Staatsbürger nicht gleich alles merken zu lassen.

Wir verstehen es, daß trotz der offiziellen Jubilato-Stimmung und Jubilate-Propaganda eine tiefer Unruhe und Unbehaglichkeit sich im Volke ausdehnt. Wir können nur sagen: Wir von der CDU/CSU geben acht, wir werden alles tun, damit die Öffentlichkeit über Sinn und Bedeutung dieser Vorgänge nicht im Unklaren gelassen oder absichtlich gehalten wird.

Innenpolitisch hat diese Konzeption des demokratischen Sozialismus ihren schwächsten Punkt dort, wo wirtschaftlich Farbe bekannt werden muß, wo sie sich nicht mehr tarnen und wo nicht mehr gemogelt werden kann, wo sie sich gleichzeitig mit dem Bewußtsein der Masse um Wert und Vorteile der Marktwirtschaft und dem Mißtrauen gegenüber dem "sozialistischen Paradies" aus-

einandersetzen muß. Deshalb schiebt der "demokratische Sozialismus" auch immer gesellschaftspolitische und sozialpolitische Begriffe in den Vordergrund der politischen Diskussion, aber Begriffe, die so unklar und so unverbindlich sind, daß sie die Wünsche fast aller, auch wenn sie gegensätzlich sind, dem Schein nach zu decken vermögen.

Außenpolitisch liegt der schwächste Punkt des "demokratischen Sozialismus" in seiner Ostpolitik, mit der er glaubt, durch Angliederung und Anzahlungen sich von der Sowjetunion Lebens-erlaubnis und Eigenständigkeit erkaufen zu können. Es gibt keinen Preis, weder materiell noch politisch - lassen Sie mich das hier einmal sagen, auf das Risiko hin, was das Echo sein wird! - mit dessen Wahlung der Sowjetunion die Expansion ihres imperialistischen Sozialismus abgekaut werden kann. (Beifall) Es gibt ~~keinen~~ Preis, weder materiell noch politisch, mit den der Sowjetunion abgerungen werden kann, eroberte Teile in Wandlungen zu überführen. Der große Aberglaube, der wie eine geistig-moralische Epidemie in unserer Zeit ausgebrochen ist und für den wir teuer zahlen werden, nicht nur materiell, auch politisch!

Es stimmt sehr bedenklich, wenn die "Berliner Blätter", ein Organ der Berliner Links-SPD mit namhaften Namen - sie reichen von Albertz bis Kraibig - , unter der Überschrift "Wozu noch Deutschlandpolitik" folgende Thesen verkündet - und das ist kein Organ der antisozialdemokratischen Opposition, das ist ein Teil von ihr - : "Eine konsequente neue Deutschlandpolitik" - ich zitiere wörtlich - "hat die innenpolitische Aufgabe, in der Bundesrepublik und in der DDR eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik zu fördern." Da liegt, auf bayerisch gesagt, der Hund begraben. Oder ein anderer Satz: "Eine Diskussion über die deutsche Einheit ist daher nicht eine Diskussion über die Nation, sondern eine Diskussion über den Sozialismus."

Bedarf diese Denkkategorie noch einer Erläuterung? Bedarf unsere

Warnung und Kritik hier überhaupt noch einer Rechtfertigung? Wer lesen kann und hören kann, der muß verstehen, wohin die Reise geht. Willy Brandt täte gut daran, ein Gipfeltreffen historischen Charakters in seiner eigenen Partei zu veranstalten und in ihr für Klärung zu sorgen. Wie sieht's denn aus mit dem Vormarsch der radikalen Jungsozialisten, die von Jahr zu Jahr an Boden gewinnen und die Mehrheit zu erobern im Begriffe sind. Sie bekennen sich zu einem reaktionären Klassenkampfmarxismus. Das Wort muß einmal ausgesprochen werden. (Beifall) Sie bekennen sich zu einem reaktionären Klassenkampfmarxismus und sie leisten den kommunistischen Zielsetzungen Vorschub, gleichgültig, ob sie sich dem Wort nach von dieser Nachbarschaft distanzieren.

Wir erwarten von Willy Brandt die Antwort: Werden diese Elemente den Kurs der SPD von morgen bestimmen? Soll für die die SPD die absolute Mehrheit erringen, damit in ihr eine Mehrheit, die eine Minderheit ist, die deutsche Geschichte unheilvoll bestimmt? Das ist doch die Frage.

Was geschieht denn, die unmöglichen Zustände an der - es sträubt sich beinahe das Wort im Munde - Freien Universität in Berlin zu ändern? An der Universität, die gegründet worden ist gegen Unterdrückung der Lehr- und Forschungsfreiheit kurz nach dem Krieg, durchgesetzt und befohlen von einem gewissen, uns aus der damaligen Zeit noch wohlbekannten Oberst Tulpanow, einem Oberst Tulpanow, der als der oberste Politruk die Humboldt'sche Universität in eine marxistische Klassenkampf-schule umgewandelt hat und der heute die hohe Ehre hat, als Gastprofessor an der Freien Universität von Berlin über die Doktrin des Marxismus-Leninismus seine westdeutschen Zuhörer aufzuklären. Braucht man eigentlich noch mehr, um zu fragen, was in unserem Lande möglich ist, bis der Bürger sich erhebt gegen diese Zustände? (Beifall) An der Freien Universität sind die Wände zahlreicher Gebäude mit Zeichen übersät, wie Hammer und Sichel, Roter Stern, Rote Zellen und andere Kommu-

nistische Zirkel beherrschen das Feld. Ihr offizielles Organ spricht von der "Zerschlagung des Staatsapparates", fordert die Ablösung der "parasitären, korrupten Lumpenbürokratie", - um wörtlich zu zitieren - die Schaffung einer "revolutionären Organisation" zur Vollendung der Weltrevolution.

Kommunistische Tutoren und Assistenten sollen - ich zitiere - die Forderung wörtlich - "Freiräume" gewährleisten, in denen man das eigene revolutionäre Bewusstsein schulen und die revolutionäre Berufspraxis vorbereiten können. Ich frage, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde - um einen historischen Vergleich zu bemühen - : Sind wir schon im Kerenski-Stadium angelangt, jenseits dessen die Endstation kommt? Haben wir noch Mut und Wachsamkeit, das, bevor es Wirklichkeit wird, zu verhindern und zu zerschlagen?

Diese revolutionäre Berufspraxis wurde geübt am 18. März in Berlin, als rund 180 APO-Mitglieder "Kristallnacht" praktizierten und vor den Augen von 1000 untätigen, weil von oben verunsicherten und im Stich gelassenen Polizisten auf einer Länge von 3 km auf dem Kurfürstendamm Hunderte von Fensterscheiben beschädigten und zertrümmerten. Die Hauptobjekte waren Bankfilialen, Autofirmen, Zeitungs- und Buchläden und Geschäfte, also Symptome der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Art und Ausmaß der Gewalttaten, die erstmalige Verwendung von Kolotow-Cocktails und Brandfackeln - was die Öffentlichkeit weitgehend überhaupt nicht erfahren hat - haben schlagend widerlegt, was Ehmke, die graue Obereminenz und Seitenkanzler, so gläubig vertritt: daß die APO in die SPD heimgekehrt sei. Oder hat sie etwa nach der Heimkehr das getan? Dann wäre noch mehr Grund, Alarm zu schlagen, weil nämlich dann eine demokratische Partei in ihrer Substanz bereits umfunktioniert wird.

Das ganze hat sich sinnigerweise an einem Tage ereignet, an dem Richard Jäger eine seiner besten Reden im deutschen Bundestag gehalten hat, nämlich am Tag der Amnestierung solcher

Straftaten durch den Bundestag! War deshalb die Polizei untätig? Was tut die SPD-Stadtverwaltung? Von Regierung wage ich angesichts der Zustände eh nicht mehr zu reden. Besorgniserregend ist auch die Praxis Ehmkes in der Ablösung und Umsetzung von Beamten, was schlicht Entpflichtung genannt wird. Der Deutsche Beamtenbund sieht darin mit Recht einen Verstoß gegen das geltende Beamtenrecht. Es ist Zeit, Alarm zu schlagen, wenn derselbe Ober- oder Seitenkanzler die Hände nach dem Bundesnachrichtendienst ausstreckt und - Barzel hat es vorher angedeutet - als Stellvertreter des demnächst zum Abschluß vorgemerkten Präsidenten Wessel einen SPD-Funktionär, den Landesgeschäftsführer der SPD in Hamburg, einsetzt, der über Nacht in die Besoldungsstufe eines Brigadegenerals oder Ministerialdirigenten einrückt. Auch hier das Eindringen der Partei in ein wichtiges Instrument des Staates! Fragen Sie bitte einmal sich selber, was die Reaktion der veröffentlichten Meinung gewesen wäre, wenn die CDU/CSU einen ihrer Mitarbeiter und Funktionäre, einen Landesgeschäftsführer zum stellvertretenden Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes gemacht hätte!

(Beifall)

Wir verlangen nicht Schonung durch die veröffentlichte Meinung, wir verlangen Behandlung nach gleichen Maßstäben.

(Beifall)

Zum Ausgleich dafür holte Ehmke seinen Freund und Parteigenossen, Prof. Jochimsen, als Chef der Planungsabteilung ins Bundeskanzleramt. Meine Damen und Herren, Professor Jochimsen ist kein unbeschriebenes Blatt im Norden. Er steht auf der extremen Linken, er war und ist Formulierungshelfer des linksradikalen SPD-Unterbezirks Hessen-Süd und "ghost writer", Geisterschreiber des Linksaußen und Vorsitzenden der SPD in Schleswig-Holstein, Jochen Steffen. Der Planungsstab soll auf Abteilungsgröße gebracht werden, damit Jochimsen dann als Nachfolger Schillers in Bereitschaftsstellung gehen kann. Dazu kommen die neuen Planstellenanforderungen für das Presse- und Informationsamt, die erhöhten Propagandafonds und die Einflußnahme auf Journalisten, die nicht linientreu sind. So wird der Staatsapparat in den Dienst der langfristigen Machtpolitik der SPD gestellt.

Ich wiederhole meine Frage: Wohin geht die Reise? Sieht die FDP denn nicht, daß sie sich nicht durch eigene Erfolge ins rechte Licht rücken kann, daß sie auf den Bremseffekt - in der Innen- und Außenpolitik hat sie sowieso keine Bremse - beschränkt ist und daß sie deshalb nur Hilfsdienste für die Er-ringung ^{der} absoluten Mehrheit der SPD zu leisten hat, um nach Erreichung des Zieles ihre Überflüssigkeit bestätigt zu bekommen? Ich darf sagen, dieselbe Freud'sche Fehlleistung, die der Bundesvorsitzende der FDP in seiner Eigenschaft als Außenminister mit der Reise nach Guatemala aus diesem Anlaß begangen hat, hat er auch auf intellektuell-geistigem Gebiet begangen, als er sich diesem Koalitionspartner in einem sozialdemokratischen Kabinett hoffnungslos verschrieben hat. Kann die FDP das vor ihren Wählern verantworten? Wir werden sie im Landtagswahlkampf in Bayern dort, wo sie sich am stärksten fühlt, fragen, und sie kann sich der Antwort nicht entziehen. Wir sind keine verstaubte, degenerierte politische Organisation. Wir sind aufgerufen und wir werden kämpfen in diesem Jahr, von ^{Coburg} Kiel bis Konstanz.

(Beifall)

Die FDP kann das nicht vor ihren Wählern verantworten.

Wenn man dann noch die von der SPD in Nordrhein-Westfalen geplanten "graphischen Wählerlisten" - den Ausdruck, für den Göbbels dankbar gewesen wäre, ^{um} die Harmlosigkeit seiner politischen Ziele verschleiern ^{zu} können - untersucht, dann kann einem vor diesem Erfassungssystem nach Wählerkartei angst und bange werden. Das Haus- und Blockwartssystem feiert fröhliche Urständ. Die Wählerkartei im SPD-Hauptquartier wird folgendermaßen aussehen:

Roter Punkt - Mitglied der SPD,

Roter Kreis - sympathisierend mit der SPD, im Zweifelsfall Familienmitglied - ich hoffe, daß das auch für den Bundeskanzler immer stimmt - (Beifall),

Roter Stern - politisch gleichgültiger Wähler,

Rotes Dreieck - politischer Gegner, CDU-Mitglied oder gegen die SPD eingestellt. Es fehlt bloß noch:

Auf alle Fälle von öffentlichen Ämtern und sonstigen Ämtern fernzuhalten.

Hier ist nicht nur das Wahlgeheimnis gefährdet - es gibt bereits Verfassungsbeschwerden dagegen, und zwar von Richtern, nicht von Querulanten -, hier ist auch eine Verpestung der bisher recht freien zwischenmenschlichen Beziehungen zu befürchten durch Kategorisierung in Freunde und Feinde.

(Beifall)

Wohin geht die Reise? In eine von der SPD beherrschte gesellschaftliche und staatliche Ordnung, die sie zur Durchsetzung ihrer außen- und innenpolitischen Ziele mit Hilfe der FDP zu errichten hofft.

Die gegenwärtige Bundesregierung erhebt den kühnen Anspruch, ihre Politik sei entspannungsfreudiger und friedliebender als die der Regierungen der CDU/CSU. Zu dieser Behauptung klatschen diejenigen Beifall, die sich gerne bequemen, aber trügerischen Hoffnungen hingeben, weil es das naiv-gutgläubige, aber kurzzeitige Gemüt entlastet, und alle diejenigen, die Worte, Worte, Worte und nochmals Worte für Politik halten.

Typisch für die Unterschätzung der offensiven Ziele und Methoden der Kommunisten ist eine Interview-Antwort, die Bundeskanzler Brandt im neuen Regierungsblatt, bisher unter "Stern" bekannt, und zwar am 29. März auf die Frage nach der 100-Milliarden-Wiedergutmachungsforderung Stophs gab. Hier sprach der große Staatsmann folgende Worte in gelassenem Gemüt:

"Ach, wissen Sie - bei allem Respekt vor dem Gesprächspartner - der andere Willi ist gemeint - das ist nicht ernst gemeint. Das ist ein wichtiger Merkposten für die. Die haben doch auch ihr Problem, wie sie die Argumentation vergangener Jahre überleiten in etwas Neues".

Das heißt: So wie wir uns noch mit diesen lästigen Überbleibseln der CDU/CSU eben irgendwie in der Argumentation ablagen müssen, so muß eben der liebe andere Willi, genannt der Stoph, sich eben mit seinem Konservativen, genannt Walter Ulbricht, auch abmühen, und deshalb passen wir, Willy zu Willi,

- P 41 -

so gut im trauten Gespräch zusammen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, halten Sie das ja nicht für eine aus Verlegenheit eingestreute ironische Bemerkung, die ich aus Mangel an anderen Ausdrücken und Formulierungen eben gewählt habe! Ich könnte es auch anders formulieren und es wird eines Tages noch anders formuliert werden,

(Beifall)

Wer glaubt, daß die Fähigkeit, sich in Vilshofen auszudrücken, die Unfähigkeit einschließt, präzise zu denken und klar zu sprechen, der hat ein falsches Bild über den Landesvorsitzenden der CSU.

(Beifall)

Katastrophal an dieser Antwort ist nicht nur das mangelnde Ernstnehmen des Gesprächspartners - der sich selber ernster nimmt als offensichtlich sein Gesprächspartner, der unsere, der Willy mit "y" -, katastrophal ist auch die darin steckende für Sozialisten dieser Prägung typische politische Gesundheitsbeterei. Sie ist so typisch für einen großen Teil der SPD und für einen erheblichen Teil des FDP-Establishments. Sie erstreben etwas Neues, ohne genau zu wissen, was es ist, und sie unterstellen, daß auch der kommunistische Gesprächspartner etwas Neues will, genau so gutmütig und naiv oder dumm ist, aber auch er nicht genau weiß, was er will. Sie wünschen, einen Prozeß der Harmonisierung der Gegensätze einzuleiten und glauben, daß auch die andere Seite diesen Wunsch haben muß. Die andere Seite muß diesen Wunsch nicht haben, sie hat ihn nicht, im Gegenteil. Sie will von der Konfrontation über die Verhandlung zur Kooperation und denkt, auch die anderen könnten auf die Dauer nicht anders, als sich von diesem guten Willen epidemisch infizieren zu lassen. Die rauhe Wirklichkeit, die wir kennengelernt haben, war und ist anders, und wir haben allen Grund, uns realistisch darauf einzustellen, daß diese Wirklichkeit noch lange so bleiben und uns auf das schwerste bedrängen wird. Und wir haben nach wie vor keinen Grund, zu verkünden, daß der Übergang von der Konfrontation

- F 42 -

zur Kooperation bevorstehe, weil die Konfrontation der strategischen Ziele noch lange Zeit anhalten wird. Sie wird nur dann verschwinden, wenn wir sie ^{auf} übergeben, aber dann auch uns selber dabei ^{auf} übergeben.

Nicht mit hämischer Genugtuung, sondern mit dem ganzen Ernst, mit dem wir die sowjetischen und sowjetzonalen Zielsetzungen prüfen müssen, betrachte ich die programmatischen Äußerungen, die der diplomatische Vertreter der Sowjetunion in Ostberlin, Botschafter Abrassimov, im Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" am 1. April 1970 veröffentlicht hat. Ich rate jedem dringend, diese Äußerungen nicht als Aprilscherz zu verstehen und politisch zu verharmlosen. Dort heißt es:

"Die friedliche Koexistenz ist eine dialektische Erscheinung, die sowohl Elemente der Zusammenarbeit enthält als auch Elemente des Kampfes.

Lenin betrachtet die friedliche Koexistenz als eine Form des Klassenkampfes in der internationalen Arena. Er unterstrich, daß in der ideologischen Sphäre ein konsequenter und kompromißloser Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus vor sich geht."

Hier sind wir es unseren demokratischen Gegenspielern schuldig, zu sagen, daß sie in dieser Rechnung noch in das Lager des Kapitalismus gezählt werden. Da die SPD für Moskau und Ostberlin zum Kapitalismus gehört, heißt das doch nichts anderes, als daß die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten kommunistischen Regime Osteuropas Konfrontation wollen. Sie wollen wirtschaftliche Hilfe und technische Assistenz, aber nicht zum Ausgleich der Gegensätze, sondern um damit ihre Schwierigkeiten zu überbrücken, die wirtschaftlichen Spannungen zu erleichtern und ihre Form des Sozialismus auszubauen. Wir sollen uns auch ruhig darüber im klaren sein, daß die Forderung Ostberlins auf völkerrechtliche Anerkennung ^{beileibe} nicht bedeutet, daß sie auch wirtschaftlich als Ausland behandelt werden wollen. Sie wollen völkerrechtliche Anerkennung zum Zwecke unserer politische Demütigung und sie wollen

- P 43 -

wirtschaftlich in der Lage bleiben, von der Zollfreiheit, Steuerfreiheit und den höheren EWG-Agrarmarktpreisen ungehindert profitieren zu können.

(Beifall)

Wie ich in meinem Leib- und Magenblatt, in der Veröffentlichung der Münchner "Abendzeitung" geschrieben habe: Der kapitalistische Bissel soll weiterhin auch nach der völkerrrechtlichen Anerkennung seine Dienste leisten; damit er in absehbarer Zeit geschlachtet werden kann, aber bis dahin ausgebeutet werden kann. Das ist die Kooperation.

Die kommunistischen Regime wollen Konfrontation, weil sie diese Konfrontation für eine unausweichliche geschichtliche Notwendigkeit halten, weil sie sich für die unfehlbaren Interpreten des Heils der Menschheit ansehen und weil sie zu den säkularisierten, bis an die Zähne bewaffneten Inquisitoren unserer Zeit geworden sind. Und hier erwarten wir endlich einmal vom heutigen Bundeskanzler und dem Bundesparteivorsitzenden der SPD Auskunft, und zwar Auskunft über die Frage, welche Tatsachen, welche Informationen ihn in die Lage versetzen, zu glauben und zu verhindern, daß die kommunistischen Machthaber aufgehört haben, diese Konfrontation zu wollen und als unausweichlichen geschichtlichen Prozeß bis zur letzten Konsequenz durchzuführen.

(Beifall)

Schluß mit der Wortquacksalberei. Antwort wollen wir, Antworten auf solche Fragen und nicht beschwichtigende Erklärungen.

Wer den dynamischen Charakter der russischen und kommunistischen Politik nicht ernst nimmt, weil das nicht zu seinen eigenen Gedankenspielen paßt, sondern sich von rosigen Entspannungshoffnungen einlullen läßt, der wird weder der Bedeutung des Gegners gerecht noch die auf uns zukommenden Gefahren wirklichkeitsnah einschätzen.

Ich bin der letzte, der Sympatie oder Bewunderung für Willi, den anderen, nämlich Stoph, zum Ausdruck bringen würde. Aber er hat es nach Lebensweg, Ausdrucksweise und Konsequenz her-

dient, ernster genommen zu werden, als durch Willy, den einen, verharmlost zu werden.

Da ich von der Verteidigungs- und Friedenssicherung Europas spreche, möchte ich an dieser Stelle auch einmal eine ungeheuerliche Unterstellung zurückweisen, die von Seiten der Regierungsparteien und ihrer zahlreichen Höflinge und Hofkommentatoren zur Zeit in allen möglichen Variationen böswillig unter Volk gestreut wird: Die CDU und noch mehr die CSU seien an der Erhaltung der Spannung in Europa geradezu interessiert; wir hätten ein innenpolitisches Interesse an der Fortsetzung des Kalten Krieges. Wir seien das westdeutsche Gegenstück zu den ostdeutschen Dogmatikern. Da sitzen die liberalen Dogmatiker: hier Wily, der eine mit y, dort der Willi, der andere mit i, und hier sitzen die bösen Dogmatiker, hier die Taktiker der CDU-CSU, die den kalten Krieg um jeden Preis wollen, und drüben die bösen Anhänger von Ulbricht, die uns in die Hände arbeiten. Eine solche Dummheit sollte man in der Bundesrepublik nicht mehr verbreiten. Wir seien die Dogmatiker der Unversöhnlichkeit.

Wir sind unversöhnliche Feinde der Unfreiheit.

(Beifall)

Wir sind unversöhnliche Feinde der Diktatur, auch wenn wir gelegentlich ihren Vertretern die Hand geben müssen.

(Beifall)

Wir sind unversöhnliche Feinde der Unterdrückung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheit. Wir sind keine Dogmatiker der Unversöhnlichkeit. Die SPD ist dann die leuchtende Mitte der Verständigung und der Zusammenarbeit.

Ich frage mich: Ist das nackte Dummheit oder bornierte Unverschämtheit? Aber eines von beiden kann es nur sein, und Willy kann sich heraussuchen, was er meint.

Diese Darstellung ist deshalb so gefährlich, weil sie im Bewußtsein unseres Volkes - Barzel hat darauf hingewiesen - die entscheidenden Wertmaßstäbe unserer Demokratie erneuert.

verschiebt. Da wird neutral gesprochen: daß in Funktion der Nachkriegspolitik der Siegermächte Deutschland geteilt worden ist, daß sich hier eben die Bundesrepublik gebildet habe in Ausübung ihrer Funktion, drüben die DDR sich gebildet habe, Das ist die Fälschung der geschichtlichen Wahrheit. Ich bin kein - um im kommunistischen Jargon zu reden - Amerikaner, der etwa das, was von westlicher Siegerseite an uns operiert worden ist, unter dem Sacrificium des Intellectes als höhere Weisheit der Menschheitsbeglückung mit ehrfürchtigem Schauder entgegenzunehmen gewohnt ist. Ich bin dafür schon gar nicht geeignet. Aber ich weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen den zeitweise in den Hintergrund getretenen, aber immer wieder zum Vorschein kommenden Wertmaßstäben der amerikanischen Politik und der sowjetrussisch kommunistischen Politik. Und wer die beiden gleichsetzt, der hat keine moralische Wertordnung. Das muß einmal gesagt werden. (Beifall)

Damit wird das nüchterne Denken vernebelt.

Bis jetzt, so meine ich, sind wir uns mit den Sozialdemokraten trotz allem immer noch in einem fundamentalen Punkte einig: nach den Erfahrungen mit zwei Formen totalitärer Herrschaft auf deutschem Boden, braun und rot, will das gesamte deutsche Volk, mag es wirtschafts- und gesellschaftspolitisch liberale, konservative oder sozialistische Vorstellungen haben, aber es will die überwiegende Mehrheit eine gesellschaftliche Ordnung, die auf den Fundamenten des Rechts und der Freiheit steht - auch die Sozialdemokratie -, und zwar auf den Fundamenten, die ein Ausdruck in der parlamentarischen Demokratie des Westens sind.

Wenn die großen deutschen Parteien in den letzten Jahren miteinander gerungen haben, dann ging es doch immer nur um zwei Fragen, nämlich 1. um die Verteidigung unserer Freiheit im freien Teil Deutschlands und 2. um die Wiedergewinnung der Freiheit für unsere Landsleute ^{jenseits} dieser unseligen Diktationslinie. Das waren doch die beiden Grundthemen unserer Politik. Es ging um die Frage, wie die Verteidigung der Frei-

heit durch Bindung an den Westen und die Wiedergewinnung der Freiheit im anderen Teil Deutschlands miteinander in Verbindung gebracht werden können.

Aber dabei waren wir doch immer untereinander einig, daß Faschismus, wie es immer heißt, und faschistoider Polizeisozialismus auf deutschem Boden unannehmbare Alternativen zu unserem Verständnis von Demokratie sind. Über allen unseren Auseinandersetzungen stand doch immer die gemeinsame Treue zu Recht und Menschenwürde und ich glaube, daß Richard Stücklen heute morgen mit Recht gesagt hat, Brandt soll für die Begehung in Kassel die Forderung stellen, daß die Menschen freigelassen werden, die wegen ihrer spontanen Bekundung für die Freiheit in Erfurt eingesperrt worden sind.

(Beifall)

War nicht die selbstverständliche Folge dieser gemeinsamen Überzeugung jene gemeinsame Deutschlandpolitik, die Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger in vorbildlicher Weise herbeigeführt und praktiziert hat,

(Beifall)

und damit auf einer glaubwürdigen Basis, im Gegensatz zu der fragilen und labilen Basis, mit der die Machtpolitiker im Innern und die Theoretiker der Illusionen nach draußen heute ihre Deutschlandpolitik betreiben. Das war jene gemeinsame Deutschlandpolitik, deren rechtliche Ausdrucksform die gegenwärtige Bundesregierung sozusagen über Nacht und ohne jede parlamentarische Vorerörterung leichtfertig als lästig gewordene Zwangsjacke weggeworfen hat, als Zwangsjacke, die man abstreift hat, damit dem kühnen Drang des Genies Willy keine Fessel mehr auferlegt ist, auf dem Weg, den er unter Leugnung dessen, was er noch kurz zuvor in der gemeinsamen Regierung bekannt hat, eingeschlagen hat. Das muß gesagt werden.

Bundeskanzler Brandt liefert uns in dem besagten Interview die entscheidenden Ansatzpunkte zum Verständnis seiner Politik, deren Auswirkung ich nicht nur für eine Begünstigung der sowjetischen Europapolitik, sondern auch für frie-

- P 47 -

densgefährdend halte, weil sie das Gleichgewicht der politischen Kräfte in Europa auf die Dauer erschüttern muß. Die Gesinnung Brands - ich pflege genau so scharf zu formulieren, wie ich denke - steht dabei ebensowenig zur Diskussion wie die honorige Gesinnung Neville Chamberlains im Jahre 1938.

(Beifall)

Wenn wir ^{vny} ~~an~~ der anderen Seite bei aller Schärfe der politischen Ausdrucksweise mit derselben intellektuellen Präzision und derselben Politesse des Stils behandelt würden, wie ich hier die andere Seite behandle, dann würde manches an Vergiftung der innenpolitischen Auseinandersetzung nicht stattgefunden haben.

(Beifall)

Bundeskanzler Brandt - beeinflusst von Egon Bahr und anderen Beratern - neigt seit einigen Jahren dazu, die Maßstäbe und Ziele des kommunistischen Gegners zu verharmlosen. Genau so, wie er die 100-Milliarden-Forderung Stophs herunterspielt, unterstützt er den Willen Ost-Berlins und Moskaus, die politisch-notarielle, ^{international} Festschreibung des unmenschlichen Status quo und darüber hinaus noch zusätzliche Einflußhebel zur Mitbestimmung der Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Auf der gleichen Linie liegt die, wie ich glaube, unglaubliche Verharmlosung der fundamentalen Unklarheiten des Atomsperrvertrages, die Behandlung des immer noch aktenkundigen und eindeutigen Gewaltvorbehaltes der Sowjetunion gegenüber dem freien Teil Deutschlands, die Unterschätzung des Standpunktes Ulbrichts, die derzeitigen kommunistischen Ansprüche seien nur Minimalforderungen.

Dieses Nicht-wahrhaben-wollen einer fundamentalen Realität unserer Zeit, nämlich der kämpferischen leninistischen Konzeption von der geschichtlichen Einbahnstraße in Richtung Kommunismus halte ich auf die Dauer für geradezu lebensgefährlich, und das muß gemeinsames Bewußtsein der Unionsparteien sein. Warum lebensgefährlich? Weil es den demokratischen Widerstands- und Verteidigungswillen gegenüber einem

sich klar und offen als Feind bezeichnenden Gegner zwangsläufig unterminieren und zerstören muß. Dies führt dazu, daß der kommunistische Gegner seinen westdeutschen Partner nicht mehr ernst nimmt. Er nimmt wohl ernst unsere wirtschaftliche Stärke, um von ihr zu profitieren, er nimmt nicht mehr ernst unsere politische Überzeugung und Position. Er versagt uns auch keinen Respekt. Ja er bekämpft uns umso entschiedener. Die jetzige Regierung wird bald vor der Alternative stehen, sich den kommunistischen Vorstellungen in der Deutschlandfrage noch mehr zu beugen oder die sowjetische Seite nach den vielen Ankündigungen einer neuen Politik zu enttäuschen und dann die frühere Spannung bei verbesserter Ausgangslage für Moskau noch zu verschärfen. Das ist die Alternative, vor der diese Regierung steht.

Im gleichen Interview hat Herr Brandt auf die Frage: "Was ist Ihr Konzept für Kassel" geäußert:

"Ich werde ein paar Herren daransetzen, die das Ergebnis von Ernst daraufhin untersuchen sollen, ob es zumindest verbale"

- ich zitiere wörtlich, es ist kein Witz, möchte ich sagen, damit niemand glaubt, ich treibe grausige Scherze -

"Berührungspunkte und was es darüber hinaus sogar inhaltliche Berührungspunkte gibt."

Willy Brandt offenbart hier eines seiner Geheimnisse: seinen Glauben, nein, man muß schon sagen, Aberglauben an die politisch positive Bedeutung verbaler Berührungspunkte zwischen uns und den Kommunisten. Dieser Aberglaube ist geradezu abenteuerlich und lebensgefährlich.

Schließen unsere Sozialdemokraten - von den "Freiheitlichen Demokraten" will ich einmal ganz schweigen - heute ihre Augen davor, daß die verbalen Nachkriegsübereinstimmungen den tiefgreifenden Sach- und Willensgegensatz zwischen den westlichen Demokratien einerseits und der Sowjetunion andererseits nur zeitweilig verdeckt, aber den Westen über ganze Zeitstrecken hinweg eingeschläfert haben, um dann umso

gefährlicher zu einer Giftquelle des Kalten Krieges zu werden, wenn man nicht deutlich sagt, was man denkt und was man will? Verbale Übereinstimmung gibt es zwischen uns und den Kommunisten in Hülle und Fülle. Ebenso wie wir, sagen, sie, daß sie den Frieden wollen - wir doch auch! -, daß sie die Demokratie wollen - wir doch auch! Wir haben sie sogar! - Daß sie die europäische Sicherheit wollen - wir doch auch! - daß sie die Normalisierung der internationalen Beziehungen wollen - wir doch auch! -, daß sie Gewaltverzicht wollen - wir doch auch! - von Kiesinger seinerzeit klassisch formuliert! Daß sie vernünftige Regelungen wollen. Ja, wir doch auch!

† Aber die intellektuelle und politische Ehrlichkeit gebietet die Feststellung, daß diese Übereinstimmung in Worten überhaupt nichts hilft, sondern täuscht und vernebelt, weil die Begriffsinhalte gegensätzlich sind.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich würde nie Vorsitzender einer politischen Partei sein oder bleiben, in der man das als Konzession an den Zeitgeist nicht mehr offen zum Ausdruck bringen kann.

(Beifall)

Ich warne hier, nicht wil ich Schafmacher bin, in Rot an die Wand male und nur in Gegensätzen denke. Ich warne aus geschichtlicher Kenntnis, aus politischer Erfahrung, auch aus intellektueller Redlichkeit und aus moralischer Überzeugung vor einer Infektion solcher Art innerhalb unserer Reihen.

Ein typischer Fall, meine lieben Freunde für die Gefährlichkeit verbalen Entgegenkommens ist das deutsch-sowjetische Kommuniqué vom 22. März dieses Jahres, also nach der zweiten Runde von Egon Bahrs Marathon-Gesprächen mit Außenminister Gromyko. Es war offensichtlich Bahr - Gromyko war ein sicherer Wurst -, der als Nachweis des kleinen Erfolges seiner Gespräche ein Papier für die deutsche Öffentlichkeit haben wollte; denn Kommuniqués sind nach Vorsondierungen eigentlich nicht

üblich. Das ist auch ein Stück Fernsehaußenpolitik geworden, was eigentlich heimliche diplomatische Arbeit sein sollte. Egon Bahr bekam dieses Papier, aber er mußte es politisch teuer bezahlen. Er mußte die sowjetische Entspannungsformel schlucken: "ausgehend von der in Europa bestehenden wirklichen Lage". Der englische TASS-Dienst, der englische Moskauer Nachrichtendienst hat das sofort übersetzt "auf der Basis des Status quo in Europa". Hier sehen Sie, wie sich in ein und demselben Text eine Verschiebung des Inhalts ergibt, die geradezu das Gegenteil darstellt. Wir haben nie die Wirklichkeit der bestehenden Zustände geleugnet, weil wir ja ihre Opfer sind. Sie kennen, heißt noch lange nicht, daß wir ausgehen von der Erhaltung des Status quo in Europa in der politischen Auseinandersetzung. Ich weiß, daß ich vielleicht manchen damit schockiere: Wir sagen Nein zur Änderung des Status quo mit den Mitteln der physischen Gewalt. Wir geben uns selber auf, wenn wir Ja sagen zur Erhaltung des Status quo, das heißt der Unfreiheit für einen großen Teil Deutschlands und anderer europäischer Völker (Beifall)

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, hat Botschafter Abrassimow am 1. April in aller Klarheit die sowjetische Auslegung dieses von Bahr übernommenen Begriffs gebracht. Er sagte:

"Die Anerkennung der Unantastbarkeit der europäischen Grenzen, insbesondere der Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Oder-Neiße-Grenze, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Ratifizierung eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, die Aufgabe der unsinnigen und widerrechtlichen Ansprüche auf West-Berlin, die Annullierung des Münchner Abkommens als ungültig von Anfang an - all das entspricht vollständig der realen Lage in Europa und stellt jenen unerläßlichen Beitrag dar, den die BRD zur Sache der Gewährleistung und Festigung des Friedens auf unserem Kontinent leisten kann und leisten muß."

Bedarf das noch einer Interpretation? Wer hören und wer lesen kann, weiß doch, was gemeint ist. Was wollte denn Bahr mit der Annahme dieser Formel, von der er wußte, daß sie ein feststehender Begriff der sowjetischen Diplomatie ist? Wollte er ein verbales Übereinkommen, hinter der keine Annäherung in der Sache steht? Wollte er eine Täuschung der Öffentlichkeit? Wollte er ein verbales Entgegenkommen, um sein sachliches Entgegenkommen zu verschleiern, also eine andere Form der Täuschung der Öffentlichkeit?

Ich möchte mit allem Nachdruck - um der Redlichkeit der deutsch-sowjetischen Beziehungen willen - hier folgendes sagen: Wir brauchen im Verhältnis zur Sowjetunion und zu den kommunistischen Machthabern in Ost-Europa keine täuschende, keine mehrdeutige, sondern eine offene und eine eindeutige Sprache. So wie ich die Russen kenne, schätzen sie schließlich den Partner, wenn überhaupt, noch am ehesten, der sagt, was er meint und der meint, was er sagt und beides in unmißverständlichen Formulierungen.

(Beifall)

Das kostet sicherlich einiges, nämlich das Risiko: Propagandistische Angriffe, Lobhudeleien gewisser Teile der Ostküsten-Presse Amerikas würden dann nicht erfolgen. Aber das würde in Wirklichkeit politischen Kredit bringen, das heißt, man würde endlich einmal wieder ernst genommen werden. Und wir müssen ernst genommen werden in Deutschland.

Wenn wir uns einmal - und ich gebe die Hoffnung nicht auf - mit den östlichen Partnern in der Sache durch beiderseitige Kompromißbereitschaft nähergekommen sind, dann werden sich auch die Worte und die juristischen Formeln für diesen Zuwachs an Übereinstimmung leicht einfinden. Aber der verbale Schein der Übereinstimmung muß zur Quelle neuer schwerer Spannungen werden - das gilt für den Atomsperrvertrag genau so wie für den Gewaltverzicht, wie für innerdeutsche Übergangsregelungen. Denn hinter dem verbalen Schein kommt einmal das Ende der Wahrheit, und da muß man entweder dem ^{erb} ~~Vor~~sum denselben Inhalt geben - das wäre die Preisgabe der Freiheit - oder

man muß sagen, daß man etwas ganz fundamental, diametral anderes darunter versteht.

Willy Brandt gab in seinem Interview vom 29. März auf die Frage der Notwendigkeit eines Zug-um-Zug-Geschäftes mit dem Osten folgende erschreckende Antwort:

"Ich widerspreche nicht dem Ausdruck Zug-um-Zug-Geschäft, nur würde ich dann widersprechen, wenn daraus das typische Do-ut-des-Denken würde."

- So sagte der Lateinschüler Willy Brandt. -

"Ich gebe dir, damit du mir gibst."

Hier bestätigt Brandt eine der gefährlichsten außenpolitischen Fehlhaltungen der jetzigen Bundesregierung.

(Beifall)

Angesichts der Unnachgiebigkeit, angesichts der wachsenden Forderungen des Ostens wird hier die uralte Regel politischer Beziehungen, nämlich das Prinzip "Leistung für Gegenleistung" ^{- bei dessen Auffallt man von der anderen Seite zum Handeln gestempelt wird.} in einer Weise außer Kraft gesetzt oder klein geschrieben, die die Substanz unserer essentiellen, vitalen Interessen gefährden muß.

Ich frage Willy Brandt: Was geschieht denn, wenn diese Vorleistungen - wie die Übernahme der Zweistaaten-Doktrin des Ostens, die Unterzeichnung eines unklar formulierten Atomsperrvertrages, die bewußte Förderung der internationalen Stellung des SED-Regimes erbracht werden? Meine Freunde, ich sage es nochmals, damit mich deshalb niemand entschuldigen kann, hier sei mir ein Lapsus iniquae unterlaufen; ich sage es noch einmal: die nachdrückliche systematische Förderung der internationalen Stellung des SED-Regimes - wird das honoriert werden? Ja, aber wie? Mit neuen Forderungen und zusätzlichem Druck, aber nicht mit Entgegenkommen, mit verstärkter Kontrolle der osteuropäischen ~~Vier Völker~~.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Nur die Rücksichtnahme auf den Gesprächspartner verbietet es mir, den mir wohl bekannten Namen ^{desjenigen} zu nennen, der einen Bundesminister von heute bei dem erstaunlichen Ausspruch gehört hat, wir müßten alles tun, die Bevölkerung der DDR mit ihrem Regime zu versöhnen. Die mildere Variante war vor kurzem durch einen Fernsehkommentar zu hören, als er sagte: "Die Zukunft der deutschen Ostpolitik, der Deutschlandpolitik, liegt darin, daß wir beitragen, das SED-Regime selbstsicherer und selbstbewußter zu machen." Meine Damen und Herren, die brauchen wir angesichts ihrer Partners mit Y nicht mehr selbstsicherer und selbstbewußter zu machen. Das ist schon geschehen. (Beifall) Deshalb wenden wir uns, ohne damit propagandistisch großen Krach schlagen zu wollen, gegen die verfälschende Interpretation des Beifall von Erfurt - ich meine den spontanen, nicht den der Demonstration, der ~~be~~^Wfolgen wird -, hier habe es sich um eine Ovation der Sympathie für ein Treffen gehandelt. Nein, meine Damen und Herren, hier hat sich, nicht kontrollierbar - und ich muß sagen, den Umständen gar nicht förderlich, aber trotzdem kennzeichnend - ein spontaner Ausdruck des Willens, der Wille zur Freiheit, gerührt und nicht ein Jubel für die Begegnung zwischen Willy und Willi. Wir sollen davon kein großes Aufheben machen, aber wir sollen wenigstens gegenüber uns selber wissen, daß gerade die Menschen drüben - und das waren in ihrer Mehrzahl die Jungen, die nie in ihrem Dasein, seit ihrem Boyalter, ein freiheitliches Leben kennengelernt haben - hier für die Freiheit ihre Hände gerührt und ihre Stimme benutzt haben. (Beifall)

Ich möchte hier in aller Klarheit sagen, daß die CSU immer die Bundesregierung unterstützt für Kompromisse bei beidseitigem Entgegenkommen. Doch ich sehe bis jetzt beim besten Willen weder mit dem bloßen Auge noch mit dem Fernglase noch mit der Lupe nicht das geringste Entgegenkommen, sondern nur Vorleistungen und Leistungsangebote von unserer Seite.

Nach monatelangen ausgiebigen Verhandlungen, die seit einer in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutsch-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

land nie dagewesenen Geheimhaltung betrieben werden, ist die Bundesregierung bisher nicht imstande, auch nur andeutungsweise zu sagen, ob und wo wirkliche sowjetische Bereitschaft zur Verbesserung des Status quo im geteilten Deutschland oder auch nur eine Minderung sowjetischer Forderungen und Vorbehalte zu erkennen ist. Dies ist umso schwerwiegender, da in Moskau und Warschau über Lebensfragen Deutschlands und Europas mit Regierungen verhandelt wird, die im Gegensatz zu uns nicht den Vorrang rechtsstaatlicher Ordnung und demokratischer Freiheit bejahen, mit Mächten, deretwegen das Atlantische Bündnis geschaffen worden ist, u. mit Mächten, die sich selbst als Totengräber der westlichen Gesellschaftsordnung verstehen; mit Regimen, die unserem Volk die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts verwehren und die offensichtlich vor einer Verstärkung innerdeutscher Beziehungen und menschlicher Freiheit mehr Angst haben - entschuldigen Sie das Wort! - als der Tafel vor dem Weihwasser.

Wir begrüßen es, daß auch diese Regierung versucht, herauszufinden, ob und welche Bereitschaft in Moskau und Ost-Berlin zu wirklicher Entspannung besteht. ^{Aber} ~~es~~ ^{ist} es wider die historische Wahrheit, weil immer wieder behauptet wird, die bisherigen Regierungen unter Führung der CDU/CSU hätten niemals eine ernsthafte Erkundung ähnlicher Art unternommen.

Auch Adenauer - ich bin einer der nicht allzu vielen, genau wie Kurt Georg Kiesinger, die die Hintergründe kennen - hat sofort nach Absicherung seiner Politik durch die westlichen Verträge alles bis an die Grenze des Zumutbaren unternommen, um das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Moskau in Ordnung zu bringen. Er ist damals von denselben getadelt worden, die heute über die Adenauer'sche Konzessionsbereitschaft nicht nur um Meter, sondern um Meilen und Tagesreisen hinausgegangen sind. Der Unterschied zwischen unserer Erkundung - Adenauer, Erhard, Kiesinger; ich nenne die Namen der von uns gestellten Kanzler mit Stolz - und dem, was die heute machen, ist, daß man damals auf der Basis der gegenseitigen Kompromißbereitschaft bereit war, zu erkunden, und vielleicht ist Kurt Georg Kiesinger meiner Meinung, wenn ich sage,

sogar noch ein bißchen von unserer Seite mehr darauf zu legen, weil wir nicht nach dem Gesetz der mathematischen Gleichung den Ausgleich und die Versöhnung herbeiführen wollten. Aber der Unterschied zwischen damals und heute besteht darin, daß man heute über Bord wirft, was 20 Jahre rechtlich und politisch, von allen unseren Freunden getragen und gebilligt, in der Welt geworden ist, um eine verbale Übereinstimmung zu errichten, um die Atmosphäre zu verbessern, um den Glanz eines Entagements, das schlimmer ist als ein Appeasement, für innenpolitische Zwecke nutzbar zu machen.

Meine lieben Freunde! Wir wären schlecht beraten, wenn wir nicht angesichts der Bedeutung von Landtagswahlen auf Sinnzusammenhang und Konsequenzen der hier von mir dargestellten Probleme eingehen. Wir werden es tun und wir müssen es tun. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist notwendig, daß gerade eine Regierung SPD/FDP, die ostpolitisch so viel klüger sein will als wir, offensichtlich den Kelch der Auslotung auf eigene Risiko bis zur Neige leert. Aber - und das sage ich nicht ungeschützt und ohne Netze; das glaube ich für beide Unionsparteien sagen zu dürfen - hier gibt es keine Gemeinsamkeit mehr, weil hier die Grenze der gemeinsam konzipierten und vertretenen Politik eindeutig und bei weitem überschritten ist. (Beifall) Offensichtlich ist es notwendig, damit es keine neue Legende mehr gibt, eine neue Legende verpaßter Gelegenheiten, die Versäumnislegende, die im Bundestag schon des öfteren aus dem Munde prominenter Sprecher - der eine ist tot und der andere ist Bundespräsident - eine besondere Rolle gespielt hat, nämlich die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland hätte nicht das Beste unternommen, um mit dem Osten zu echter Entspannung und stärkerer Friedenssicherung zu kommen.

Die gegenwärtige Bundesregierung kann unsere vollen und nationalen Solidarität gewiß sein, wenn sie es erreicht, für eindeutige und unwiderrufliche Leistungen der Bundesrepublik ebenso eindeutige und unwiderrufliche Leistungen vergleichbarer Bedeutung von der kommunistischen Seite bekommen. Dies gilt im Bereich menschlicher Erleichterung

im getrennten Deutschland ebenso wie im Bereich der Rüstungs-
minderung. Wir sind uns unserer Verantwortung nach jeder
Richtung hin bewußt. Wir lassen uns aber andererseits nicht
in Existenzfragen unseres Volkes hindern, der Regierung jede
Kontrolle aufzuerlegen, die das Recht und die Pflicht der
parlamentarischen Opposition ist. Für die Sowjets und die
Kommunisten in Ost-Berlin ist Ursache der Spannung genau
das, was wir westlichen Demokraten wollen: nämlich eine euro-
päische Friedensordnung auf der Basis des Selbstbestimmungs-
rechtes, und die andere Seite versteht eine europäische Frie-
densordnung auf der Grundlage der internationalen Anerkennung
der Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts. Das sind fun-
damentale Unterschiede der Denkkategorien bei gleicher verba-
ler Ausdrucksweise. Wenn es auf den Willen des deutschen Vol-
kes in Ost und West ankäme, könnte die Deutschland-Frage so-
fort vernünftig gelöst werden. Nach östlicher Auffassung
tritt aber Entspannung erst dann ein, wenn die Bundesrepublik
Deutschland sich in das stalinische Joch sowjetischer For-
derungen begibt und der Sowjetunion ein Mitspracherecht in
unserer Außen- und Verteidigungspolitik, in unserer Berlin-
und Deutschlandpolitik einräumt. Diese Haltung zu beeinflus-
sen, ist Aufgabe unserer Außenpolitik. Im Arsenal dieser
Politik darf aber wegen des übermächtigen Partners jene Kom-
ponente nicht fehlen, die zwar verbal betont wird, die aber
in Gefahr gerät, eine Komponente, die in seinen eigenen Über-
legungen so beherrschend im Vordergrund steht, nämlich die
politische Stärke. Wir haben immer gesagt, daß die deutsche
Politik aus Gründen der Verteidigung und des Gleichgewichtes
in eine starke Gemeinschaft der freien Völker eingebettet
sein muß. Infolge der jetzigen deutschen Außenpolitik und
gewisser amerikanischer Entwicklungen droht sich das europäi-
sche Gleichgewicht zu verschieben. Mehr denn je wird daher
unsere Forderung auf Bildung einer friedlichen, aber starken
europäischen Völkergemeinschaft akut und höchst modern. *Nur sie*
Nur diese europäische Gemeinschaft - im Bund mit den USA -
wird Gefahren von uns wenden können.
wird, wenn überhaupt irgend etwas, die Sowjetunion zu jener
Kompromißbereitschaft bewegen können, deren Fehlen heute eine
echte Entspannung unmöglich macht.

Also wohin geht die Reise? Welche Überlegungen, welche Motive, welche Zielvorstellungen liegen der Politik Brandt's - ich mag in dem Zusammenhang den Namen von Scheel gar nicht ~~nennen~~ nennen - zugrunde? Sicherlich nicht die der Öffentlichkeit, vielleicht auch in gespielter Naivität vorgezeigten! Glaubt man denn, daß die Sowjetunion bei Erfüllung ihrer Forderungen den eisernen Griff der Breschnew-Doktrin lockern wird? Also ist ein Rezept die volle Anerkennung der Breschnew-Doktrin zwecks Abschaffung derselben? Glaubt man, daß man die innenpolitische Struktur der BRD ändern muß, um dafür nach Wehner-jugoslawische Zustände im anderen Deutschland zu erreichen - sich der alten Formel des Stuttgarter SPD-Parteitages, die für uns heute wieder ins Gedächtnis zurückrufen sollen? Sie hieß: Durch Sozialismus zur Wiedervereinigung - durch Wiedervereinigung zum Sozialismus? Ist man bereit, hier Strukturänderungen vorzunehmen, sobald man die angestrebte absolute Mehrheit dank der Helfershelferdienste der FDP erreicht hat?

Wohin geht die Reise? Wir wollen nicht Worte und Wortmaskenleihinstitute, wir wollen die Hintergründe, die langfristigen Ziele wissen. Vielleicht weiß sie Brandt selbst nicht. Angesichts der häufigen Änderung seiner Meinungen wäre das gar nicht so zu verwundern. Aber die, die hinter ihm herumstehen, wissen, wohin die Reise geht und warum sie ihn als Medium, als Lokomotive benutzen. Um die Endstation zu erreichen.

Glaubt man denn, daß durch Annahme der sowjetischen Forderungen der deutsche Preis für den zweiten Weltkrieg endgültig bezahlt ist? Glaubt man denn, daß dann ein gewütliches Nebeneinander mit Tendenz zum Umschlag in das traute Miteinander Platz greifen wird?

Sieht man denn nicht, daß es sich hier nicht um juristischen Formelkram handelt, wie Brandt es immer veräblich ausdrückt, sondern um wichtige Positionen?

Sieht man denn nicht, daß hier die deutsche Politik sich zugunsten der sowjetischen Interessen zu verschieben beginnt?

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Sieht man denn nicht, daß hier eine Politik begünstigt wird, die zur Aufgabe des Zieles der westeuropäischen Einigung führen muß?

Sieht man denn nicht, daß die Aufgabe dieses Zieles einen geschichtlichen Bruchpunkt darstellt, von dem aus der Marsch ins Abenteuer und in den Abgrund beginnt? (Beifall)

Keine Generation ist inmitten der ersten Katastrophe dieses Jahrhunderts geboren, im ersten Weltkrieg, und sie hat die Last des zweiten Weltkrieges getragen. Der erste Weltkrieg ist nicht mit den Kanonenschüssen des August 1914 oder mit den Schüssen von Serajewo herbeigeführt worden. Das war nur der letzte auslösende Anlaß. Die Bruchpunkte auf der Straße zum Abgrund lagen früher, im ersten Weltkrieg und im zweiten. Die Bruchpunkte! Und darum, meine Damen und Herren, nehmen wir für uns das Recht in Anspruch, aber jeden Millimeter - ich wiederhole es: jeden Millimeter - des Weges dieser Bundesregierung daraufhin zu prüfen, ob sie den Bruchpunkt erreicht, von dem aus - siehe Verzicht auf westeuropäische Einigung! - der Marsch ins Abenteuer und in den Abgrund als glaubhafte Variante vor uns steht. Das ist die Aufgabe der Opposition heute, viel mehr als früher. (Beifall)

Und das sind die Fragen, die wir zu unserem Lebensproblem stellen, die Fragen, auf die wir antworten wollen und nicht Worte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich versage es mir angesichts der fortgeschrittenen Zeit, auch mit Rücksicht auf den weiteren Ablauf, das, was ich zu den Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hier mündlich vorzutragen hätte, Ihnen zuzumuten, zuzumuten nicht des Inhalts, sondern der Ausführlichkeit wegen. Es sind Gedanken zu Problemen unserer Wirtschaft, bei denen auch die Stunde der Wahrheit kommt, weil man zwei Dinge nicht miteinander verbinden kann, nämlich die Erfüllung eines von innenpolitischen Erfolgsmotiven ambitiös gewordenen Regierungsprogramms einerseits und Wiedererreichung finanzieller Stabilität andererseits.

Es ist das tragische Schicksal sozialistischer Regierungen, noch weniger, als andere Regierungen es können, den Mut zu unpopulären Maßnahmen zwecks der Währungsstabilitäten aufzubringen. Die Bundesregierung wird, wenn sie in der Finanz- und Wirtschaftspolitik so weiterfährt, in absehbarer Zeit genau denselben Weg gehen, wie ihn sozialistische Führungen in den skandinavischen Ländern mit der höchsten Inflationsrate aller europäischen Industriestaaten erreicht haben. (Beifall) Das ist unausweichlich. Auch hier muß die Regierung Antwort geben.

Wir sagen auch nicht Nein zur Mitbestimmung. Wir sagen Ja zu einer Mitbestimmung nach Funktion und Leistung, aber nicht zu einer Mitbestimmung kollektiver Funktionärsorganisationen. (Beifall) Das ist der Unterschied. Wir sind weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Partei. Aber eines, meine Damen und Herren, darf ich hier mit einem Satz sagen: Unsere wirtschaftliche Zukunft erfordert es, daß nicht nur der leicht auf Sozialisierung umschaltbare Großkonzern lebensfähig ist und auf der anderen Seite die Mammutorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern daß die schöpferische, fruchtbare, vielfältige Initiative unseres Mittelstandes im weitesten Sinne des Wortes erhalten bleibt und gefördert wird. Darauf sind die steuerlichen Maßnahmen abgestellt, die ich bei meinen Gedankengängen sowohl im "Bayern-Kurier" in der nächsten Nummer als auch hier in dem verfügbaren gedruckten Text meiner Rede, als meine Meinung als Vorsitzender einer Volkspartei, die weder im Großkonzern einen verhassten Feind sieht, aber nicht die einzig erstrebenswerte Wirtschaftsgröße, die für uns auf die Dauer als diskutabel im Ansehen amerikanischer Größenordnungen in Betracht gezogen wird. Wir wären nicht da, wo wir sind, wenn wir nicht die schöpferische Vielfalt eines politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Mittelstandes aufweisen könnten. Diesen Mittelstand nach den Lebensbedingungen der Gesellschaft von heute und morgen zu erhalten und auszubauen, ist der stärkste Schutz gegen Kollektivierungstendenzen wie sie unter mancherlei schillernden Phrasen und Anzügen auf-

treten sind. Gerade die Gedanken zur Vermögensteuer, zur Grundsteuer, zur Erbschaftsteuer, die Gedanken auch zu einer Wertzuwachssteuer - sie ist auch ein Erfordernis in der Wirtschaft -, die Gedanken zur Finanzpolitik und die folgenden Ausführungen nachzulesen bitte ich wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung, ohne meine Person dabei überschätzen zu wollen, diejenigen, die an einer Diskussion solcher Fragen interessiert sind. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich heute, eigentlich in Widerspruch zu den Zweckmäßigkeiten des kommenden Wahlkampfes, ein Thema in den Vordergrund gestellt habe, das das Menschen weniger bewegt als das tägliche Brot und die Lebenshaltung von heute und morgen, nämlich das Thema: Deutschland seine Teilung und die damit zusammenhängenden Probleme. Aber in der Wertordnung, nicht nach Wahlkampf-, nach geschichtlichen Dimensionen, kommt das, was ich heute an Grundsätzlichem zur Ost- und Deutschlandpolitik gesagt habe, ohne Zweifel auf den ersten Platz; denn wenn hier die Schlacht verlorenght, ^{zugrunde} geht Deutschland verloren. (Beifall)

Wir haben Vorstellungen zum Mitbestimmungsrecht, Vorstellungen auch zu einer wesentlich verbesserten Vermögensbildung und wir haben - was wir morgen im einzelnen von Freund Goppel hören werden - Vorstellungen zum Bayern von morgen. Es gibt eine ganze Reihe eindrucksvoller Zahlen, die dafür Zeugnis ablegen, was das Volk in Bayern unter einer guten Bundes- und aktiven Landespolitik in diesem Lande nach dem größten Krieg aller Zeiten inmitten des größten Elends aller Jahrhunderte aufgebaut hat. Bayern, das Land mit einer weit überdurchschnittlichen Zuwachsrate gegenüber dem Durchschnittszuwachs in der Bundesrepublik, ist ein Land, das für die Leute ein angenehmes Zuhause darstellt wegen des von Jahr zu Jahr gestiegenen objektiven und subjektiven Wohnwertes. Wenn man einen Beamten dazu bringen will, sich ohne Beförderung versetzen zu lassen, geht es mit dem Flugzeug nach München fast allein wesentlich leichter. Ohne Beförderung mit dem Zug nach Bonn ist beinahe ein Verstoß gegen die Menschenrechte nach Auffassung derer, die davon betroffen sind. (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Bayern ist ein Land von heute und morgen. Bayern ist ein Land, das noch Agrarland ist und es bleiben will. Bayern ist ein Land eines soliden, gewachsenen Mittelstandes. Bayern ist ein Land der Altbayern, der Franken und Schwaben, aber auch ein Land der Süddeutschen, Schlesier, Pommern und Ostpreußen. (Beifall) Ich danke im Namen der gesamten Partei allen Bayerischen Staatsregierungen und besonders Freund Goppel dafür, daß sie sich der Schutz- und Schirmherrnfunktion für die neuen Bürger in unserem Land in vorbildlicher wirtschaftlicher, sozialer, menschlicher Weise angenommen haben. (Beifall)

Wir haben unseren Parteitag unter die Überschrift gestellt, die Gegenstand ~~hämischer~~ hämischer Kritik, Gegenstand neidischer Glossierung, aber auch Gegenstand brutaler Angriffe geworden ist: "Deutschland braucht Bayern". Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bayern ist nicht nur das Bundesland mit der ältesten Staatstradition und der größten Fläche unter allen Bundesländern. Bayern ist nicht nur die neue Heimat von zwei Millionen deutscher Landsleute aus dem Sudetenland und Mähren, aus Schlesien und Ostpreußen, aus Siebenbürgen und anderen Vertreibungsgebieten aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands geworden, ^{Land für viele} für die es nicht das Problem gibt, mit Bayern zu leben, sondern möglichst lang in Bayern zu leben, wenn möglich für immer in Bayern zu leben, wenn man anderswo das Geld verdient hat, um sich dann in Bayern einen angenehmen Ruhestand gönnen zu können. Bayern ist nicht nur das Ferienland für Hunderttausende aus dem In- und Ausland mit seinen Bergen, Wäldern und Seen. Bayern ist nicht nur das Land der Lederhosen, der Folklore, ^{-Attraktionen,} der Schuhplattler und Zupfgeigen. Bayern ist nicht nur das Land, in dem Kunst und Kultur seit über einem Jahrtausend zu Hause sind und sich unter unserer Führung ständig weiterentwickelt haben. Bayern ist auch das Land, in dem die Liebe zur Heimat sich mit der Treue zum deutschen Vaterland verbindet. (Beifall)

In Ehrfurcht habe ich immer nicht nur meines Freundes Dr. Josef Müller mich in der Öffentlichkeit entsonnen, sondern Bayern als Teil Deutschlands in einer sehr kontrovers-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergeben nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

reichen und materiell armseligen Zeit hervorgehoben hat, auch mit Ehrfurcht unseres Freundes Schäffer, der auf die Frage eines amerikanischen Obersten: Wollt ihr euch nicht selbständig machen als bayerisches Königreich wie früher? - das waren gelegentlich alliierte Pläne - zur Antwort gab: In der Not läßt man sein Vaterland nicht im Stich. (Beifall)

Bayern ist auch das Land, wo die staatliche Eigenständigkeit eines Bundeslandes sich mit dem Bekenntnis zur bundesstaatlichen Einheit in den Formen der Zusammenarbeit moderner föderalistischer Gesinnung und Praxis paart.

Bayern ist auch das Land, in dem es eine uralte demokratische Tradition mit einem natürlich gewachsenen Staats- und Gemeinschaftsgefühl gibt, einem Staats- und Gemeinschaftsgefühl, das bei sehr volkstümlichen Anlässen, die über Oktoberfest und Fasching hinausreichen, jederzeit ein geselliges Zusammensein von Marktwelibern und Generaldirektoren in der Praxis ermöglicht vorführt.

Bayern ist auch die Brücke zu den Ländern des Südens und Südostens, mit denen es in regem Austausch steht. Wir haben diese Brücke von der Bayerischen Staatsregierung aus immer rege genutzt. Wir stehen mit diesen Ländern in regem Wirtschaftsaustausch.

Bayern ist auch das Land des größten Wirtschaftswachstums unter den Bundesländern.

Bayern ist auch das Land mit vorbildlicher Energiepolitik - Otto Schedl! - als einer unentbehrlichen Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in der Zukunft.

Bayern ist auch die Heimat moderner Wachstumsindustrien der Luftfahrt und Raumfahrt, der Elektronik, der Triebwerkstechnik und der Kernenergietechnik. Und halten Sie mich nicht für Größenwahnsinnig, wenn ich sage, daß ich in meiner Zeit als Verteidigungsminister einiges dazu beigetragen habe, daß hier die natürliche Ergänzung stattgefunden hat, und zwar nicht in Lokalpatriotismus, sondern deshalb, weil ich immer der Meinung war, es sei ein Unglück des Deutschen Reiches gewesen,

Herzlichen Glückwunsch zur 100. Geburtstagstagung der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

unter dem Schwergewicht und der Kopflastigkeit des wirtschaftlich überlegenen Preußen ~~anormal~~ anomal organisiert zu sein. Die Bundesrepublik braucht mehrere industrielle Schwergewichte. Nordrhein-Westfalen ja, aber auch Hessen, aber auch Baden-Württemberg, aber auch Bayern. Und in Bayern lieber Freund Goppel, ich darf den Wunsch des Parteivorstandes sagen - einen Wunsch, der keine Kritik enthält - alles zu tun, damit in Bayern nicht der Raum München und Oberbayern kopflastig für das innere Gleichgewicht des Landes wird. (Beifall) Der Raum München bis Augsburg, der Raum Nürnberg bis hinauf nach Unterfranken und Oberfranken und der Raum Oberbayern und Niederbayern müssen gleich wichtige Zentren sein, ohne daß deshalb der Perle München irgendein Schaden oder eine Beeinträchtigung zugefügt wird.

Bayern ist auch ein Land, wo Klein-, Mittel- und Großindustrien in ausgewogener Zusammensetzung, Handwerk, Landwirtschaft und Handel, in erfolgreicher Bewältigung ihrer Strukturprobleme, zusammen das Bild einer modernen Wirtschaftsregion ergeben, in der die Schonung der Landschaft und die gestaltende Kraft der modernen Technik sich zu einem neuen Lebensrahmen für seine Bürger harmonisch verbinden. Dieses Bayern ist durch Geist, Charakter und Leistung seiner Bevölkerung, der alten und neuen Bürger, unter dem Zeichen der politischen Führung der CSU zu dem geworden, was es heute ist.

Wir haben in unserem Programm - und ich habe das damals durchgesetzt - gesagt: Die CSU ist auch eine konservative Partei, aber nicht nur eine konservative Partei. Wir gedenken mit Dankbarkeit der Männer, die das Profil der CSU konservativ und liberal bayerisch und national geprägt haben. Mit Dank und Ehrfurcht sei hier der Name Seidel genannt, dessen Gattin ich hier mit dem Ausdruck der Verbundenheit herzlich begrüße.

Die Politik der CSU ist geprägt von der Liebe zur Heimat, von der Treue zu Deutschland, vom Bekenntnis zu Europa, als der entstehenden und noch zu vollendenden Gemeinschaft der freien Völker.

In der Stunde der Not mehr denn je - und Not herrscht nicht nur, wenn materielle Armut den Menschen droht, sondern auch wenn Entwicklungen sich anbahnen, die es erfordern, gegen den Wind opportunistischer Betrachtung oder gegen das Strommuster opportunistischer Publizistik unsere warnende Stimme zu erheben. Wir sind nicht geprägt von opportunistischer Denkweise. Wir sind keine politischen Konjunkturritter. Wir treiben eine ernst zu nehmende Politik in der Entwicklung Bayerns, in dem Stolz auf unsere Leistung, auch in unserem Beitrag für die Einheit und Freiheit unserer ganzen Nation. In der Stunde der Not mehr denn je gilt es, unsere Stimme zu erheben, und die Stunde dafür ist gekommen.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Vorsitzender Dr. Richard Jäger: Lieber Franz Josef, im Namen des Parteitagess, der das durch seinen Beifall getan hat, möchte ich Dir recht herzlich für diese außerordentliche Rede danken. Ich glaube, daß es richtig war, in die mündlichen Ausführungen gerade das Problem der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik als Mittelpunkt und Hauptthema zu nehmen. Denn alle Zeichen deuten darauf hin, daß wir auf diesem Gebiet die nächsten großen Schlachten im Bundestag werden zu schlagen haben. Ich habe den Eindruck, daß wir wieder in Auseinandersetzungen kommen, wie sie in den fünfziger Jahren das Parlament und das Volk bewegt haben. Wir haben das damals und wir haben das heute nicht gewollt. Uns wäre es damals lieber gewesen, die Sozialdemokraten hätten von Anfang an die Außenpolitik Adenauers, die Außenpolitik der CDU/CSU unterstützt. Wir haben uns gefreut, daß in den sechziger Jahren eine Annäherung auf außenpolitischem Gebiet erfolgt ist und in der Großen Koalition unter der Führung Kiesingers eine gemeinsame Außenpolitik, so schwierig es war gemacht werden konnte. Aber jener Herbert Wehner, der Anfang der sechziger Jahre die gemeinsame Außenpolitik gefordert hat, hat sie nun aufgekündigt in einem Macht- und Mehrheitstausch, der mir schwer verständlich ist und den er und seine Genossen noch einmal bereuen werden. Und deshalb, meine Freunde, ist

es notwendig, daß wir diese Gedanken in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen auch im Lande stellen.

Ich darf nunmehr allgemein bekanntgeben: Morgen vor- mittag findet neben den 5 Foren über Grundsatzfragen der Politik auch eine Sitzung des Arbeitskreises für Satzung und Schiedsordnung statt, und zwar im Roten Saal des Messe- hauses.

Ich darf nun, meine Damen und Herren, noch zwei Gruß- telegramme verlesen:

"Den Freunden der Christlich-Sozialen Union herzliche Grüße aus Anlaß Ih- res Parteitages.

Dr. Röder, Ministerpräsident und Landvorsitzender der CDU Saar."

Sodann:

"Wegen dringender Verpflichtungen in Vorbereitung unseres Wahlkampfes an Teilnahme an Ihrem Parteitag verhindert, sende ich die besten Wünsche der Rheini- schen CDU für einen ertragreichen Ver- lauf und grüße in herzlicher Verbundenheit.

Heinrich Köppler."

Damit komme ich zum letzten Punkt unserer umfangreichen heutigen Tagesordnung^u damit zu einem weiteren Höhepunkt. Der Bundesvorsitzende unserer Schwesterpartei ist oft in unserer Mitte gewesen. Wir haben ihn immer mit Herzlichkeit, Freude und Zustimmung begrüßt. Als Württemberger und als Ministerpräsident unseres Nachbarlandes ist er sozusagen nicht nur-uns Bayern besonders verbunden. Als der außenpoli- tische Sprecher unserer Fraktion in den fünfziger Jahren hat er mit unserer vollen Unterstützung mit aller Klarsicht jene Position vertreten, die CDU und CSU in besonderer Weise gemeinsam haben. Wir in der CSU haben ihn im Jahr 1966 au

den Schild erhoben und 1966 als Bundeskanzler durchgesetzt. Wir haben es wirklich nicht bereut. Denn daß unsere Schwesterpartei und die deutsche Politik aus einer kritischen Lage herausgekommen sind, ist seiner überlegenen Führung zu danken. Die Zustimmung, die er gefunden hat, ist mir besonders deutlich in Erinnerung, als er wenige Tage vor der Bundestagswahl vor den Toren der Landeshauptstadt in Unterpfaffenhofen vor 5000 Menschen zu nächtlicher Stunde gesprochen und stürmische Zustimmung gefunden hat, die sich wie so oft, wo er gesprochen hat, in einem Ansteigen der Wählerstimmen ausgewirkt hat. Wir sehen daher in ihm den Mann, von dem wir hoffen, daß er in kürzerer Zeit, als seine Gegner annehmen, wieder Bundeskanzler wird und die Führung ergreift und Herrn Brandt und seine Dilettanten ablösen kann. (Beifall)

So wartet denn der Parteitag der Christlich-Sozialen Union mit besonderer Spannung auf dieses Referat. Es spricht nunmehr Kurt Georg Kiesinger.

hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Bundeskanzler a.D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident, liebe Unionsfreunde, meine Damen und Herren! Ich überbringe Ihnen - ich tue das mit Freude - die herzlichen Grüße Ihres Ältesten, stärksten und verlässlichsten Kreises von Freunden, der Christlich-Demokratischen-Union. (Beifall)

^{Gemeinsam}
~~20 Jahre~~ haben wir in einem großartigem Kampf durch mehr als 2 Jahrzehnte dieses Land emporgeführt und, meine Freunde, zusammen wird uns das wiedergelingen, wenn wir uns nicht auseinanderreden und auseinanderreden lassen, wenn wir einig bleiben.

Wir haben heute zwei sehr ernste Reden gehört, und ich schließe mich diesen beiden Reden Hainer Barzels und Franz-Josef Strauß mit dem gleichen Ernst und - ich will es versuchen - in prägnanter Kürze an. Ich sehe schon wieder bestimmte Kritiken, die uns angesichts dessen, was wir sagen müssen und was gesagt worden ist, wieder erneut verleumden, sei es, daß man uns als "kalte Krieger" bezeichnet, sei es, daß man uns zurät, doch den redlichen, gutgemeinten Bemühungen Willy Brandt's sich nicht entgegenzustellen, sei es, daß man uns Motive persönlicher Art unterstellt, etwa der Art, daß wir uns, der eine wie der andere, von niemandem Überholen lassen wollen. Meine Freunde, nur ein Motiv finde ich in den Kritiken, die man über uns schreibt, leider fast nie erwähnt, das Motiv, das uns wirklich bestimmt, nämlich den Zwang der Erfahrung, der Vernunft und des Gewissens, der uns zum Widerstand aufruft gegen eine verfehlte und gefährliche Politik der neuen Linkskoalition. (Beifall)

Diese Linkskoalition ist angetreten mit dem arroganten Anspruch, "das moderne Deutschland zu schaffen", das wir längst geschaffen hatten, und mit der Behauptung, sie werde ihre Sache auf jeden Fall besser machen, als das, was die CDU/CSU in den vergangenen 20 Jahren geleistet hat. Und nach einem halben Jahr ist für jedermann, nicht nur für die Opposition, erkennbar, daß diese

Regierung nicht fähig ist, ihre hochtrabenden Versprechungen zu halten. erinnern wir uns: In einer unverantwortlichen Kampagne haben Bundesminister Schiller und die Wahlkampfstrategen der SPD das Preisklima und die Lohnbewegungen vor den Bundestagswahlen angeheizt und schließlich die höchstproblematische Aufwertung herbeigeredet, ohne sich dabei genügend abzusichern. Die Regierung hat die Stabilität lauthals versprochen und verkündet. Und nach einem halben Jahr ist erkennbar, daß sich diese Regierung als unfähig erwiesen hat, die Preisentwicklung zu kontrollieren und die Stabilität unserer Währung zu sichern. Unfähigkeit zu einer realistischen Vorausschau, Scheu vor den notwendigen Entscheidungen und Uneinigkeit im eigenen Lager führten zu einer hektischen Zickzackpolitik, die oft genug in den vergangenen Monaten betrieben worden ist, die von einem Extrem zum anderen übersprang und schließlich die Last des Schutzes unserer Währung und unserer Konjunktur der Bundesbank überließ.

Die Maßnahmen, zu denen die Bundesbank gezwungen war, führten zu einer schweren Belastung unserer Wirtschaft und treffen im übrigen in ihren Auswirkungen vor allem auch die breiten Schichten unseres Volkes, den kleinen Mann. Schon allein die Tatsache, daß der Diskontsatz heute den Rekord von 7 1/2 % erreicht hat, ist ein Alarmzeichen, das jedem beweisen sollte, daß diese Regierung in ihrer Wirtschafts- und Konjunkturpolitik versagt hat. (Beifall) Aus den Planern sind Planlose geworden.

Finanzminister Dr. Möller - ich sage es, weil es Franz-Josef Strauß selber nicht sagen wollte - hat seinen Vorgänger vorgeworfen, er habe ihm die "schwere Erblast" hinterlassen. Wir alle könnten froh sein, wenn es dem neuen Finanzminister möglich wäre, mit dem selben Verantwortungsbewußtsein und demselben Augenmaß eine konjunkturgerechte Haushalts- und Finanzpolitik zu betreiben, wie es der Finanzminister Franz-Josef Strauß getan hat. (Beifall) Seine Leistung in diesen Jahren wird - davon bin ich fest überzeugt - je länger je mehr ins Licht treten.

Diese Kritik ist nun schon längst nicht mehr eine Angelegenheit allein der Opposition. Weite Kreise der Wirtschaft sind zunehmend unruhig über diese Planlosigkeit und über die Untätigkeit. Nicht nur die Gefahr einer immer weiter treibenden inflationären Entwicklung, sondern die Gefahr eines Umschlags in eine neue Rezession beunruhigt sie und unsere Bevölkerung.

Meine Damen und Herren! Es wäre viel dazu und zu anderen Gebieten der Politik dieser Regierung zu sagen. Etwa in der Bildungspolitik, die fantasielos und energielos betrieben wird, etwa in der Sozialpolitik, die den großen Zug vermissen läßt und zurückgefallen ist in die älteste Sozialbastelei. Aber auch ich, meine Damen und Herren, will mich heute angesichts der fortgeschrittenen Zeit nun in diese Themen nicht mehr vertiefen, sondern auch ich will, weil es die Stunde von mir verlangt, unsere Sorgen, meine Sorgen im Zusammenhang mit der Außenpolitik dieser Regierung vortragen.

In einem Augenblick, in dem die neue deutsche Bundeskanzlerin mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seine Außenpolitik zu erläutern versucht, haben die Unionsparteien, denen fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung bei der Bundestagswahl ihr Vertrauen geschenkt haben, Recht und Pflicht, unmißverständlich und unüberhörbar ihre eigene Auffassung darzulegen. (Beifall)

Dies, meine Damen und Herren, kann nur vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation geschehen. Ich versuche also, in dem Gewölk von Illusionen, von Vernebelungen und auch Sentimentalitäten dieser Stunde für diejenigen, die hören können und hören wollen, unsere Politik in aller Kürze zusammenzufassen! Meine Freunde! Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat die Sowjetunion ihren Herrschaftsbereich über Ost- und Mitteleuropa bis hinein nach Westeuropa ausgedehnt und befestigt. Sie hat in diesen vergangenen 25 Jahren ihre militärische Macht ununterbrochen erweitert. Der Herr

Präsident der Vereinigten Staaten hat am 18. Februar in seinem Bericht an den Kongreß zum wiederholten Mal auf die „ich zitiere wörtlich - " Fundamentalen, schicksalsberächtigten Veränderungen im strategischen Gleichgewicht" hingewiesen. Mit betontem Ernst hat er erklärt, daß die Sowjets in den 70er Jahren über strategische Streitkräfte verfügen werden, die an die der Vereinigten Staaten herankommen werden und sie in einigen Kategorien übertreffen werden. Die Stärke der konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion in Europa, ihr gegen Westeuropa einsetzbares Potential an Mittelstreckenraketen und die Entwicklung ihrer Seestreitkräfte in den Europa nördlich und südlich umfassenden Meeren, Die Ausdehnung ihrer Einflußzonen im Mittelmeerraum wiegen vor unser aller Augen.

Dieser gewaltigen sich ständig stärkenden Macht gegenüber befinden sich die Länder Westeuropas - Gott sei es geklagt - in einer äußerst bedrohten und auch zum Teil selbst verschuldeten Lage. Sie haben in den vergangenen Jahren nicht die Kraft aufgebracht, sich politisch zusammenzuschließen und dadurch ihr künftiges Schicksal zu sichern. Ohne den Schutz Amerikas wären sie auf Gnade und Ungnade der Sowjetischen Vormacht ausgeliefert.

Das ist ein düsteres Bild. Das ist keine billige Oppositions-trommelei. Das ist Wirklichkeit. Nach wie vor ist eine solche Hegemonie über ganz Europa das Ziel der Sowjetunion.

Sie wird daher weiterhin alles tun, um den festen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder zu verhindern, die Nato zu zersetzen und die Amerikanischen Streitkräfte aus Europa hinauszumanövrieren. Erst in diesen Tagen hat ein führender Mann der Sowjetunion auf die Frage, ob die Sowjetunion mit der EWG zusammenarbeiten wolle, geantwortet: Sie kennen unseren Standpunkt. Die Sowjetunion ist fest davon überzeugt, daß die wirtschaftlichen Gruppierungen in Westeuropa auseinanderfallen werden.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Am gleichen Tag hat die "Prawda" sich gegen die Entwicklung der EWG zu einem politischen Block gewandt und mit Befriedigung festgestellt, daß sich angeblich immer breitere Kreise in Westeuropa stattdessen für eine "allgemeine europäische Zusammenarbeit" einsetzen. Was heißt das, meine Freunde? Das heißt nichts anderes, als daß die Sowjetunion an Stelle der Einigung Westeuropas, für die wir zwei Jahrzehnte gekämpft haben, die Vorherrschaft der Sowjetunion über ein zersplittertes Europa will. Und das wollen wir nicht! (Beifall)

Die bisherigen Verhandlungen in Moskau, Warschau und Erfurt - das ist kein Geheimnis - haben bewiesen, daß die Sowjetunion diese Politik in keinem Punkte - ich betone: in keinem Punkte - ändern wird, und diese Verhandlungen haben überdies bewiesen, daß in allen wichtigen Fragen bei diesen Verhandlungen der Wille der Sowjetunion es ist, der zuletzt entscheidet.

Es ist von Franz-Josef Strauß schon gesagt worden, daß es die CDU/CSU - Regierungen waren, die seit vielen Jahren dem kommunistischen Osten eine Politik des Friedens und des Gewaltverzichts angeboten haben. Wir waren bereit, Gespräche zu führen, Gespräche, bei denen es um die Erleichterung für unser deutsches Volk für die Zeit der Trennung gehen sollte, aber keine Gespräche, bei denen wir zur Preisgabe von Lebensfragen unseres Volkes bereit waren. (Beifall) Ich wende mich, meine Damen und Herren, gegen die Unterstellung, daß die Politik dieser Regierung dasselbe sei wie das, was wir getan hätten. Es ist nicht dasselbe. Diese Regierung ist ungeschützt hineingegangen in die Verhandlung. Sie hat keinen Versuch gemacht, die Thematik zu begrenzen. Sie hat nicht deutlich werden lassen, worüber sie verhandeln will und worüber nicht. Wir haben an sie die Frage gestellt, was für sie verzichtbar und was unverzichtbar ist, zu wiederholten Malen. Wir haben, wer immer von uns gefragt hat, keiner von uns von dieser Regierung eine Antwort erhalten. Und doch war es noch nie seit 20 Jahren so, daß unser Volk mit so gutem Recht darauf bestehen kann, in diesen

wichtigen Lebensfragen unserer Nation eine Antwort zu erhalten. Man gebraucht und mißbraucht in diesem Zusammenhang das Wort "Friede". Meine Damen und Herren, wir wollen Frieden, den wirklichen Frieden. Aber ein Friede ohne Gerechtigkeit, auch Gerechtigkeit für das deutsche Volk, ist kein Friede. Er würde die Spannungen in Europa nur verewigen und vertiefen.

Ich weiß genau, was man uns immer und immer wieder vorhält: Ja, Ihr seid ja selber nicht weitergekommen in diesen 2 Jahrzehnten. Jetzt nehmt ihr es den anderen übel, daß sie es erreicht haben, mit dem Osten allein am Tisch zu sitzen! - Meine Damen und Herren! Nicht darauf kommt es an, mit dem Osten an einem Tisch zu sitzen. Darauf kommt es an, mit dem Osten einen wirklichen Frieden für das deutsche Volk und den Frieden in Europa zu erreichen. (Beifall) Natürlich wissen wir ebenso wenig wie andere, ob und wann das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes, vor allem unserer Landsleute drüben, sich eines Tages erwirken läßt. Aber das ist kein Argument gegen uns. Das ist ein Argument zur Lage, zur bitteren Lage in dieser Welt. Aber eines ist sicher - wir lassen einmal allen Streit um Worte und Begriffe weg - : Wenn diese Regierung nicht entschlossen ist, eines unter keinen Umständen preiszugeben, eines, das wir gar nicht preisgeben dürfen und können, weder für uns noch für unsere Landsleute, nämlich das Recht - wann immer und wann immer die Gelegenheit dazu kommt - auf freie Bestimmung unseres Schicksals, wenn sie dazu nicht entschlossen ist, dann wird ihr einmal die Geschichte eine böse Rechnung präsentieren. (Beifall) Es gibt eine Faustregel - ich habe es in den letzten Wochen oft gesagt - : Wenn wir schon nicht wissen, wann wir dieses Recht erwirken können, so können wir doch eines tun und müssen wir eines tun, nämlich alles von uns aus unterlassen und unter nichts unsere ~~Hand~~ Unterschrift setzen, was dazu führen würde, daß durch unsere eigene Schuld die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes verbaut würde. Und, meine Damen und Herren, wir haben allen Anlaß, zu fürchten,

daß diese Koalition und diese Regierung in dieser Frage nicht so klar und standfest ist, wie es das Lebensinteresse unseres Volkes erfordert. (Beifall)

Ich weise mit allem gebotenen Ernst auch bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Sowjetunion bis zu dieser Stunde - Breschnew hat es erst vor kurzem wiederholt - an ihrer grausamen Doktrin festhält, daß sich kein Volk, das sich im kommunistischen Lager befindet, jemals wieder aus diesem Lager entfernen dürfe. Und das bedeutet doch schlicht und klar, daß nach dem Willen der Sowjetunion eine Wiedervereinigung des deutschen Volkes nur unter kommunistischem Vorzeichen erfolgen könnte. Und dagegen werden wir uns mit allen Kräften zur Wehr setzen. (Beifall)

Das ist das Bild der Lage, meine Freunde, und nur eine Regierung der Bundesrepublik, die sich dieser Realität unserer heutigen Welt illusionslos bewußt ist, wird fähig sein, ohne Gefährdung oder Preisgabe der Lebensinteressen unserer Nation mit dem Osten mit Aussicht auf Erfolg zu verhandeln. Wir haben nicht den Eindruck, daß diese Regierung den klaren Blick für diese Realität hat, und deswegen verweigern wir dieser Regierung unser Vertrauen. (Beifall)

Als Fazit dieser Überlegungen muß man feststellen, daß, wenn es überhaupt Fortschritte mit dem Osten in den Beziehungen mit den kommunistischen Ländern geben kann, dies nur auf einer sehr langen mühseligen Wegstrecke mit viel Beharrlichkeit und Geduld erreicht werden kann und keineswegs durch billige spektakuläre Aktionen. Im Gegensatz zu den Vorschlägen Moskaus - das betone ich mit besonderem Ernst - muß die Aufgabe der westeuropäischen Einigung vorangetrieben werden, und deswegen ist es Aufgabe der Union, mit noch größerer Entschlossenheit und Energie als bisher dieses eigentliche, unserer Generation aufgegebenene wirkliche Rettungswerk durchzuführen. Wir wollen die Politik machen, die Europa und damit auch unserem Volk eine

Chance des Überlebens und der künftigen Mitgestaltung der Welt gibt. Da liegt das Feld unserer Energien, liebe Freunde. Da müssen wir und muß auch diese Regierung ihre Kräfte einsetzen. Und wir wissen, daß in Amerika seit langem sich eine tiefe Enttäuschung über Europa breit gemacht hat. Man hat dort gehofft, daß wir das Unsere tun werden, daß wir Europäer einsehen werden, daß sich nicht auf die Dauer 300 Millionen freie Europäer von 200 Millionen Amerikanern beschützen lassen können. Meine Damen und Herren, das Engagement Amerikas für Europa ist es, wovon wir leben, als freie Menschen leben, und dieses Engagement Amerikas muß durch unsere Tat gekräftigt und darf nicht - Franz Joseph Strauß hat darauf hingewiesen, auch Rainer Barzel - durch eine verfehlte illusionsvolle Politik abgeschwächt werden. Wenn einmal - was ja einflußreiche Kräfte in Amerika wollen - die letzte amerikanische Division europäischen Boden verlassen haben wird, ich erinnere Sie an den Ausspruch des amerikanischen Präsidenten von den schicksalsträchtigen Veränderungen im strategischen Gleichgewicht -, dann, meine Damen und Herren, dann wäre die sowjetrussische Hegemonie über ganz Europa noch eine Waffe.

Ich muß in der letzten Zeit, wenn ich diese Gedankengänge vortrage, hören, daß eine Großmacht sich nicht selbst aufgeben könne, daß der Schutz Europas doch im eigenen Interesse Amerikas liege und daß man doch unmöglich den Amerikanern unterstellen könne, daß sie ihr eigenes Interesse dadurch aufs Spiel setzten, daß sie eines Tages ihre Truppen aus Europa zurücknehmen. Ja, meine Damen und Herren, wenn konstante Weisheit die Politik der großen Mächte in der Geschichte je und je bestimmt hätte, dann hätten wir einen sehr viel ruhigeren Ablauf der Geschichte zu verzeichnen. Und in einer modernen Massendemokratie muß der einsichtigste und entschlossenste politische Führer mit der öffentlichen Meinung und mit den Kräften in seinem Parlament rechnen. Und wir hier wissen, wie stark in Amerika zum Teil - ich wiederhole es - aus Enttäuschung an Europa jene Kräfte sind, die auf Zurückziehung oder zumindest auf eine kräftige Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa drängen. Dies ist die ernsteste Frage dieser geschichtlichen Stunde, meine Damen und Herren. Und weil sie so ernst ist, sprechen wir so ernst.

Wenn ich in den Verlautbarungen des neuen Bundeskanzlers lese, daß er sowohl das eine wie das andere wolle, dann klingt

das recht schön und gut. Aber, meine Damen und Herren, diese Politik muß eine Politik aus einem Guß sein, und man kann nicht etwa so formulieren, wie er es einmal getan hat: Man wolle Westeuropa, aber man wolle auch ganz Europa. Das klingt so verwaschen und wolkig wie vieles aus seinem Mund. Ich sage - und ich glaube, ich kann es für die CDU und die CSU sagen, - wir sind davon überzeugt, daß wir erst Westeuropa im Rahmen der weiteren westlichen Gemeinschaft geschaffen haben müssen, bevor eine Aussicht besteht, mit dem Osten zu einem vertraglichen Verhältnis zu kommen.

(Beifall)

Nichts gegen die Gespräche in Moskau, in Warschau, in Erfurt und in Kassel! Wir haben unsere Zustimmung - wir haben es gemeinsam getan - zu Gesprächen mit den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands gegeben. Wir wissen, daß unser Volk, oft ein wenig in Unkenntnis der bitteren Realitäten, die ich eben vorgetragen habe, emotional vieles von diesen Gesprächen erwarte. Meine Freunde, jeder, der die Lage kennt, weiß, wie wenig leider zu erwarten ist. Aber es ist ja viel schlimmer. Wenn es nur so wäre, daß wir sagen könnten, es besteht nicht viel Hoffnung, voranzukommen, dann ginge das ja noch. Aber - ich wiederhole es, weil es nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Beobachter gesehen haben - es ist ja seit der Übernahme dieser Regierung in den vergangenen Monaten so vieles getan worden, was irreparabel ist. Und deswegen wollen wir verhindern, daß nicht noch mehr zerschlagen und zertrümmert wird.

(Beifall)

Brandt muß, wenn ^{er} nach Kassel geht, ^{dies} ~~nichts~~, was wir hier sagen, nicht nur als eine Kritik, sondern auch als eine Unterstützung für eine wirklich fortschrittliche Deutschlandpolitik empfinden.

Meine Damen und Herren! Es gibt auch in unseren Reihen - und bei Franz Joseph Strauß klang es an - Freunde, die sagen, Dieses Thema der Deutschland- und Ostpolitik, das haßt uns jetzt nicht recht. In den Fragen läßt sich vor allem für Wahlen nichts gewinnen. - Und es sind ja in diesem Jahr sechs Landtagswahlen; mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung in der

Bundesrepublik gehen in diesen sechs Wahlen zur Wahlurne. - Beschäftigt euch vielmehr doch mit den Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik! - Das ist wahr, das ist richtig, daß wir das tun müssen. Aber, meine Freunde, die Geschichte läßt uns nicht die Wahl, unser Thema auszusuchen. Ich habe ähnliche Töne damals gehört, als es um die Wiederbewaffnung ging. Ich habe damals aus unseren Reihen die Mahnung gehört: So macht nur weiter! Als wir Land auf Land ab um die Zustimmung unseres Volkes zu einer Maßnahme kämpften, die keineswegs populär war, Ich habe Mahnungen gehört: So macht nur weiter; dann werden wir die nächste Bundestagswahl verlieren. Ich habe unseren Leuten geantwortet: Nicht um das Gewinnen der nächsten Bundestagswahl geht es bei dieser Politik, sondern darum, daß wir die Freiheit unseres Volkes retten. Und darum geht es auch jetzt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht irremachen, weder durch unsere Gegner. Warum sollten wir jetzt plötzlich etwas anderes sagen, als wir vor der Bundestagswahl gesagt haben? Lassen wir uns auch nicht irremachen durch Schwachmütige oder durch solche, die taktische Überlegungen vor prinzipielle stellen! Ich weiß und ich habe es in diesen Monaten, wo immer ich in Versammlungen draußen im Lande, bei Kundgebungen und Diskussionen gesprochen habe, erfahren -, daß unser Volk wirklich spürt, daß wir vor einer Entscheidung stehen, die so wichtig ist wie die, die am Anfang der Geschichte der Bundesrepublik ^{von uns} getroffen war. Wir müssen eben den Mut haben in einer solchen Situation, in der man schon suchen muß, wo man einmal eine zustimmende Kritik, ein Wort der Ermutigung findet! Das war für Konrad Adenauer in bestimmten Monaten - ich erinnere mich sehr gut daran - nicht anders. Und es ist der CDU und der CSU gut bekommen, daß sie sich damals nicht irre machen ließen, und es ist vor allem unserem deutschen Volk gut bekommen.

(Beifall)

Deswegen wollen wir - ich wie erhole es - in diesem Gewölk von Illusionen, Sentimentalitäten und Vernebelungen hinein klar unser Wort sagen. Ich sagte, daß wir in diesem Jahr sechs Landtagswahlkämpfe haben. Der in Hamburg liegt hinter uns. Ich war

mit dabei. Sein Ergebnis war für die CDU die beste Bürger-
schaftswahl seit dem Bestehen der Bundesrepublik. Meine Damen
und Herren! Lassen Sie sich nicht durch demoskopische Veröffent-
lichungen irre machen. Wenn ich mich hätte irre machen lassen
wollen vor dem Ergebnis der Bundestagswahl, dann hätte nach
diesen demoskopischen Umfragen und noch nach den letzten nota-
riell hinterlegten Ergebnissen die SPD einen weiten Vorsprung
vor der CDU/CSU haben müssen. Ich bin der Überzeugung, daß wir,
wenn wir uns das Ziel setzen, so rasch wie möglich wieder zurück-
kehren in die Regierungsverantwortung, wir dieses Ziel vor
1973 erreichen können.

(Beifall)

Aber dazu, meine Freunde, gilt eines - und davon wird alles
abhängen -: Niemand kann die CDU/CSU wirklich schlagen. Schlagen
könnten nur wir uns selber, wenn wir uns in der uns neuen, unge-
wohnten Situation der Opposition nach zwei Jahrzehnten großarti-
ger Regierungsführung uns verwirren ließen. Lassen wir uns
nicht verwirren! Gehen wir unverwirrt und unbeirrt, entschlos-
sen unseren Weg.

Die Wahl in diesem Jahr im Lande Bayern soll der CDU/CSU
einen Sieg bringen. Und mit jedem neuen Ziel wird auch der
Druck auf die Lage in Bonn verstärkt zu unseren Gunsten. Meine
Damen und Herren, schauen wir auf die Devise "Deutschland
braucht Bayern"! Das ist eine gute Devise; denn ich verstehe
sie so, daß Sie sagen: In diesen Wahlen im Lande Bayern geht
es nicht nur um die wichtigen Fragen landespolitischer Art,
bei diesen Wahlen geht es eben auch um den Beitrag Bayerns nicht
nur für die Bundesrepublik. Denn Sie haben ja "Deutschland"
gesagt. Ich sehe darin die Entschlossenheit der CSU, mitzu-
wirken am künftigen Aufbau eines modernen kraftvollen Deutschland
und einer Zusammenführung in Freiheit der deutschen Nation.

(Beifall)

Meine Freunde, Bayern braucht auch Deutschland und Deutschland
braucht ein geeintes Europa und ein geeintes Europa braucht
den festen Zusammenhalt der freien Welt. Und nur wenn wir das
alles bewahren und festigen, werden wir die einzige Chance haben,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

926 190

und dann wieder unter unserer Führung, zu erreichen, was alle Völker ersehnen: den großen Frieden für unsere Welt.

(Beifall)

Vorsitzender: Dr. Richard Jäger: Nach diesen wegweisenden Worten eines Staatsmannes brauche ich nur noch zu sagen: Herzlichen Dank!

(Erneuter lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende der heutigen Tagesordnung. Morgen um 9.30 Uhr finden die fünf Foren^{statt} Die Plenarsitzung wird um 14 Uhr fortgesetzt. Ich muß Sie alle, auch namens des Herrn Landesvorsitzenden, bitten, morgen bis zum Schluß -das kann 8 oder 9 Uhr abends sein- hierzubleiben, damit wir nicht wegen der Beschlußunfähigkeit die Wahlen abbrechen und in acht Tagen fortsetzen müssen.

Ich vertage den Parteitag bis morgen.

(Schluß: 18 Uhr)

Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

S - 1 -

Vorsitzender Landtagspräsident Hannauer: Meine Damen und Herren!
 Ich eröffne die

II. Plenarsitzung

des Parteitags der Christlich-Sozialen-Union und heiße Sie herzlich willkommen. Ich hoffe, Sie sind guten Mutes und bringen ein wenig von dem Frühlingshaften mit, das das heutige Wetter in uns aufkommen läßt, hier in diese Bayern-Halle und lassen diese wertvolle Substanz auch so lange virulent sein, bis ^{wir} zum vorletzten Punkt unseres heutigen Mammutprogramms kommen, nämlich Neuwahlen, Formularien und Regularien.

Ich darf im besonderen Maße aber alle diejenigen begrüßen, die gestern noch verhindert waren, den Parteitag zu besuchen. Ich gehöre leider selbst dazu, weil ich mich auf der Insel Mainau um die Pflege der Landschaft und die Sicherung des Freizeitraumes für die Zukunft bemüht habe.

Mein besonderer Gruß gilt an den Anschluß an die gestrige Begrüßung dem Landesvorsitzenden der CSU Hamburg, dem Herrn Bundestagsabgeordneten Dietrich Rollmann. (Beifall)

Ein weiterer Gruß Ihnen, Herr Generalwageneck, als Befehlshaber im Wehrbereich 6 und zugleich als offizieller Vertreter des Herrn Bundesministers für Verteidigung. (Beifall)

Ich darf hinsichtlich der Tagessordnung des heutigen Nachmittags Sie auf folgende Ergänzungen aufmerksam machen: Wir beginnen mit dem Referat des Herrn Ministerpräsidenten. Wir bekommen dann den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anschließend folgen Punkt 3, Satzungsänderungen, Punkt 4, Beratung und Verabschiedung der Landesschiedsordnung, dann Punkt 5, Anträge. Es folgt dann der Rechenschaftsbericht des CSU-Generalsekretärs Abg. Max Streibl. Eingeschoben werden der Bericht des Schatzmeisters Herrn Dr. Pohle und der Bericht des Revisors, die statutarisch dazugehören. Dann kommt die Entlastung des Landesvorstandes, schließlich die Neuwahlen, um dann zu einer jetzt

noch nicht im Rahmen der eigenen Grenzen den Kontakt mit einem
 Soziologen zu knüpfen. Das wird ihm nicht gelingen. Das wird
 gerade von ihm abzuwenden sein, vor allem bei der Besichtigung der
 die, so würde das, ist das Verständnis der Dinge nicht möglich
 und nicht, aber nicht ohne Kenntnis der Dinge zu sein.

Am Ende der Sache steht das Problem der Darstellung der
 das Verständnis der Dinge ist nicht möglich. Das wird
 die, nicht, ist nicht möglich. Das wird
 das ist die Sache.

Das ist die Sache, die nicht möglich ist. Das wird
 das ist die Sache, die nicht möglich ist. Das wird

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

noch nicht bekannten abendlichen Stunde den Parteitag mit einem Schlußwort zu schließen. Wann wir ihn schließen, hängt weitgehend von Ihnen ab, vor allem bei der Durchführung der Wahlen, die, so hoffe ich, mit Unterstützung der Maschine sehr schnell und zügig, aber nicht ohne Probleme sich abwickeln lassen.

Angesichts der Zeit und des großen Programms darf ich ohne weitere Vorrede nun den Bayer. Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Alfons Goppel, bitten, mit seinem Referat zu beginnen. (Beifall)

Das nun folgende

Referat des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr.h.c.
Alfons Goppel, MdL

wird mit lebhaftem, langanhaltendem Beifall aufgenommen.

(Das Referat liegt vor.)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanna-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Parteifreunde! Sie hörten und quittierten mit reichlichem Applaus die Rede eines ob seiner Erfolge anerkannten Staatsmannes und nicht die eines von der Gunst seiner Genossen als Verlegenheitslösung hochgeschaukelten Kronprätendenten. (Beifall) Diese Rede hat ungezeigt, daß der um seiner landesväterlichen Güte, Umsicht und Fürsorge willen beliebte und bekannte Regierungschef auch durchaus in der Lage ist, einmal als Landesvater seine mahnende Stimme mit gebotenem Ernst zu erheben und, wenn es notwendig ist, auf Gefahren, die unserem Lande drohen, hinzuweisen. Er hat in eindrucksvoller Weise und mit Ihrem Applaus begleitet eine, nun sagen wir einmal, Mannschaftsliste vorgebracht, bei der keine Fremdarbeiter eingeschleust werden (Beifall) und bei der für keinen als Ersatzspieler der Qualifikationsnachweis fehlt. Ich glaube, die Sorgen der anderen Mannschaftsgestalter sind nicht minder groß, als es sich bei Herrn Bundestrainer Schön in der Mannschaftsbildung für die Weltmeisterschaft in den letzten Tagen gezeigt hat.

Herr Ministerpräsident Dr. Goppel hat sehr klar und deutlich vor allem in die künstlich verdunkelten Ecken hineingeleuchtet und Fakten aufgehellt, wie sie Bayern heute und für morgen zu bieten hat. Und ich halte es persönlich immer für eine Beleidigung des Staatsbürgers, wenn man allein durch die Art seiner publizistischen Darbietungen den Versuch unternimmt, den Bürger so dumm zu halten, daß er einfach diese Fakten nicht sehen könnte oder übersehen müßte. (Beifall) Ich bin der Überzeugung, daß diese Fakten so eindrucksvoll auch für die Gebiete außerhalb Bayerns und so wenig übersehbar sind, daß man sie auch aus der Vogelfluglinie noch erkennen müßte.

Lassen Sie mich dazu eine kleine Fußnote, eine kleine Anmerkung bringen! Ich war gestern, - wie ich schon eingangs erwähnte - beim 13. Mainauer Rundgespräch, und dort sprach unter anderem zu dem Thema "Freizeit und Landschaft" der weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannte Grand old man Dr. Täpfer, der

Vater der Naturparke und Naturschutzparke, ~~und~~ In seinem ausgedehntem Referat schon mehrfach auf bayerische Beispiele hinweisen, führte er im Endergebnis in seinen Schlußworten folgendes an:

"Dem Lande Bayern ist großes Lob zu zollen, weil es in der Bundesrepublik an der Spitze steht mit dem, was es geleistet hat, und mit dem, was es plant".

Und vorher:

"Es steht an der Spitze der Bundesrepublik auch mit den finanziellen Mitteln und unterscheidet sich dadurch "

- so sagte Dr. Töpfer -

"Angenehm von der Bundesrepublik, die die Zuschüsse allein für die Naturschutzparke von 2 Mill. DM auf 800000 DM heruntersetzt hat."

Und schließlich sagte er:

"Bayern wird zum Vorbild für ganz Europa werden."

So ein Mann aus Hamburg! (Beifall) Herr Rollmann, ein gutes Zeichen für Hamburg! Herr Töpfer ist aber Föderalist, er unterstreicht noch die Notwendigkeit, daß die einzelnen Länder nach naturgegebenen Grundsätzen und Voraussetzungen die Landschaft so gestalten, wie sie gestaltet werden muß, damit sie für die Zukunft noch in die richtige Form kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf in Ihrer aller Namen Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr herzlichen Dank für Ihr Referat sagen. Ich zweifle nicht daran, daß es die notwendige Nachwirkung und Nachhall hat bis zum 22. November 1970 und darüber hinaus. (Beifall)

Vorsitzender: Nun bin ich in einer sehr prekären Lage, und ich kann nur um Ihr mitmenschliches Verständnis bitten. Ich muß Sie von diesem Höhenflug politischer Erkenntnisse und geschliffener Dialektik zurückführen zu notwendigen Formalitäten und Regularien dieser Tagung. Ich darf zunächst zum Punkt2:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

folgendes bekanntgeben:

Die Kommission, bestehend aus der stellv. Landesvorsitzenden Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Pohle, den Landtagsabgeordneten von Feury und Werner Müller, hat einen Bericht von Florian Harlander über die Zusammensetzung des Parteitages entgegengenommen. In diesem Bericht wurden vor allem die von den Kreisversammlungen und Bezirksparteitagen vorgenommenen Delegiertenwahlen erörtert und ausgeführt, welche Kreisverbände deshalb nicht stimmberechtigt sind, weil sie die fehlenden Beiträge noch schulden. Es sind nach letzter Zählung und Zahlung noch 2 von insgesamt 197 mit insgesamt 5 Delegierten. Drei Kreisverbände mit insgesamt 4 Delegierten sind deshalb nicht stimmberechtigt, weil die fälligen Neuwahlen noch nicht durchgeführt sind. Die Kommission hat festgestellt, daß bis nach der Entlastung der Vorstandschaft am Nachmittag 609 Delegierte stimmberechtigt sind. 9 sind, wie eben dargelegt - 5 plus 4 - nicht stimmberechtigt. Mit dem Beginn der Wahlen erlöscht die Stimmberechtigung der jetzigen Mitglieder des Landesvorstands, die nicht aus anderem Grund stimmberechtigt sind. Sie werden erst durch erneute Wahl wieder stimmberechtigt. Damit sind bei den Wahlen zunächst stimmberechtigt 602.

Nach der Satzung muß die Hälfte der Mitglieder des Parteitages anwesend sein. Da nach den letzten Zählungen 507 Delegierte da sind, sind also etwa 5 Sechstel anwesend und die Stimmberechtigung ist gegeben. Beschlußfähigkeit ist gegeben.

Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Damit bitte ich Sie, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Die Mandatsprüfungskommission bestehend aus der stellvertretenden Landesvorsitzenden, Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Pohle, den Landtagsabgeordneten Otto von Feury und Werner Müller, hat einen Bericht von Florian Harlander über die Zusammensetzung des Landesparteitages entgegengenommen. In diesem Bericht wurden vor allem die von den Kreisversammlungen und Bezirksparteitagen vorgenommenen Delegiertenwahlen erörtert und ausgeführt, welche Kreisverbände deshalb nicht stimmberechtigt sind, weil sie die fälligen Beiträge noch schulden; es handelt sich um ~~2~~² von 197 Kreisverbänden mit ~~8~~⁸ Delegierten. 3 Kreisverbände mit insgesamt 4 Delegierten sind deshalb nicht stimmberechtigt, weil die fälligen Neuwahlen noch nicht durchgeführt sind.

Die Kommission hat festgestellt, daß bis nach der Entlastung der Vorstandschaft am Nachmittags ~~606~~⁶⁰⁹ Delegierte stimmberechtigt sind, ~~12~~⁹ nicht stimmberechtigt.

Mit dem Beginn der Wahlen erlöscht die Stimmberechtigung der jetzigen Mitglieder des Landesvorstandes, die nicht aus anderem Grund stimmberechtigt sind. Somit sind bei den Wahlen zunächst ~~597~~⁶⁰² Delegierte stimmberechtigt und ~~19~~¹⁶ nicht stimmberechtigt.

München, den 11.4.70

.....
 Dr. M. Berghofer-Weichner

O. von Feury

 Otto von Feury MdL

W. Pohle

 Dr. Wolfgang Pohle MdL

W. Müller

 Werner Müller MdL

Weitergestellt im Archiv für Christlich-Sozialpolitik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorsitzender: Nun, meine Damen und Herren, Punkt 3:

Satzungsänderungen

Die Satzungsänderungen liegen Ihnen vor. Sie sind teilweise in Ihren Gremien diskutiert worden, und eine Reihe von Änderungsvorschlägen wurde behandelt und in die Satzung mit eingebaut. Heute früh hat noch ein Arbeitskreis letzte Differenzen auszusprechen und zu klären sich bemüht.

Ich darf Ihnen vorschlagen, daß ich nur dann eine Diskussion veranlasse, vor allem den Sprecher der Satzungskommission zur Begründung an das Mikrofon bitte, wenn dies von Ihnen gewünscht wird.

Ich bitte auch weiterhin, um der Einfachheit willen zu gestatten, daß/ich bei Änderungen, die nur redaktioneller oder unbedeutender Art sind, negativ abstimmen lasse, also lediglich frage, ob jemand dagegen stimmt oder sich der Stimme enthält.

Ich nehme an, die Unterlagen liegen Ihnen vor, und ich darf aufrufen

§ 4 Abs.1 Satz 4

Hier soll eingefügt werden:

Will der Bewerber einem anderen Orts- bzw. Kreisverband beitreten ...

Es geht um die Frage, daß jemand außerhalb seiner örtlichen Zuständigkeit einem anderen Ort- bzw. Kreisverband beitreten will.

Stimmt jemand gegen diese Änderung oder Erweiterung? - Oder enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle Einstimmigkeit fest.

§ 4 Abs.2

Hier ist eine terminliche Klarstellung notwendig gewesen:

Bei Ablehnung von Aufnahmeanträgen oder wenn innerhalb von 2 Monaten nicht darüber entschieden wird, dann kann

innerhalb eines weiteren Monats gegen die Entscheidung eine andere Instanz angerufen werden.

Es geht um die Einfügung des Wortes "weiteren".

Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Beides ist nicht der Fall.

Ich bitte, jeweils mit der Stimmkarte die Hand zu erheben, wenn eine Stimmabgabe erfolgt.

Dann darf ich Einstimmigkeit annehmen.

Der

§ 6

der die Ehrenmitgliedschaft beinhalten, soll als neuer Abs.3 in den bisherigen § 7, der jetzt § 6 ist, übernommen werden. Ansonsten enthält diese Bestimmung keine Änderungen.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Der

§ 7

soll eine Neueinfügung sein und beinhalten, daß man Mandatsträger sowohl auf der örtlichen wie auch auf der überörtlichen Ebene gehalten sind, mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten. Eine schon jetzt selbstverständliche Pflicht, die aber in den Statuten noch eigens fixiert werden soll.

Darf ich jetzt um eine positive Abstimmung bitten! Wer für die Einfügung dieses neuen Paragraphen in unsere Satzung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist eindeutig die Mehrheit. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall.

Wir kommen zum

§ 8

Dort soll angefügt werden - Abs.4 - , daß ein ausgeschlossenes Mitglied nur mit Zustimmung des Präsidiums wieder aufgenommen werden kann.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall.

In

§ 9

soll bei Abs.1 angefügt werden:

Der Antrag

- nämlich auf Ausschluß -

ist bei dem für das Mitglied zuständigen Bezirksschiedsgericht einzureichen.

Im Abs.2 ist anzufügen:

Dies hat auch das Ruhen sämtlicher Ämter in der Partei, ihren Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen zur Folge.

Der Abs.3, der nur bestimmt: "Das Nähere regelt die Schiedsordnung." - das kommt auch an anderer Stelle - soll an dieser Stelle gestrichen werden.

Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Beides ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Bei den

§§ 21 und 22

ist eine notwendige, schon früher berücksichtigte Korrektur anzubringen, weil nämlich Revisor und Kassenprüfer vom Parteitag gewählt werden müssen. Sie sind deshalb in § 21 Abs.2 unter dem neuen Buchst. f aufzuführen und dementsprechend in § 22 Abs.2 e bei den Funktionen des Parteiausschusses zu streichen. Es handelt sich um eine notwendige Klarstellung. Hier ist ein Fehler unterlaufen.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

§ 23 Abs.1

Hier handelt es sich um den Umfang, die Zusammensetzung des

Landesvorstandes. Es wird vorgeschlagen, die bisherige Fassung:

- c) den zwei Landesschatzmeistern,
- d) den zwei Landesschriftführern

umzuändern in:

- c) den drei Landesschatzmeistern,
- d) den drei Landesschriftführern

mit der statutarischen Folge, daß sie dann nach § 24 Abs.1 auch dem Präsidium angehören.

Darf ich fragen: Wer stimmt für diese Satzungsbestimmungen? - Jetzt kommen Wortmeldungen. Herr Leo Wagner!

Leo Wagner, MdB: Meine Damen und Herren! Hier wird uns der Vorschlag unterbreitet, die Zahl der Schatzmeister und die Zahl der Schriftführer von bisher 2 auf 3 zu erhöhen. Ich habe mich während der Beratung des Vorstandes und während der Beratung des Landesausschusses bemüht, dafür eine Begründung zu erhalten. Ich stelle fest, daß vom Umfang der normalen Arbeit her diese Ausweitung nicht begründet werden kann. (Beifall) Ich stelle dem weiteren fest, daß es auch keine zwingende Begründung gibt, die Arbeit des Landesvorstandes bzw. des Präsidiums etwa dadurch herzustellen, daß man die Zahl der Vorstandsmitglieder von bisher 38 auf 40 und die Zahl der Präsidiumsmitglieder von 14 auf 16 erhöht. Es gibt also von der Sache her keine Notwendigkeit.

Das, was bleibt, ist eine personelle Lage. Unser Freund Spielker soll einen speziellen Auftrag erhalten - den ich sehr begrüße und den ich für notwendig erachte - , aber dieser Auftrag allein rechtfertigt es nicht, die Satzung zu ändern, und zwar vor allem deshalb nicht, weil das gleiche Ziel, diesen Auftrag zu erteilen, erreicht werden kann, wenn der Herr Landesvorsitzende von den Möglichkeiten des § 24 Abs.2 3 Gebrauch macht, den Kollegen Spielker zum Präsidium zuzuziehen und ihn mit dieser speziellen

Aufgabe zu betrauen. Ich glaube, das wäre eine sachgerechtere Lösung, die es dem Parteitag ermöglichen würde, es bei der bisherigen Ausgewogenheit des Vorstandes zu belassen, und die eine Entscheidung unnötig machen würde, die aus personellen Gründen nur für diese Zeit erforderlich ist. Ich glaube, Satzungen sollten über gegenwärtige Notwendigkeiten und personelle Notwendigkeiten hinaus eine gewisse längere Gültigkeit haben. (Beifall)

Ich möchte Sie deshalb bitten, meine Damen und Herren, die Änderung der §§ 23 und 24 abzulehnen. (Beifall)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Sie haben die Ausführungen gehört. Ich darf zunächst annehmen, daß die verschiedenen Wortmeldungen - die sich durch Handheben angezeigt haben -, die sich dagegen gewandt haben, mit dieser Ausführung erledigt sind.

Darf ich fragen, ob noch jemand für die Annahme eine Begründung geben will! - Ich sehe keine Wortmeldung.

Dann komme ich zur Abstimmung. Ich lasse also abstimmen über die vorgeschlagene und Ihnen vorliegende Formulierung, in § 23 Abs.1 bei c und d jeweils die Zahl "zwei" durch "drei" zu ersetzen. - Ist eine Wortmeldung da? - Nein.

Wer für die Annahme dieser Änderung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Dankeschön. Wer stimmt dagegen? - Das ist einwandfrei die Mehrheit. Dankeschön. Soll es sich jemand der Stimme enthalten haben? - Bei einigen wenigen Stimmenthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

Damit erübrigt sich auch die Abstimmung über den § 24 Abs.1, weil die dortige Änderung nur eine Konsequenzfolge gewesen wäre.

Wir kommen zu

§ 32 Abs.3

Da ist bisher vorgesehen gewesen, daß die Kreishauptversammlung

an die Stelle der Delegiertenversammlung treten kann. Die neue Formulierung heißt nun: Sie tritt an deren Stelle. Es wird also eine bindende Vorschrift gemacht.

Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Beides ist nicht der Fall.

§ 38 Abs.1

Hier soll ein neuer Satz 2 angefügt werden, der die Ladungsfrist näher festlegt.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle einstimmige Annahme fest.

~~§ 38 Abs.1~~

§ 38 Abs.1

Hier soll noch ein neuer Halbsatz 3 angefügt werden:

; in dieser ¹Sitzung kann nur über die dringlichen Fälle entschieden werden.

Es soll also sicher gestellt werden, daß eine derartige dringliche, kurzfristige Sitzung nicht für die Beratung anderer Gegenstände herangezogen wird.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall.

Der

§ 39 Abs.2

soll in seiner neuen Formulierung die Frage klären, wer Ersatzvertreter ist, nämlich daß sich die Vertretung in der Reihenfolge der Stimmen, die auf den Bewerber entfallen sind, bewegt.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

§ 40 Abs.3 Satz 2

Er soll lauten:

Sie können sich dabei durch ihre Stellvertreter

- jetzt kommt der neue Teil -

oder in deren Verhinderungsfall durch ein von ihnen beauftragtes Vorstandsmitglied vertreten lassen.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Zu

§ 43

werden neue Formulierungen vorgeschlagen für die Absätze 4, 5 und 6, wo vor allem die Frage geklärt werden soll, daß dann, wenn bei einer Stichwahl auch zwischen dem zweiten und dritten Bewerber Stimmgleichheit besteht, zunächst zwischen denen die Stichwahl durchgeführt wird und daß eine weitere Stichwahl mit dem Bewerber mit den meisten Stimmen stattfindet.

Bei Abs.5 wird hinzugefügt:

Bei der Berechnung der Mindeststimmzahl ist jeweils nach oben aufzurunden.

Bei 7,3 ist also nicht 7, sondern 8 die notwendige Stimmzahl, um den Stimmzettel gültig zu machen.

Der Abs.6 ist neu:

Über die Anfechtung parteiinterner Wahlen entscheidet der Vorstand des übergeordneten Verbandes. Gegen die Entscheidung können die Betroffenen binnen einer Frist von vierzehn Tagen das Landesschiedsgericht anrufen.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

§ 44 Abs. 4

Hier sollen ein neuer Satz 2 und 3 eingefügt werden:

Die Ämter eines Kreisvorsitzenden, Bezirksvorsitzenden, stellvertretenden Landesvorsitzenden und des Landesvorsitzenden sind nicht miteinander vereinbar. Jedes Mitglied

kann nur eines dieser Ämter bekleiden.

Es geht dann weiter: "Hauptberufliche . . . "

Der neue Abs.5 soll lauten:

Wird eine Ordnungsmaßnahme nach § 47 Abs.2 c verfügt, so muß eine Nachwahl innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Rechtskraft durchgeführt werden.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

§ 47 Abs.5

Wir befinden uns bei den Ordnungsmaßnahmen. Hier muß es heißen:

Gegen Ordnungsmaßnahmen nach Abs.2a und b,

- das ergibt sich durch die Änderungen; hier muß ein neuer Satz eingefügt werden -

die von Kreisvorständen ausgesprochen wurden, kann das zuständige Bezirksschiedsgericht, gegen solche, die von Bezirksvorständen oder vom Landesvorstand ausgesprochen wurden, das Landesschiedsgericht angerufen werden.

Der Einspruch ist innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Mitteilung des Beschlusses bei dem zuständigen Schiedsgericht einzulegen.

Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Neu ist der

§ 48

im Rahmen der Ordnungsmaßnahmen. Dort ist bestimmt, daß gegen Mitglieder Ordnungsmaßnahmen ausgesprochen werden können und welcher Art diese Ordnungsmaßnahmen sind.

Auf Grund der Beratungen des Arbeitskreises Satzungsänderung darf ich Sie bitten, beim Abs.3 dem letzten Satz:

Die Beschlüsse sind dem betroffenen Mitglied gegenüber zu begründen

als Ergänzung hinzuzufügen

und mit einer Rechtsbelehrung zu versehen.

Etwas, was selbstverständlich ist, aber was aus Gründen der Klarheit und um die Frist in Lauf zu setzen, hier noch eingefügt wurde

Beim Abs. 5 des § 48 bitte ich einen Schreibfehler zu korrigieren: hier muß es natürlich heißen "nach Abs. 2 b ~~und~~^{oder} c" (statt Abs. 1)

^{Ab} Nach Satz 7 wird dann die Frage der vorübergehenden Enthebung wegen Anhängigkeit eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens geregelt.

Ich darf diesen neuen § 48 in positiver Weise zur Abstimmung stellen. Wer ~~ist~~ für die Annahme des § 48 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Dankeschön. Stimmt jemand dagegen? - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Damit angenommen.

Der § 48 wird damit § 49. Darüber brauche ich nicht abstimmen zu lassen. Das ist selbstverständliche Konsequenz.

Der

§ 50

aus den alten §§ 49 und 50 gebildet, sieht nur jeweils zur Klarstellung vor: beim Bezirksschiedsgericht:

Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen.

und beim Landesschiedsgericht:

Für den juristischen Beisitzer und die beiden Laienrichter sind Stellvertreter zu wählen.

Selbstverständlich nicht für den Vorsitzenden; denn der hat einen in der Satzung schon durch die Wahl festgelegten Vertreter.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Beides nicht.
Damit einstimmig angenommen.

Landesschiedsgericht

§ 51

Hier soll ein neuer Abs.6 eingefügt werden, der klarlegt, daß die Mitglieder des Landesschiedsgerichts durch Handschlag zur unparteiischen, gewissenhaften Wahrnehmung ihres Amtes zu verpflichtet sind.

Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Beides nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

§ 52

Wird in neuer Formulierung gebracht. Er enthält genau die Kompetenzen des Bezirksschiedsgericht bzw. des Landesschiedsgericht und dementsprechend eine Erweiterung der bisherigen Liste.

Wer für die Annahme dieses § 52 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Dankeschön. Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Keine.

§ 57 Abs.6

Die Geschäftsführer können an allen Sitzungen der Organe der nachgeordneten Verbände der Partei sowie der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Fachausschüsse auf der Ebene ihres Verbandes und der nachgeordneten Verbände teilnehmen.

Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Beides ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Zu streichen ist der bisherige Übergangsparagraph

59

der auf Grund des Bundesparteiengesetzes eingefügt werden mußte

und den zeitlichen Anschluß ^{wege} herstellte, aber jetzt gegenstandslos ist und daher gestrichen wird.

Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Beides nicht der Fall.

Und letztlich der bisherige

§ 60 nun 59

Diese Satzung tritt am 13. April 1970

- ich bitte, die Ziff. 13 zu beachten, die Glück bringen soll -
in Kraft.

Stimmt jemand gegen den Tag des Inkrafttretens? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist Einstimmigkeit auch hier erzielt.

Ich darf nunmehr, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Parteifreunde, die eben beschlossene Satzungsänderung - eine Änderung ist durch Mehrheitsentscheidung erfolgt - insgesamt zur Abstimmung stellen. Wer ~~stimmte~~ für die Annahme dieser so abgeänderten Satzung stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Dankeschön. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Eine Stimmenthaltung. Also bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Ich darf mich sehr herzlich bedanken, daß ich diesen Teil des Nachmittags so schnell abwickeln konnte.

Ich habe aber noch einen zweiten Teil, Punkt 4:

Beratung und Verabschiedung der Landeschiedsordnung

die ja schon nach der bisherigen Satzung zu erstellen ist, bis jetzt aber nicht vorgelegen hat.

Ich darf der Einfachheit halber die einzelnen Paragraphen aufrufen und dann eine GesamtAbstimmung durchführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

- § 1. -
- § 2, der die Antragsberechtigung regelt. -
- § 3. Er regelt die örtliche Zuständigkeit. -
- § 4, Behandlung von Anträgen. -
- § 5. Desgleichen. -
- § 6, Ablehnung wegen Befangenheit von Schiedsrichtern. -
- § 7, Beiseiterhebung. -
- § 8, Nichtöffentlichkeit des Verfahrens vor dem Schiedsgericht
 (Zuruf: Wir haben zwei Entwürfe bekommen. Einer ist uns zugeschickt worden, den zweiten haben wir heute hier bekommen. Sind die beiden identisch?)

- Nein, die beiden sind nicht identisch, sondern genau wie bei der Satzung sind die heute Ihnen unterbreiteten Vorlagen das Endprodukt auf Grund der Einwendungen und Vorschläge, die aus den Kreisverbänden in der Zwischenzeit gekommen sind und noch eingearbeitet wurden. Maßgeblich ist der heute vorliegende Entwurf; den lege ich der Abstimmung zugrunde.

- § 9, die abschließenden Äußerungen im Rahmen des Verfahrens.
- § 10, die Niederschriften. -
- § 11, die gütliche Beilegung. -
- § 12, die Regelung der Frage, welche Entscheidungen das Schiedsgericht treffen kann. Hier darf ich bitten, auf Grund eines Beschlusses des Arbeitskreises Satzungsänderung von heute Vormittag bei Abs.5 den Buchst.b in zwei Teile zu zerlegen. Eine sachliche Änderung tritt nicht ein; es dient der Klarstellung. Es heißt dann:

Beim Antrag eines Mitglieds auf ein Schiedsverfahren gegen sich selbst nach § 2 Abs.1 c der Satzung:

- a) Feststellung, daß parteischädigendes Verhalten vorliegt - unverändert -,

- b) Feststellung, daß sich das Mitglied eines parteischädigenden Verhaltens nicht schuldig gemacht hat,
- c) Feststellung, daß ein parteischädigendes Verhalten nicht nachweisbar ist.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

§ 13, Die Entscheidung des Schiedsgerichts mit Stimmenmehrheit. Hier soll analog einer vorhin bei der Satzung getroffenen Bestimmung in Abs.2: "Der Schiedsspruch ... " vor dem Wort "zuzustellen" eingefügt werden: "mit Rechtsmittelbelehrung". Im Abs. 2 des § 13 muß es statt "Ausführung" heißen "Ausfertigung". Ich bitte, das zu korrigieren.

§ 14, Rechtsmittel. -

§ 15, Die Aktenbehandlung. -

§ 16, die Kostenfreiheit des Verfahrens - Auslagenregelung. -

§ 17, die Regelung für abhängige Verfahren. -

§ 18: "Diese Schiedsordnung tritt am 13. April 1970 in Kraft"

Meine Damen und Herren! Wird zur ganzen Schiedsordnung das Wort gewünscht? - Wenn das nicht der Fall ist, dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für die Annahme der eben im einzelnen aufgerufenen Schiedsordnung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Dankeschön. Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Keine. Bei einer Gegenstimme ist die Schiedsordnung angenommen.

Damit kommen wir zu Punkt 5:

Anträge

Es liegt hier ein Antrag des Kreisverbandes Starnberg vor. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Herr Dr. Bergschneider, wird den Antrag begründen. Ich darf ihn aber vorher bekanntgeben. Er lautet:

Antrag an den Parteitag:

Der Parteitag möge beschließen:

Die Landesleitung der CSU, insbesondere der Landesvorsitzende der CSU, wird hiermit aufgefordert, sich energisch von den seit einiger Zeit bestehenden "Freundeskreisen der CSU" zu distanzieren, diesen Freundeskreisen die Führung des Namens "CSU" zu untersagen und notfalls gegen den dem Ansehen unserer Partei schwer ~~schädigend~~ schädenden Mißbrauch gerichtlich vorzugehen.

(Beifall)

Herr Dr. Bergschneider, wollen Sie den Antrag begründen? - Bitte!

Dr. Bergschneider: Nachdem die in mehreren Städten seit einiger Zeit bestehenden Freundeskreise der CSU am 14. März nun auch noch eine Art Bundeszusammenschluß mit einem Präsidium gebildet haben, halten wir ein offizielles Vorgehen der Partei gegen den Mißbrauch unseres Parteinamens für dringend erforderlich. Wir sind es vor allem dem klaren Verhältnis zu unserer Schwesterpartei, der CDU, schuldig, daß wir uns einer Entwicklung energisch entgegenstellen, die dieses Verhältnis eines Tages erheblich belasten könnte. Spannungen innerhalb der Oppositionsfraktion des Bundestags würden nun die Position der Regierung stärken und müssen deshalb möglichst vermieden werden.

Eine klare Stellungnahme zu dem Thema Freundeskreise ist auch deshalb erforderlich, weil es, abgesehen von gutwilligen, ahnungslosen Mitläufern recht seltsame Freunde sind, die sich der

CSU da anbieten und unsere Seriosität in Frage stellen.
 (Beifall) Wenn wir den in den Freundeskreisen sich abzeichnen-
 den Tendenzen nachgeben, werden wir eines Tages auf das Image
 einer Rechtspartei fixiert, was unserem Parteiprogramm wider-
 spricht und uns erhebliche Wählerschichten kosten würde. Die
 CSU ist es außerdem ihren echten Sympathisanten in anderen
 Bundesländern schuldig, sich vor falschen Identifizierungen
 zu schützen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Generalsekretär, Abgeordne-
 ter Max Streibl.

Generalsekretär Max Streibl: Liebe Parteifreunde! Ich darf
 zu dem Thema Freundeskreise folgende Erklärung abgeben:

Die Gründung dieser Freundeskreise ist in keinem einzigen
 Fall von der CSU veranlaßt oder mit der CSU abgestimmt wor-
 den. Wir sind zwar der Meinung, daß es nicht schlecht ist,
 wenn es Kreise gibt, die den Gedankengut der CDU/CSU auch im
 vorpolitischen Raum entsprechend vertreten. Wir haben ~~hier~~
 überprüft, wie rechtlich die Sache zu bewerten ist, und sehen
 nicht viele Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Wir haben dann
 eine Erklärung an die Freundeskreise herausgegeben und sie
 aufgefordert, in den Reihen der CDU mitzuarbeiten und mitzu-
 machen. Gestern ging nun ein Schreiben dieser Freundeskreise,
 unterzeichnet von Herrn Prof. Rubin, ein, in dem er erklärt,
 daß die Freundeskreise nicht wollten, daß nun aus dieser neuen
 Institution eine Belastung zwischen CDU und CSU entstehe, und
 daß die Freundeskreise künftig in der CDU mitarbeiten würden.
 Ich glaube, damit hat sich die Sache erledigt. (Beifall)

Vorsitzender: Darf ich den Antragsteller fragen, ob sich mit
 dieser Erklärung, dieser neuen Tatsache, sein Antrag erledigt
 hat?

Dr. Bergschneider: Der Antrag ist erledigt. Danke, Der Antrag ist
 durch diese Erklärung erledigt. (Beifall)

Vorsitzender: Wir kommen zum Punkt 6:

Rechenschaftsbericht des CSU-Generalsekretärs

Max Streibl, MÖL

Generalsekretär Max Streibl: Liebe Parteifreunde! Einer alten Übung, möchte ich sagen, folgend werde ich den Rechenschaftsbericht nicht in der Gänze vortragen, damit es schneller geht. Der Rechenschaftsbericht wird Ihnen in der ausgearbeiteten Form verteilt. (Beifall) Es soll dann und kann selbstverständlich trotzdem über die einzelnen Punkte, die angesprochen sind, diskutiert werden.

Ich bin der Meinung, daß ein solcher Rechenschaftsbericht nicht nur wiedergeben soll, was organisatorisch geleistet worden ist, von Ihnen, von uns im ganzen Land, sondern daß er auch unsere Standpunkte und unseren Standort auszuloten hat. Lassen Sie mich nur ganz kurz auf einige Punkte eingehen!

Ich darf Ihnen sagen, ich war gestern erschüttert über eine Kennzeichnung unserer Partei, wie sie in einer großen Zeitung, der "Süddeutschen Zeitung", vorgenommen worden ist; denn genau die gegenteilige Entwicklung hat unsere Partei durchgemacht. Unsere Partei ist nicht autoritär, sie ist nicht orientiert nur an Legitimität; im Gegenteil, sie hat sich gerade in den letzten Wahlen, in den Kommunalwahlen, aber auch in den Wahlen vorher, gezeigt, daß wir die funktionsmächtigere Partei sind. (Beifall) Wenn ein solcher Mann ein solches Urteil über unsere Partei abgibt, dann zeigt er, daß er keine Verbindung mit ihr hat, daß er sie nicht kennt und daß er die innerparteiliche Entwicklung nicht zur Kenntnis nimmt. (Beifall)

Ich halte von solchen Pflichtübungen bei jedem Parteitag - es sind schon drei hintereinander - nichts, und ich glaube, die Partei soll sich einmal intern damit befassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Ziel war es in diesen drei Jahren, in denen ich, von Ihrem Vertrauen getragen, dieses Amt ausfülle, unserer Partei intern auf der einen Seite

mehr Eigenständigkeit, auch mehr eigenes Gewicht gegenüber den übrigen gesellschaftlichen Kräften zu geben. Ich glaube, das ist gelungen durch die verschiedenen Neuerungen, die wir eingeführt haben, in der Satzung, in unserem Programm. Es soll ernst gemacht werden mit dem Satz 1 unseres Programms, daß die Mitglieder die Ziele unserer Partei setzen und sie kontrollieren. Ich bin allerdings der Meinung, daß es notwendig war, heute diese Satzungsbestimmung einzuführen. Wenn auch in vielen, vielen Kreis- und Ortsverbänden es so gehandhabt wird, daß die Mitglieder wirklich die Politik der Partei erarbeiten, die dann vertreten wird, so war doch in manchen Bereichen zwischen den Mandatsträgern und den Mitgliedern ein gewisser Abstand. Es muß auch in Zukunft noch mehr so sein, daß wir von unserer Partei aus zu allen Problemen erst unsere Entscheidung treffen, daß wir nicht da und dort Entscheidungen der Ministerialbürokratie übernehmen und die vertreten. Das Ziel auch der heutigen Satzungsänderung, die Sie - dafür möchte ich Ihnen danken - angenommen haben, war es, unsere Partei ganz stark in dem Willensbildungsprozeß der Politik mit einzuschalten, die von unten nach oben und auch von den obersten Stellen vertreten wird.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel geleistet, und die Partei ist in ständiger Bewegung. Ich weiß, daß von Ihnen große Opfer verlangt worden sind, große Opfer mit der Einführung des neuen Finanzstatuts, mit der Satzung, mit den vielen Wahlkämpfen, die wir zu bestreiten hatten. Aber ich weiß auch, daß wir große Schwierigkeiten auf manchen Gebieten der Organisation und vor allem auf dem Gebiet der Finanzen haben. Meine lieben Parteifreunde, unsere Partei hat auch das notwendig. Ich weiß, Sie arbeiten viel, und sollen dann dafür auch noch bezahlen. Aber ich bitte, einzusehen, daß wir darauf angewiesen sind, daß alle ihren Beitrag mitbringen, und ich bitte Sie vor allem um eines! Wenn es Schwierigkeiten gibt, können wir über alles zusammen reden; aber geben Sie dann nicht dafür weniger Mitglieder an, als Ihre Kreisverbände oder Ortsverbände haben. Sonst kommt hier ein falsches Bild unserer Partei heraus.

Ich darf ~~z~~ im Ubrigen bezüglich der einzelnen Aktivitäten auf den Rechenschaftsbericht verweisen und darf darauf hinweisen, daß wir uns immer mehr bemühen müssen, allen unseren Aktivitäten auch unsere geistige Grundhaltung unterzulegen. Es zeigt sich heute immer mehr, daß sehr weite Bevölkerungskreise, vor allem die Jugend, ihre innere Sinnerfüllung im gesellschaftspolitischen Raum suchen und daß ein starkes ideologisches Orientierungsbedürfnis vorhanden ist. Ich glaube, keine Partei ist mehr dazu in der Lage, eine echte Antwort auf diese Forderung der Zeit zu geben als gerade die Christlich-Soziale Union. Ich habe im Rechenschaftsbericht zu diesen Themen einiges ausgesagt.

Meine lieben Parteifreunde! Wir haben in diesen drei Jahren ein Volksbegehren, eine Reihe innerparteilicher Reformen durchgeführt. Wir haben das Parteiprogramm, das Wahlkampfprogramm, das Finanzstatut, das Rechnungswesen neu erarbeitet. Wir haben das Rechnungswesen so gestaltet und durchgeführt, daß wir als Vorbildlich vor dem Bundestagspräsidenten bestehen konnten und es wohl als bestes im Bundesanzeiger veröffentlicht worden ist. Wir haben intern viel geleistet und wir konnten nach außen gute Erfolge erzielen in der Bundestagswahl, und ich weiß, es ist Ihrem unermüdlichem Einsatz zu verdanken, ~~was~~ und auch auf dem Gebiet, das man bisher immer etwas als die Schwäche der CSU angesehen hat, nämlich auf dem Gebiet der Kommunalpolitik. Hier hat sich gezeigt, daß der Einsatz gerade junger, dynamischer Fachleute in der Bevölkerung und in der Großstadt klargelegt hat, daß die Funktionstüchtigkeit auf Seiten der CSU größer ist als auf Seiten der SPD. Wenn der Münchner Oberbürgermeister glaubt, er täte seiner Partei einen Dienst, wenn er seine Aufgabe nun vorzeitig im Stich läßt und München den linken Ideologen überläßt, dann wird, glaube ich, jedem klar, wie wichtig eine solide und verlässliche Vertretung der Politik auch im städtischen Bereich ist. (Beifall) Diese Taktik des Münchner Oberbürgermeisters spiegelt, ~~was~~ meine ich, die ganze Ratlosigkeit und Orientierungslosigkeit einer Partei wider, die der sachlichen Verantwortung im Endeffekt nicht gewachsen

ist. (Beifall) Es ist schade, daß ein Mann wie Dr. Vogel sich für solche gefährliche Spiele mißbrauchen läßt. Der Stadt München nützt er damit nicht. Zwei Jahre vor dem olympischen Spielen scheint es so, als sei die Münchner SPD kopflos geworden. Gerade in einer solchen Zeit ist es wichtig, daß die CSU nicht nur eine beispielhafte Politik betreibt, sondern sich auch für den Bürger als verlässliche Kraft erweist.

Unsere Partei war in den letzten drei Jahren ständig in Bewegung. Sie hat sich intern reformiert und nach außen, meine Ich, erfolgreich gekämpft. Und ich weiß, daß das Ihre ganze Kraft erfordert hat. Seien Sie versichert: die Landesleitung wird von mir so geführt, daß sie nicht Selbstzweck ist, sondern daß sie Ihnen bei Ihrer Arbeit an die Hand geht. Verstehen Sie auf der anderen Seite, daß, wenn auch aus gezeichnete und erstklassige Fachleute unsere Mitarbeiter geworden sind, es da und dort wohl immer wieder einmal eine Panne gibt. Wir sind deshalb für jede Kritik, die wir von Ihnen bekommen, sehr dankbar.

Der Landtagswahlkampf ist in den grundsügen vorbereitet. Sie werden von uns wieder viel Material bekommen. Wir geben es allerdings nur auf Anforderung ab. Die Aufzählungen sind im Rechenschaftsbericht enthalten. Aber wir bitten Sie, meine Freunde, um eines: Es genügt nicht, wenn man 14 Tage oder 3 Wochen vor der Wahl das Material herausgibt und die Bevölkerung mit Material überschwemmt, sondern man müßte von Monat zu Monath ständig informieren. Nur die Partei wird die Zukunft gewinnen, die in einem ständigen Kommunikationsprozeß mit der Bevölkerung steht. (Beifall) Wir haben die besten Voraussetzungen dafür. Ich glaube, unsere Partei hat gezeigt, daß sie eine junge, einsatzfähige und erfolgreiche Partei ist, die sich vor keinem Gegner zu verstecken braucht. Auch diese Landesversammlung hat es gezeigt. Sie hat gezeigt, daß sie zusammen mit dem größten Teil unserer Bevölkerung zu Opfern für die Gemeinschaft bereit ist und sich ehrlich bemüht um ein gerechteres besseres Leben für uns als mündige Bürger.

Lassen Sie mich nun zum Abschluß, meine lieben Parteifreunde, ich glaube, in Ihrem Namen, einem Mann danken, der sein Leben - das kann man wohl sagen - dieser Partei verschrieben hat, der in all den Jahren ~~fortwährend~~ für sie und vor ihr gestanden ist, unserem Landesvorsitzendem Franz Josef Strauß (Beifall) Seine Tatkraft, sein Temperament, seine Weitsicht und sein Mut haben die CSU zu einer in der ganzen Welt geachteten Partei gemacht. Ich bitte Sie nur um das Verständnis: Wenn ~~er~~ in all den Wahlkämpfen das ganze Jahr hindurch Franz Josef Strauß von Ihnen allen immer wieder angefordert und verlangt wird, so ist das absolut zu verstehen. Aber ich möchte hier vor Ihnen sagen, Franz Josef Strauß arbeitet bis an die Grenze der Belastungsfähigkeit für diese Partei und wenn nicht jeder Wunsch gleich erfüllt werden kann, so bitte ich um Ihr Verständnis. Nochmals unser Dank für seinen Einsatz! Unser Dank auch Alfons Goppel, unserem Parteifreund und Ministerpräsidenten, der Bayern, die Heimat der CSU, zu einem modernen, starken und blühendem Land gemacht hat. (Beifall) Wenn die SPD auf die eben hier gehaltene Rede unseres Ministerpräsidenten nachgerade allergisch reagiert hat, in einer völlig unqualifizierten Weise, wie sie in der Demokratie im großen und ganzen nicht üblich sein sollte, so zeigt das nur, wie schwach die SPD ist und daß sie unseren Männern nichts entgegenzusetzen hat. Wir werden zusammen mit diesen Männern weiterarbeiten für unsere Bürger, für Bayern, für Deutschland, für die Zukunft. Die Menschen in unserem Land aber sollen wissen: Auf die CSU ist Verlaß. (Beifall)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Wir danken unserem Generalsekretär. Einmal für seinen Bericht, aber auch für das, was an mühseliger tagtäglicher, oft nächtlicher Arbeit hinter einem solchen Bericht steckt.

Es folgt nun der

Bericht des Schatzmeisters Dr. Wolfgang Pohle, MdB

Ich bitte um den Bericht, Herr Schatzmeister.

Dr. Wolfgang Pohle: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich will Sie nicht lange aufhalten.

Die für das Jahr 1968 den satzungsmäßigen Prüfern vorgelegte Rechnungslegung ergibt, daß 1968 eine geringfügige Vermögensminderung eingetreten ist. Die Bewegung erfaßte insbesondere die Rücklagen für die Wahlkampfkosten, das Sondervermögen und gewisse Minderungen aus den Einnahmen der Mitgliederbeiträge. Die Einnahmen wurden erstmals nach dem inzwischen vorliegenden Partei^{eu}gesetz~~x~~ von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft "Bayerische Treuhand" geprüft und nach erteiltem Prüfungsvermerk dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages termingerecht die Rechnung zur Veröffentlichung ~~in~~ dem Bundesanzeiger vorgelegt. Das entspricht den Vorschriften des § 23 des Parteiengesetzes. Die Rechnungslegung für 1968 wurde von den gewählten Prüfern, den Herren Dr. Hermann Berlin, Wilhelm Röhrl, Baptist Hemfling, beide Mitglieder des Bayer. Landtags, revidiert. Es liegt ein umfangreicher Prüfungsbericht vor. Das Ergebnis des Prüfungsberichtes, festgehalten in der Rechnungslegung, entspricht Gesetz und Satzung.

Es kann Entlastung erteilt werden. Die ordnungsmäßige Finanzgebarung ist damit bestätigt.

Ich kann es mir versagen, auf die Bewegung der Einnahmen und der Ausgaben im Verhältnis der Jahre 1968 und 1967 im einzelnen zurückzukommen. Im Jahre 1968 ist eine große Rücklage für den Wahlkampf 1969 gebildet worden, und außerdem sind die Personalkosten gestiegen, während auf der anderen Seite die Kasse um die Kosten des Volksentscheids von 1967 entlastet worden ist.

In die Prüfung ist das Jahr 1969 soweit als möglich mit einbezogen worden. Für 1969 kann ich auf Grund der bisherigen Sach-

prüfung feststellen, daß sich gegenüber 1968 keine wesentlichen Änderungen ergeben. Die laufenden Prüfungsarbeiten konnten jedoch/n^{och} nicht beendet werden, nachdem sich infolge der Umstellung der Finanzrechnung auf die Erfordernisse des Parteiengesetzes erhebliche Mehrarbeiten ergaben.

Vielen Dank, Herr Präsident. (Beifall)

Vorsitzender: Herr Dr. Pohle, vielen Dank für den Bericht.

Darf ich Herr Dr. Berlin aus Augsburg bitten, uns den

Bericht des Revisors

zu erstatten.

Dr. Hermann, Berlin: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rechnung für das Jahr 1968 wurde von den gewählten Prüfern gemäß § 56 der Satzung revidiert. Über die Prüfung liegt ein Bericht vor. Als Ergebnis der Prüfung ist festzustellen:

Die Rechnungslegung ist ordnungsgemäß; sie entspricht Gesetz und Satzung. Es kann Entlastung erteilt werden.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Vorsitzender: Ich danke dem Revisor für seinen kurzen, klaren, prägnanten Bericht.

Zum Punkt 9:

Entlastung des Landesvorstandes

hat sich zum Wort gemeldet Herr Widmann.

Widmann: Meine Damen, meine Herren! Wir haben die Rechenschaftsberichte des Generalsekretärs, des Landesschatzmeisters und des Revisors gehört. Es ist an der Zeit, der gesamten Landesvorstandenschaft für ihre hervorragende Arbeit zu danken. Ich stelle den Antrag auf Entlastung.

Vorsitzender: Es ist beantragt, Entlastung zu erteilen. Ich lasse

wenn Wortmeldungen nicht mehr erfolgen, darüber abstimmen. Wer bereit ist, die Landesvorstandschaft zu entlasten, der möge ein Handzeichen geben. - Dankeschön. Stimmt jemand gegen die Entlastung? - Niemand. Enthält sich jemand der Stimme? - Die Betroffenen. Also einstimmig bei Stimmenthaltung der Betroffenen ist Entlastung erteilt. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum vorletzten Punkt, der aber leider nicht mehr so schnell geht:

Neuwahlen

Meine sehr verehrten Delegierten, ich habe vorhin schon festgestellt, daß der Parteitag ordnungsgemäß ist. Es sind augenblicklich ~~52~~ 518 Stimmberechtigte gemeldet. Die statutarisch vorgeschriebene mindestens hälftige Anwesenheit ist also mehr als gegeben.

Meine Damen und Herren, ich brauche jetzt für die nächsten Minuten oder Stunden, je nachdem, Ihre konzentrierte Aufmerksamkeit, ein heiteres und fröhliches Gemüt und eine absolut ruhige Hand. Ich sage Ihnen gleich, warum. Um dies vorwegzunehmen - ich bitte, Ihre Unterlagen zur Hand zu nehmen -, Sie müssen, sie können Ihre Wahlscheine nur mit dem an die Wahlunterlagenmappe angehefteten Stiftdreieck zeichnen und markieren. Füllhalter, Kugelschreiber, Bleistifte reichen nicht. Die Maschine beherrscht Sie; Sie können sich gegen die Maschine nicht auflehnen.

Aber das, worauf es ankommt: Wenn Sie die Zettel anschauen, finden Sie ~~immer~~ ^{nicht mehr} einen runden Kreis, in dem Sie ein Kreuzchen gemacht haben, das wir jetzt 25 Jahre bei allen demokratischen Wahlen gelernt haben, sondern Sie dürfen in dieses kleine, länglich gepreßte Oval nur einen länglichen Strich machen - also bitte kein Kreuz! -, und dieser Strich darf dieses Oval nicht überschreiten. Sonst wirft die Maschine die Stimmkarte aus und wir haben stundenlang nachzuzählen und nachzurechnen.

Ich kann nichts machen. Bitte seien Sie nicht großzügig! Denken Sie nicht daran, Sie müssen eine Scheck unterschreiben und sind großzügig, indem Sie eine geringe Summe durch eine große Unterschrift kompensieren, sondern es muß wirklich ein mit scharfer Brille gesuchter kleiner Strich sein. Ich kann es nicht ändern. Ich habe es reklamiert, aber das Maschinenteam hat mir gesagt, so muß es gemacht werden.

Ich darf weiter folgendes sagen: Sie haben eine fortlaufend nummerierte Stimmkartensammlung vor sich. Ich rufe jeweils diejenige Stimmkarte auf, die zu benützen ist. Sollte sich jemand

verschrieben haben, dann muß er die Karte abliefern und bekommt eine neue dafür ausgehändigt, die er dann in die Urne einwerfen kann. Für die Ausfüllung haben Sie eine Abdeckkarte. Ich bitte dann, wenn die Hostessen die Stimmen einsammeln, die Karte verdeckt, also mit der Rückseite nach oben, einzuschieben. Auch das ist wichtig, weil sonst alle Karten neu sortiert werden müssen, bevor sie durch den Computer gehen. Dieses abgehackte Eck hat seine tiefe innere Bedeutung. Auch das will die Maschine von Ihnen. Ich bitte, nicht zu falten, nicht zu knicken, keine Veränderungen vorzunehmen, sondern nur an einer Stelle - wenn mehrere gewählt werden, an mehreren Stellen - einen Strich zu machen.

Ich darf weiterhin schon jetzt sagen: Soweit Namen, und zwar immer auf dem Schaubild - eines ist hier und eines rückwärts -, aufleuchten, brauchen Sie und dürfen Sie keinen Namen schreiben, sondern lediglich an der Nummer oder unter der Rubrik das Ja oder das Nein oder die Entgeltung anzeichnen. Es gibt dann aber auch eine Rubrik "Weitere Vorschläge": Dorthin müssen Sie dann einmal den Namen schreiben und, damit der Computer die Karte erfaßt, außerdem noch das Ja anzeichnen.

Dann habe ich nur noch einen Vorschlag. Ich nehme an, daß bei der Wahl der Vorsitzenden, stellv. Vorsitzenden, Schatzmeister und Schriftführer keine Fülle von Namensnennungen erfolgt, so daß es geht, mit dem Aufruf einzeln sich zu Vorschlägen zu melden. Bei der Wahl der 25 weiteren Vorstandsmitgliedern werde ich, eingedenk der früheren negativen Erfahrungen, Sie bitten, sich für Vorschläge mit dem Wortmeldungszeitel hier oben auf der rückwärtigen Seite des Rednerpultes anzumelden. Die Zettel werden laufend registriert und nummeriert, je nach Eingang, so daß niemand außerhalb der Reihe drankommt. Dabei darf ich aber darauf hinweisen, daß es insofern keine fundamentale Bedeutung hat, als ja alle Namen, die vorgeschlagen werden, denn auf dieser Liste erscheinen und Sie außerdem in Ihren Unterlagen einen gelben Zettel haben, auf dem Sie die Liste mitschreiben können, um dann von diesem Notizzettel weg die Zeichen auf die Stammkarte zu machen.

Ich hoffe, im wesentlichen die Wahlmodalitäten gesagt zu haben. Ich werde sie bei jedem einzelnen Stimmvorgang nocheinmal sagen.

Ich darf - und ich hoffe, daß mich das Mikrofon außerhalb hört - alle Delegierten bitten, in den Saal zu kommen.

Ich brauche noch einen Beschluß von Ihnen. Ich brauche einen

Wahlausschuß

der dazu berufen ist, den Computer zu kontrollieren und zweitens vor allem dann, wenn durch unkorrekte Ausfüllung der Computer nicht Mitspielt, die Entscheidung zu treffen. Ich wäre dankbar, wenn Sie wie bisher als Vorsitzenden den

Abgeordneten Werner Müller
und als Beisitzer die Kollegen Delegierten
Rupp und Kremer

beschließen und genehmigen würden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Herren Werner Müller, Rupp und Kremer bitten, dahinten an dem für sie vorgesehenen Tisch Platz zu nehmen und ihres Amtes zu walten.

Ich rufe auf die

Wahl des Landesvorsitzenden

Wortmeldungen? - Herr Ministerpräsident Dr. Goppel!

Ministerpräsident Dr. hc. Alfons Goppel: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zur Wahl des 1. Landesvorsitzenden vorschlagen den bisherigen Landesvorsitzenden Bundesminister a.D. Dr. Franz Josef Strauß. (Beifall) Ich brauche es sich diesen Vorschlag wohl kaum zu begründen. Ich möchte aber trotzdem darauf hinweisen, daß gerade bei den anstehenden parteilichen und Wahlauseinandersetzungen wie vor allem im Hinblick auf die großen Auseinandersetzungen politischer Art innerhalb der Bundesrepublik kein anderer so geeignet ist und so fähig, unsere Meinung, die Meinung der CSU draußen, auch außerhalb Bayerns und in der ganzen Bundesrepublik so darzustellen, daß mit

ihm auch wir alle das große politische Gewicht behalten und vermehren, das uns auch in diesen ~~kurzen~~ Auseinandersetzungen zukommt. Gerade im Hinblick auf die großen außen-, innen-, finanz- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen und Anstrengungen brauchen wir einen Mann wie unseren bewährten und auch beliebten bisherigen Landesvorsitzenden. Ich bitte daher, ihn als Landesvorsitzenden zu wählen. (Beifall)

Landesvorsitzender: Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Dann darf ich Sie bitten, jetzt auf der Karte Nr.1 - sie ist überschrieben mit "Landesvorsitzender" - nicht den Namen Strauß einzusetzen, sondern es genügt, wenn Sie in der oberen Rubrik unter den ~~xi~~ drei ~~Keinen~~ Ovalen, gekennzeichnet mit Ja, Nein oder Enthaltung, einen waagrechten Strich machen, der sich innerhalb der Grenzen bewegt. Sollte jemand einen anderen Namen aufschreiben wollen, dann gilt dafür die unterste Rubrik "weiterer Vorschlag". Hier müßte der Name dann ausgeschrieben und bei der Rubrik Ja, aber dann nur da, ein Strich gemacht werden. Ich nehme an, es ist alles klar. Bitte, die Stimmkarten auszufüllen und dann verdeckt, also mit der Rückseite nach oben, in die Kästen einzulegen.

Meine Damen und Herren! Darf ich eine Zwischenbemerkung machen! Ich bitte - um es ganz klar zu machen - , mit Wortmeldungen für Kandidatenbenennungen sich erst dann zu rühren, wenn wir in die Nähe der betreffenden Wahl kommen, denn es nützt mir nichts, wenn ~~jetzt~~ ich jetzt für die Schluswahl die Meldungen bekomme. Die kann ich jetzt nicht aufrufen.

Darf ich fragen, ob die Stimmkarten alle eingelegt sind! - Dann darf ich den Wahlakt für beendet erklären.

Ich darf nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden

Ihnen zunächst in Erinnerung rufen, daß die Wahl nach unserer Satzung zwingend einzeln durchgeführt werden muß. Es gibt also keine Sammelabstimmung. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß

um den Wahlgang übersichtlich zu machen, zunächst dasjenige Mitglied kommt, das der evangelischen Konfession angehören soll, dann als weitere Vorsitzende die nach der Satzung vorgesehene obligate Frau, so daß wir nur jeweils vor Ausfüllung den Namen zur Aufstellung Bestimmten nennen. Ich nehme an, daß sich Widerspruch dagegen nicht erhebt. -

Ich darf noch auf folgendes hinweisen: Es werden Kugelschreiber benützt; die Maschine spricht darauf nicht an. Es ist also noch komplizierter, als ich gesagt habe. Am besten tun Sie dann, wenn Sie den ovalen Kreis ganz ausfüllen. Dann noch etwas! Dieser Strich, den Sie hereinmachen, der nicht über den oberen Kreis hinausgehen darf, muß aber an der Schmalseite beide Enden erreichen; auch sonst kann die Maschine nicht lesen. Das ist mir auch jetzt erst gesagt worden. (Zurufe) - Ich schließe mich Ihrer Mißbilligung an. Aber das ist das Diktat der Maschine. Es ist am besten - der Strich kann ganz schwach sein - , Sie machen einfach das ganze Oval mit dem vorgeschriebenen Stift schwarz aus. Aber Sie dürfen nicht darüberhinaus kommen.

Außerdem darf ich denjenigen Damen und Herren, die sich dafür interessieren, wie die Zwischensünde beim Fußball sind, sagen, daß der FC Bayern gegen Hannover 4:2 führt und daß Braunschweig: München 1860 im Augenblick unentschieden 2:2 steht. (Beifall)

Darf ich bitten, Platz zu nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf das

Ergebnis der Wahl zum ersten Landesvorsitzenden

hiermit bekanntgeben:

Abgegebene Stimmen 511,
davon waren gültige Stimmen 500;
für den Vorschlag Dr. Franz Josef Strauß stimmten 477,
mit Nein stimmten 20,
ferner wurden 3 Splitterstimmen abgegeben.

Damit ist eindeutig mit überwiegender Mehrheit Herr Dr. Franz Josef Strauß erneut zum Landesvorsitzenden gewählt.
(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Ich habe an den Kandidaten die Frage zu stellen, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Hc. Franz Josef Strauß: Ja.

Vorsitzender: Er hat laut und deutlich mit Ja geantwortet.
(Erneuter Beifall)

Darf ich die Kameraleute bitten, wenn sie sich genügend bedient haben mit dem Konterfei des alten und neuen Landesvorsitzenden, den Raum wieder frei zu machen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Wahl eines der drei stellvertretenden Landesvorsitzenden

Abgestimmt wird jetzt mit der Karte Nr.2. Gemäß dem Vorschlag den ich Ihnen mit Ihrer Zustimmung gemacht habe, empfehle ich Ihnen, jetzt den evangelischen Vertreter unter den stellv. Landesvorsitzenden zu wählen. - Damit besteht Einverständnis. Das Wort hat dafür der Herr Landesvorsitzende Strauß, dessen Amt jetzt wieder weitergeht.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Landesvorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich hier nur mit einem Satz meinen tief empfundenen Dank - es ist kein anderes Gefühl - für das große Vertrauensvotum sagen, das Sie, ich möchte sagen, in erster Linie der mit meiner Person verbundenen und symbolisch profilierten Politik zum Ausdruck gebracht haben. (Beifall) Ich sehe darin keinen Anlaß zur Selbstzufriedenheit, zur Sattheit oder zur Selbstbestätigung. Ich sehe darin gerade in dieser Zeit - über die wir uns gestern ja schon eingehend unterhalten haben - ein mit vielen Problemen beladenes Mandat, dem gerecht zu werden ich nach Maßgabe meiner körperlichen und geistigen Kräfte mich bemühen werde.

Ich danke Ihnen. (Beifall) - (Vorsitzender: Und jetzt zur Sache kommen! -)

- War das auch außerhalb der Geschäftsordnung, Herr Präsident?

Und jetzt komme ich dazu, mich mit einem Wort und mit konkreten Vorschlägen zur Frage der Parteiführung zu äußern. Es ist in der politischen Publizistik, der politischen Kommentierung der letzten Monate, besonders der letzten Tage der sicherlich, ich darf sagen, selbstverständliche, unvermeidliche Versuch gemacht worden, Gruppen, Flügel, Kreise, Gegensätze, Konfrontationen, persönliche Rivalitäten in die CSU hineinzudeuten. Ich rede ganz offen: Es gibt überhaupt keine menschliche Organisation auf dieser Erde, in der es nicht auch menschliche Gefühle, Empfindungen und Ausdruckformen dieser Art gibt. Darüber soll man ruhig schreiben. Das stört uns auch nicht. An dem lasse ich nicht rütteln, weil das, ich darf sagen, das mühsam erkämpfte Ergebnis einer nun beinahe 25 jährigen Tätigkeit ist - in diesem Jahr werden es 25 Jahre, daß ich meine Unterschrift in Schongau zur Gründung der CSU, zur Beantragung der Parteilizenz, wieviele andere, geleistet habe - , daß als Ergebnis der 25 Jahre die CSU ein politisches Gütezeichen in der bayerischen und deutschen Politik ist. (Beifall) Das werden wir uns nur erhalten, wenn wir uns einerseits offen die Meinung sagen, nicht verletzend, offen, aber andererseits nach den Grundsätzen der politischen Solidarität und der menschlichen Loyalität auch in der Partei der christlichen Brüderschaft zueinander stehen nicht nur in guten Tagen mit dem Mund, sondern auch in schlechten Tagen mit der Tat. (Beifall)

Das hat niemand dankbarer empfunden als ich in den nicht seltenen auch dunklen Stunden, die man im Verlaufe einer langen politischen Karriere zu verzeichnen hat. Es ist schon von einem uns gar nicht etwa feindlich gegenüberstehenden Journalisten die Frage der stellvertretenden Landesvorsitzenden in Verbindung mit der Nachfolgefrage für mich gebracht worden. Zum einen hat der liebe Gott ein ernstes Wort mitzureden bei allem, was Menschen wollen, und zum zweiten haben Sie das Problem zunächst einmal für die in der Satzung vorgesehenen Periode gelöst und zum dritten, meine Damen und Herren, betrachte ich den ersten Landesvorsitz in dieser Partei nicht als ei-

nen politischen Erbhof mit Pfründenanspruch für einen lang-jährigen Inhaber, sondern ich betrachte ihn als eine politische Aufgabe, die auch darin besteht, sich selbst nicht für unersetzlich zu halten. Die schlechten Zeiten in der deutschen Politik sind meistens damit verbunden gewesen, daß eine unbestreitbar große Leistung sich selbst einzelgängerisch verstand und der Inhaber nicht für Kontinuität gesorgt hat. Ich glaube, Sie verstehen genau so, wie ich es meine; ich meine es so, wie Sie es verstehen. (Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Ich habe bewußt, nicht nur im Sinn einer protokollarischen Stilübung im Winter dieses Jahres, als die Wogen gegen meinen bisherigen Stellvertreter und lang-jährigen Kultusminister Dr. Huber hochgeschlagen haben, etwas gesagt, wofür sogar manche Parteifreunde nicht uneingeschränktes Verständnis hatten, möchte ich einmal sagen - aber wir haben so viel Verständnis füreinander, daß man es nur äussern kann -, nämlich ihm bestätigt, daß ~~er~~ ^{ich} - ich möchte jetzt keine Vergleiche wählen, damit sich nicht jemand gestört fühlt - ihn für einen guten Kultusminister mit unbestreitbaren Leistungen halte. (Beifall) Ich sage es nicht ^{nur} hier, wo der Beifall sicher ist, wie immer - neuerdings sagt man Untertok; einer der politisch verfolgt wird, hat die Aussicht auf Sympathien innerhalb der eigenen Partei; ich bin lange Jahre Mitglied dieser Bewegung gewesen - , sondern ich habe es bewußt auch in der Öffentlichkeit gesagt, und deshalb sind auch Kombinationen, daß ich etwa ein Gegner von Ludwig Huber sei, der ^{nur} mit der Maske der christlichen Freundschaft ihm freundlich für Photographierzwecke zur Verfügung steht, eindeutig falsch, weil ich das politische Engagement und die politische Leistung dieses Mannes anerkenne, und das nicht nur vor Freunden, sondern auch vor Gegnern. Diese Anerkennung wird dann um so ernster genommen, wenn man weiß, daß ich in bestimmten Dingen ein kritisches Urteil habe. Dann wird es ernst genommen; sonst sieht man es leicht als Stilübung an. Und ich habe im Rahmen der Ihnen auf allen möglichen Wegen bekanntgewordenen Auseinandersetzungen - die gestern auch im Landesausschuß in offener Aussprache zu

einer gewissen Übereinstimmung geführt haben - , mich dafür ausgesprochen - was Ludwig Huber aus der gleichen Einstellung heraus mit den gleichen Schlußfolgerungen schon im Parteipräsidium und im Gespräch im kleineren Kreis als seine von uns begrüßte Absicht bekanntgegeben hat -, daß in keinem künftigen Landesregierung mehr eine Kombination zwischen Mitgliedschaft im Kabinett und Vorsitz oder stellvertretendem Vorsitz in einer Fraktion stattfinden soll. (Beifall) Ich gehöre neben Ludwig Huber und Alois Hundhammer \ddagger selbst zum Kreis der Inkriminierten; denn ich war jahrelang Bundesminister und gleichzeitig, de iure jedenfalls, Vorsitzender der Landesgruppe. Praktisch hat man es nicht gemerkt, weil Richard Stücklen, mit guten Ellenbogen befaßt und mit viel Sympathie für mich ausgestattet, es mir sehr erleichtert hat, diese Bürde ohne starke zeitliche Inanspruchnahme zu tragen. (Heiterkeit) Aber wir werden ~~es~~ um so glaubhafter und wirksamer, wenn wir die uns zur Verfügung stehenden Mandate - in Parlament, Regierung, Partei - auf möglichst viele Schultern verteilen. (Beifall) Ich würde es selbstverständlich für falsch halten, ein Amt eines Ministers auf keinen Fall mehr mit einem Parteiamt zu verbinden; denn das würde auch der Partei eine gewisse Wirksamkeit nehmen. Aber gerade, wo wir jetzt in Bonn im Schatten der Oppositionsrolle stehen, habe ich dem Richard Stücklen, als er sagte: Du kommst jetzt aus dem Kabinett zurück, Du warst jahrelang Vorsitzender der Landesgruppe - am Anfang 8 Jahre, dann wieder in den vier ~~Minister~~ freien Jahren - ; ich stelle Dir meinen Stuhl zur Verfügung. - gesagt: Entschuldige, Dein Zimmer ist viel schöner, als es zu meiner Zeit gewesen ist; aber Du bleibst da, wo Du bist, weil für mich mein Bundestagsmandat und mein Parteivorsitz, obendrein im Jahr 1970, in dem Jahr mit 5 Landtagswahlen, darunter der entscheidenden in Bayern, genug Aufgaben sind, um hier die Ämter zu verteilen.

Nur auf dieser Grundlage - und nur auf dieser Grundlage - habe ich mich mit Ludwig Huber unterhalten, und auf keiner anderen Grundlage, etwa hintergründiger Rivalität. Halten Sie es nicht

für großen Snobismus, wenn ich sage, ich stehe in Bayern niemanden in der CSU außerhalb des Landesvorsitzenden, für den ich erfolgreich wieder kandidiert habe, in irgendeiner Hinsicht im Wege. Was mich innerlich seit Monaten beschäftigt - ich könnte fast pathetisch sagen quält - , das ist die Frage, daß wir in Bayern nicht auch in die gleiche Rolle gedrängt werden, in die wir durch Manipulation, zum Teil auch durch die Unkenntnis der Probleme von Seiten weiter Wählerkreise, die sich heute enttäuscht fühlen, gerückt worden sind. Daß/Bayern der Union der Führungsauftrag erhalten bleibt, das ist das einzige, was ich der Partei gegenüber erwarte. (Beifall) Ich habe im Parteivorstand damals Klarheit über die Ministerpräsidentendiskussion geschaffen, damit mein Name verschwindet. Ich bin gar nicht gefragt worden, aber so ist es so und sooft. Und der Parteivorstand hat einstimmig meinen Vorschlag unterstützt, Freund Goppel als Ministerpräsidentenkandidaten von der Vorstandschafft aus der Landtagsfraktion für den kommenden Landtag zu empfehlen. (Beifall) Damit ist die Diskussion darüber zu Ende.

Nun müssen wir in diesem Jahr, ^{und dem} die Parteiarbeit, die von Max Streibl glänzend organisiert ist (Beifall) - das darf ich hier in einem Akzent von ganz neidfreier Bewunderung; ^{sagen} ich bitte, das nicht ganz ernst zu nehmen, aber mit einem Akzent der echten Bewunderung - , ~~wir müssen~~ die Führungsaufgaben innerhalb der Partei verteilen. Es kann nicht immer und überall der Landesvorsitzende sein, wie es häufig gewünscht wird.

Es sind Vorschläge eingegangen. Ich brauche sie nicht zu begründen und brauche erfreulicherweise nichts ^{da} Negatives zu sagen. Vorgeschlagen ist einmal als Stellvertreter - in Klammern: Ladies first - unsere aus der Parteiarbeit seit vielen Jahre bekannte, nunmehr unter neuem Namen, weil verheiratet, erscheinende ehemalige Mathilde Weichner, jetzt Frau Dr. Berghofer-Weichner. (Beifall)

Vorgeschlagen ist zum zweiten - es liegt kein anderer Vorschlag, kein Gegenvorschlag vor - unser Freund Dr. Werner Dollinger. (Beifall).

Zum dritten kann ich nach all dem, was ich gelesen habe, eigentlich nur zwischen Feinden entscheiden, zwischen Ludwig Huber und Jaumann. All das ist zeilenfüllender Quatsch mehr nicht. Es ist eingegangen - ich sage es ohne Wertung, aber ich möchte, daß ich mich jedem verbunden fühle, mit einem, der nicht mehr kandidiert, wie mit einem, der kandidiert; ich habe es auch dem Betreffenden noch heute vor einigen Minuten gesagt - der Vorschlag Staatsminister Dr. Franz Heubl als Landesvorsitzenden-Stellvertreter. (Beifall)

Was mit dieser Wahl, wenn sie so erfolgt, nicht verbunden werden darf - weil falsch -, in der parteiinternen Diskussion oder in der Wertung draußen, das wäre der Versuch, diese Lösung als eine Distanzierung der CSU von Ludwig Huber zu betrachten. Das wäre parteiintern in der öffentlichen Kommentierung falsch. Wir werden ihm helfen in der Bewältigung der Aufgaben, die gerade in diesem Jahr im Mittelpunkt der bayerischen politischen Diskussion stehen werden, seinen Mann zu stehen. Wir wissen, welche Lösung im Herbst - ich habe es vorhin gesagt - vorgesehen ist, und wir schlagen - es ist der Vorschlag, der nach langen Diskussionen, in vielen Gruppen, Kreisen und Zirkeln geführt worden sind, als einziger auf den Tisch gekommen ist - Staatsminister Heubl vor,

Das sind die drei Vorschläge, die ich nicht zu begründen brauche, aber deren Werdegang und Vorgeschichte, richtige und falsche Deutungsmöglichkeiten ich wenigstens in der von Hanauer schon mit wachsendem ^Uorn verfolgten Rede hier darlegen mußte. (Heiterkeit)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, ich muß es trotzdem bekanntgeben: Endstand Bayern: Hannover 7:2; Braunschweig: München 1860 2:2 (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist ganz selbstverständlich, daß bei einem Landesvorsitzenden nicht die gleichen Maßstäbe angelegt werden können wie bei den übrigen Delegierten. Ich habe deshalb auch unseren Landesvorsitzenden

nicht unterbrochen, als er grundsätzliche Ausführungen dieser Wahl vorausgeschickt hat. Ich muß aber doch eine kleine Korrektur anbringen: Zunächst ~~klagen~~ ~~Vor~~schlüsse überhaupt nicht vor, sondern Vorschläge sind heute zu machen. Zum zweiten schlaße ich zunächst - ich muß jetzt wiedereinmal auf den von mir vorgeschlagenen, von Ihnen akzeptierten Modus zurückkommen - nur die Wahl des evangelischen Stellvertreters im Vorstand vor. Hierzu hat Franz Josef Strauß vorgeschlagen, den bisherigen Inhaber des Amtes, Dr. Werner Dollinger. Nur um diese Wahl geht es. Wir müssen getrennt wählen; wir können nach zwingender Satzung nicht anders verfahren. Es geht also jetzt um die Wahl des vorgeschlagen ist Dr. Werner Dollinger - evangelischen Mitglieds des Vorstands.

Werden dazu noch weitere Vorschläge gemacht? - Ich sehe keine Wortmeldung.

Wir kommen zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, Karte Nr. 2! Bei der Stimmabgabe für den Kandidaten Nr. 1 für Dollinger, bitte ich ohne jede Hinzufügung das Ja so auszufüllen, daß der Strich die beiden Enden des plattgedrückten Ovals erreicht. Am besten ist es, Sie füllen den ganzen Raum aus, ohne ihn zu überschreiten. Die Ziffern 2 bis 6 sind nicht Gegenstand, weil kein anderer Vorschlag gekommen ist. Wer mit Nein stimmt oder mit Stimmenthaltung - ich mache darauf aufmerksam, daß Stimmenthaltungen als ungültige Stimmen zu zählen sind - zeichnet die betreffende Rubrik an und wer einen weiteren Vorschlag machen will, hat wieder in der untersten Rubrik die Möglichkeit dazu, dann wieder den ausreichend großen, aber innerhalb der Grenzen sich bewegenden Strich zu machen. Ist alles klar? - Dann bitte ich, die Karten verdeckt so, daß die Rückseite oben ist, in die Kästen einzuwerfen. -

Ich bitte um Meldung: Sind noch Stimmkarten nicht abgeholt worden? - Ich höre keine Gegenstimme. Dann schließe ich den Wahlakt für den stellv. Landesvorsitzenden auf der Karte 2.

Wenn jemand das ausgedruckte Ergebnis des Computers vor sich hat, dann findet er Zahlen, die nicht ganz konform sind mit

der vorhin von mir bekanntgegebenen Zahl. Das hat den einfachen Grund, daß die Maschine nicht dafür programmiert war, daß Enthaltungen als ungültige Stimmen gezählt werden. Es waren 8 Stimmenthaltungen, die wir als ungültig mit den 3 anderen abziehen müssen. Das sind kleine Divergenzen, die sich auf Grund der Satzung ergeben. Die Satzung ist nicht ganz konform mit der Maschine, weil diese Enthaltungen als gültige Stimmen zählt, während sie als ungültige Stimmen eingereicht werden müssen.

Meine Damen und Herren! Während der Computer arbeitet, darf ich Sie ~~bitte~~ zum nächsten Wahlgang aufrufen, auf der Stimmkarte 3. Ich würde empfehlen, jetzt die Dame zu nehmen - the Ladies first, wenigstens mittlerin!

Wahl einer stellvertretenden Landesvorsitzenden

Ein Vorschlag ist bereits gemacht worden, die bisherige Amtsinhaberin, Frau Dr. Berghofer-Weichner. Oder umgekehrt? - Nein, Frau Dr. Berghofer-Weichner. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie bitten, auf der Karte 3 wieder unter der Rubrik "Kandidat 1", wer Frau Weichner - so darf ich unter der altbekannten Kurzform sagen, die Stimme geben will, beim Ja die schön gezeichnete, die Enden berührende Schraffierung vorzunehmen, ansonsten bei Nein oder Enthaltung. Die Rubrik kennen Sie ja. - Ich bitte, auf die Liste die Namen Frau Dr. Berghofer-Weichner zu schreiben.

Auf der obersten Rubrik also Kandidat 1; bitten sonstige Vorschläge!

Ich bitte, einzusammeln.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie wirklich bitten, den Aufrufen doch genau zu folgen. Es ist vorgekommen, daß jetzt bei der Arbeit des Computers für die Karte 2 bereits Karten Nr. 3 eingelegt wurden, die selbstverständlich herausgeworfen werden. Nun müssen aber Delegierte im Saal sein, die keine Karte 2 3 mehr haben. Ich weiß nicht, auf welche Karte sie es geschrieben

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seldel-Stiftung - Weitergeben und Kopieren ist gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Die Karten sind der Reihenfolge nach gefaltet; ich möchte doch annehmen, daß da kein Irrtum vorkommt. Es möge jeder seine Karten kontrollieren. Es müßten einige aus Versehen die Karte 4 beschrieben haben, die noch gar nicht aufgerufen ist. Es sind wohl 2 im Besitz von 4 Karten, die die Nr. 3 tragen. Es muß jemand da sein, dem sie fehlen. Es sollte gelingen, die richtige Nummer die aufgerufen wird, abzugeben. Ich habe darin das geringste Problem gesehen. Das schwierigste ist, die Sätze hineinzumachen.

Darf ich fragen: Sind jetzt alle Karten Nr. 3 abgegeben? - Keine mehr. Damit ist die Wahlgang vorläufig auch abgeschlossen. Meine Damen und Herren? Ich darf bekanntgeben das

Ergebnis der ersten Wahl eines stellv. Landesvorsitzenden

Bei 603 Stimmberechtigten wurden 508 Stimmen abgegeben. Davon waren einschließlich 14 Enthaltungen 40 ungültig; demnach gültige Stimmen 468. Davon entfielen auf ~~W~~ Dr. Werner Dollinger 420, auf Ehnes 21, neben einer Reihe von Splitterstimmen, die den Auszählungsvorgang durch die Maschine leider verzögern; 36 Neinstimmen.

Damit ist also Dr. Werner Dollinger mit ausreichender Mehrheit gewählt. Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Werner Dollinger: Ich nehme die Wahl an. Danke (Beifall)

Vorsitzender: Wir kommen, meine Damen und Herren, nun ~~zur~~ zur dritten Wahl eines stellv. Landesvorsitzenden.

Vom Herrn Landesvorsitzenden ist vorgeschlagen worden - ich darf auf diesen einstweilen thesaurierten Vorschlag zurückgreifen - Herr Dr. Franz Heubl. Weitere Vorschläge? - Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Ich darf mit aller Deutlichkeit nochmals auf die Schautafeln hinweisen. Abgestimmt wird

mit Karte Nr.4. Beim Kandidaten 1 wieder das bekannte Zeichen in die Rubrik Ja machen, wenn die Stimme Dr.Heubl gegeben wird. Ich bitte, die Karten einzusammeln.

Meine Damen und Herren, darf ich eine kleine Korrektur anbringen! Es ist bei der Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl von Dr. Dollinger in der Eile beim Ablesen ein Irrtum unterlaufen. Bei 26 ungültigen Stimmen waren 14 Enthaltungen. Die sind zusammengezählt worden, aber die aufmerksame Presse hat mich sofort darauf hingewiesen, daß die Endsumme nicht stimmt. Das Ergebnis lautet also:

508 abgegebene Stimmen,
davon 26 ungültig, also 482 gültig,
davon 420 für Dr. Werner Dollinger,
21 für Ehnes,
5 Splitterstimmen,
36 Neinstimmen; ergibt wieder 482 gültige Stimmen.

Meine Damen und Herren, während die Maschine die Karte Nr.4 auszählt, kommen wir zur

Wahl der Landesschatzmeister

Nach der Satzung sind auch in Zukunft nur 2 zu wählen. Hier können wir bereits gemeinschaftliche Abstimmung durchführen. Ich schlage Ihnen vor, so zu verfahren. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das würde bedeuten, daß Sie auf Karte 5 abstimmen. Die Karten 6 und 7 werden ungültig; ich bitte, sie sofort wegzutun. Die Karten 6 und 7 kommen nicht mehr zur Benützung. Es wird nur die Karte 5 verwendet. Auf dieser Karte sind von den Kandidaten, die Ihnen dann genannt werden, 2 Kandidaten anzuzeichnen, weil Sie zwei Stimmen haben. Wenn Sie nur eine Stimme abgeben, ist die Karte also ungültig, weil mindestens 4 Fünftel der zu Wählenden an Stimmen nach der Satzung abgegeben werden müssen, und das sind bei zwei 2.

Nun habe ich eine Wortmeldung unseres Generalsekretärs St. Heubl. Bis der Herr Generalsekretär das Podium erreicht, darf ich

das - es ist schneller erschienen -

Ergebnis der Wahl einer stellv. Landesvorsitzenden

bekanntgeben:

abgegebene Stimmen 493,
gültige Stimmen 468,
ungültig inklusive 8 Enthaltungen 25,
69 Gegenstimmen.

Auf Frau Dr. Berghofer-Weichner entfielen 374,
auf Frau Bass 6, Wittmann 4, Frau Probst 3, Hofmann 3
Biebl 3, Dr. Huber 3 - ich weiß nicht, Herr Dr. Huber, da
muß sich ein biologischer Irrtum eingeschlichen haben. Aber
das gilt auch für Herrn Jaumann, Herrn Ehnes, Herrn Bachmann.
Also 374 Stimmen für Frau Dr. Berghofer-Weichner. Der Rest der
gültigen Stimmen sind Splitterstimmen.

Darf ich Sie, Frau Berghofer-Weichner fragen, ob Sie die Wahl
annehmen?

Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner: Ich danke und nehme die
Wahl an. (Beifall)

Vorsitzender: Dankeschön. Jetzt hat das Wort der Herr General-
sekretär.

Generalsekretär Max Streibl: Meine Parteifreunde! Sie wissen,
wenn ich Ihnen vorschlage, nämlich den bisherigen Schatzmeister
Dr. Pohle. Ich glaube, ich brauche den Vorschlag nicht allzuviel
zu begründen. Sie wissen, daß das Amt des Schatzmeisters gerade
in der Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär die wichtigste
Position ist und daß das gerade in den Wahlkämpfen eine äußerst
schwierige Aufgabe darstellt. Ich glaube, ich brauche mich
nicht weiter darüber zu verbreiten. Aber Dr. Pohle ist es weit-
gehend zu verdanken, daß wir auch die letzten Wahlkämpfe und
sie Neuorganisation unserer Partei sowie die Einrichtungen,
die wir haben, in dieser Weise schaffen konnten. Ich bitte
ihm wieder Ihr Vertrauen zu geben.

Vorsitzender: Es ist zur Wiederwahl Herr Dr. Pohle vorgeschlagen.

Zu Wort gemeldet hat sich zu einem weiteren Vorschlag Herr Kiesl. Ich darf ihm das Wort erteilen.

MdL Erich Kiesl: Herr Präsident, Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schlage Ihnen als weiteren Schatzmeister den bisherigen Schatzmeister Werner Müller vor. Ich glaube, daß Werner Müller zu dem ersten Schatzmeister Dr. Pohle eine glänzende Ergänzung ist. Er hat sich insbesondere durch die Prüfungs- und Verwaltungsarbeit ganz besonders hervorgetan. Das wird der Generalsekretär bestätigen können. Ich darf Sie bitten, Werner Müller zu wählen.

Präsident: Vorgeschlagen ist also zunächst für den Posten als Kandidat Nr. 1 - ich beziehe mich jetzt auf die hoffentlich vor Ihnen liegende Stimmkarte 5, rosa Druck, mit der Überschrift "Schatzmeister" - Dr. Pohle, im Falle Ihrer Zustimmung bei der Ja-Rubrik anzuzeichnen; Kandidat 2 wäre Werner Müller. Weitere Vorschläge? - Ich habe keine Wortmeldungen. Dann bitte ich auszufüllen und einzusammeln. Es müssen 2 **Stimmen** angezeichnet sein; es müssen 2 Stimmen abgegeben sein, sonst wirft der Computer die Karte als ungültig heraus.

Meine Damen und Herren, welchen meteorologischen und sonstigen Umständen kann es zugeschrieben werden, daß jetzt schon die Karte 7 durch den Computer läuft? Ich komme einfach nicht mehr mit. Wenn es jemand zum Scherz macht, hätte ich auch dafür volles Verständnis. Die Maschine ist einfach humorlos, die nimmt es krumm, und es ist ja Ihre Zeit. Da kommen wir nicht weiter.

Ich darf weiterhin noch bitten: Wer auf der untersten Rubrik "weitere Vorschläge" einen Namen nennt, muß ihn sehr weit oben schreiben, weil, wenn er in die Rubrik "Ja" hineinkommt, die Maschine ihn wieder ausspuckt, weil es nicht mehr klar erkennbar ist. Bis zur letzten Stimmabgabe haben wir es miteinander gelernt.

Ich bitte, einsammeln zu lassen, Karte 5 mit zwei abgegebenen Stimmen für die beiden Schatzmeister. -

Darf ich fragen: Sind sämtliche Karten Nr.5 für die beiden Herren Schatzmeister abgegeben? Hat noch jemand die Karte? - Gut, danke; dann ist dieser Wahlakt abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Wenn auch zwei Wahlgänge noch in der Bearbeitung sind, möchte ich doch den nächsten Wahlgang vorbereiten. (Beifall) Ich danke für die Zustimmung. Es geht um die

Wahl der Landesschriftführer

Ich schlage zunächst vor, die Wahl der beiden Schriftführer ebenfalls in einer also Sammelabstimmung durchzuführen. Ich bitte also, die Karten 9 und 10 verschwinden zu lassen; es geht nur um die Karte Nr.8. Die Karten 6 und 7 sind schon längst weg. 6 und 7 waren Reservekarten für die beiden Schatzmeister; die sind erledigt. Weil wir jetzt eine Sammelabstimmung durchführen, brauchen wir nur die Karte 8. Die Karte 9 und 10 weg, damit sie nicht verwendet werden können?

Bevor ich zur Stimmabgabe aufrufe, gebe ich das

Ergebnis der 3.Wahl eines stellv. Landesvorsitzenden

bekannt:

604 Wahlberechtigt; abgegebene Stimmen 495,
gültige Stimmen 468,
ungültige Stimme einschließlich 7 Enthaltungen 27;
Gegenstimmen 28.

Auf den Kandidaten Dr.Franz Heubl entfielen 391, 30 auf Herrn Jaumann.

Damit ist Herr Dr. Franz Heubl gewählt.

Der Vorgänger gratuliert dem Nachfolger. Darf ich Gratulationen kommen höher - fragen: Wird die Wahl angenommen?

Dr. Franz Heubl: Ja.

Vorsitzender: Die Wahl wird angenommen. Dr. Heubl bedankt sich.
(Beifall)

Wir kommen jetzt zur Karte Nr. 8, Wahl der zwei Schriftführer.
Wortmeldung Herr Dr. Huber!

Dr. Ludwig Huber: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde!
Ich schlage als Schriftführer unseren Parteifreund Otto von Feury vor. Unser Freund Otto von Feury hat sich im engeren Vorstand als Präsident des Bauernverbandes und darüberhinaus in der gesamten politischen Tätigkeit außerordentliche Verdienste erworben. Ich würde es für unglücklich halten, wenn er ausgerechnet in dem Jahr von dem wichtigen Amt, das er bis jetzt im Landesvorstand wahrgenommen hat, abgelöst würde. Ich bitte Sie sehr herzlich, Otto von Feury wiederzuwählen. (Beifall)

Vorsitzender: Vorgesprochen ist als erster Kandidat Otto von Feury. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Generalsekretär Streibl.

Generalsekretär Max Streibl: Liebe Parteifreunde! Im Auftrag des Bezirksverbandes Oberbayern darf ich Ihnen unseren Freund Dr. Richard Jäger, den Vizepräsidenten des deutschen Bundestags, vorschlagen. Wir sind in Bonn in der Opposition und haben wenig ~~repräsentative~~ repräsentative Stellungen noch inne. Ich würde es für die ganze Partei für außerordentlich wichtig halten, daß auch die Partei diese Stellung unseres Freundes Dr. Richard Jäger noch unterstreicht und ihn wieder als Schriftführer bestätigt.

Vorsitzender: Weiterer Vorschlag Herr Jäger.

Weitere Wortmeldung Herr Oberbürgermeister Böswald!

Dr. Alfred Böswald: Meine Lieben Parteifreunde! Die Vorstanderschaft solle ein Spiegel der Partei sein, indem alle Generationen vertreten sind. Bisher gab es kein gewähltes Vorstandsmitglied unter 35 Jahren. Ich glaube, es wird Zeit, dies zu ändern. Deshalb schlage ich Ihnen unseren Freund, den jüngsten Oberbürgermeister Deutschlands, Dick Deimer vor. (Beifall)

Dick Deimer ist 32 Jahre alt. Das ist kein Verdienst und kein Argument. Aber ich glaube, seit einer gewissen Zeit vertritt er einen Teil des Profils, einen Teil der Argumente, der Meinungen, die in unserer Partei repräsentiert und formuliert werden, als Kommunalpolitiker, als Landespolitiker, als Bildungsreferent der Jungen Union in vielen Seminaren in ganz Bayern. So ist er durch einen persönlich mit größtem Einsatz getragenen Einsatz zum jüngsten Oberbürgermeister gewählt worden. Er hat uns in allen Bezirksverbänden seine Erfahrungen weitergegeben, und ich glaube, viele Bezirksverbände und viele Kandidaten, - der letzte ~~Wahlkampf~~ Kommunalwahlkampf hat es bewiesen - haben von seiner Arbeit und von seiner Art, den Wahlkampf zu führen, gelernt.

Der Herr Ministerpräsident hat am Schluß seiner Rede gesagt: Wir wissen, daß gerade die jungen Bürger kritische Bürger sind, daß sie mit Eifer und Hingabe am politischen Leben teilnehmen. Darum dürfen wir auch damit rechnen, daß uns gerade diese jungen Bürger unterstützen werden. - ~~Kann~~ ^{Auf} diese Worte kann es meiner Meinung nach nur eine Antwort geben: Josef Deimer zum Schriftführer wählen. (Beifall)

Vorsitzender: Dritter Vorschlag Herr Deimer.

Ich darf eine Zwischenbemerkung machen: In dem augenblicklich ausgezählten Wahlgang findet sich wieder sowohl die Karte 4 wie auch die Karte 8, die Sie jetzt brauchen. Ich mache nur darauf aufmerksam, einigen Damen und Herren fehlen die Karten 8. Sie müssen, um gültige Stimmkarten abzugeben, zwei Stimmen abgeben; eine allein genügt nicht. In der Rubrik des Kandidaten 1 gilt das Ja für Herrn Feury, in der Rubrik Kandidat 2 gilt das Ja für Herrn Jäger, in der Rubrik Kandidat 3 gilt das Ja für Herrn Deimer. Sie haben auf den Dias auf der Wand die Reihenfolge. Weiter, Vorschläge bitte ich wieder in der letzten Rubrik anzuzeichnen, aber bitte so, daß das Oval für das ~~Ja~~ nicht überschritten wird.

Ich bitte, die Karten Nr. 8 einzusammeln.

Sunmehr gebe ich das

Ergebnis der Wahl der Landesschatzmeister

bekannt:

Abgegebene Stimmen 944

gültige Stimmen 832,

Gegensstimmen 10.

Auf Herrn Dr. Pohle entfielen 434,

auf Herrn Werner Müller 433;

außerdem wurde 8 Splitterstimmen zu je 1 Stimme abgegeben.

Damit sind Herr Dr. Pohle und Herr Werner Müller zu Landesschatzmeistern gewählt.

Herr Dr. Pohle, ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Wolfgang Pohle: Ich nehme die Wahl an. (Beifall)

Vorsitzender: Dankeschön. Herr Werner Müller? - Er ist gerade bei der Arbeit. Er nimmt an. Er hat gewunken.

Damit ist auch die Wahl der Schatzmeister erledigt.

Sind noch Karten für die Wahl der Schriftführer, Nr. 8, ausständig? - Dann darf ich auch diese Wahl abschließen.

Meine Damen und Herren! Der nächste Punkt sieht vor:

Wahl weiterer 25 Mitglieder des Landesvorstandes

Ich darf zunächst um einen Beschluß des Parteitagcs folgenden Inhalts bitten: Wir haben beim letzten Parteitag aus guten Gründen vom Parteitag den Beschluß bekommen, daß diese 25 in zwei Gruppen gewählt werden, und zwar eine Zehnergruppe vorweg und dann eine Fünfzehnergruppe. In der Zehnergruppe sollte wegen der gleichmäßigen Verteilung über das ganze Land jeder Bezirksverband einen Vorschlag machen können. Erhebt sich Widerspruch gegen diese Methode, die wir im vergangenen Jahr

praktiziert haben? - Das ist nicht der Fall.

Nun darf ich weiterhin feststellen, daß jetzt die Karte Nr. 11 zur Anwendung kommt, und zwar nur für den Zehnerblock, die Karte Nr. 11, auf der sich 38 Rubriken befinden, von denen Sie aber höchstens 10 anzeichnen dürfen, von denen Sie mindestens vier Punkte, das sind 8, anzeichnen müssen. Die Karte 12 mit den Unterteilungen kommt dann für den zweiten Teil.

Nun darf ich mit der Bitte, jeweils einen Vorschlag zu machen, die Bezirksverbände aufrufen. Zunächst rufe ich den Bezirksverband München auf.

Vertreter des Bezirksverbandes München: Für München schlage ich den Bezirksvorsitzenden, Abg. Erich Kiesl, vor.

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist der Bezirksvorsitzende Erich Kiesl. Das ist die Rubrik 1. Der Name wird dann auf dem Leuchtbild erscheinen. - "Vorstellen" hat jemand gerufen. Herr Abgeordneter Kiesl, zeig dich dem Volk! -

Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern: Für den Bezirksverband Oberbayern schlage ich den neugewählten Bezirksvorsitzenden, Max Streibl, vor.

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist für Nr. 2 Max Streibl. - Soll sich der Generalsekretär vorstellen? - Er ist bekannt.

Ich rufe Niederbayern auf.

Dr. Fritz Zimmerman, MdB: Für den Bezirksverband Niederbayern ~~wäh~~ schlage ich den neugewählten Bezirksvorsitzenden, Alfred Dick, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bayer. Landtags, vor.

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist unter Rubrik 3 Herr Dick.
(Beifall)

Ich rufe die Oberpfalz auf.

Vertreter des Bezirksverbands Oberpfalz: Für den Bezirksverband Oberpfalz schlage ich den Herrn Staatsminister Dr. Otto Schedl vor.

Vorsitzender: Von der Oberpfalz ist vorgeschlagen Herr Minister Dr. Otto Schedl. Er hat die Nr.4.

Ich rufe Oberfranken auf:

Vertreter des Bezirksverbands Oberfranken: Für den Bezirksverband Oberfranken schlage ich den Bezirkstagspräsidenten Anton Hergenröder vor.

Vorsitzender: Unter Nr.5 wird von Oberfranken Herr Hergenröder vorgeschlagen.

Ich rufe Mittelfranken auf.

Vertreter des Bezirksverbands Mittelfranken: Für den Bezirksverband Mittelfranken schlage ich den wiedergewählten Bezirksvorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Lades, vor.

Vorsitzender: Vorschlag Nr. 6 Dr. Lades. Ich bitte, Dich zu zeigen. (Zuruf: Wegen Krankheit entschuldigt!)

Ich rufe auf für den Platz 7 den Bezirksverband Nürnberg.

Vertreter des Bezirksverbands Nürnberg: Für den Bezirksverband Nürnberg, schlage ich den Bezirksvorsitzenden, Abg. Karl Schäfer, vor.

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist für Nürnberg Herr Schäfer, Nr.7.

Ich rufe jetzt Unterfranken auf.

Vertreter des Bezirksverbandes Unterfranken: Ich schlage für den Bezirksverband Unterfranken den Herrn Vorsitzenden, Abg. Raimund Vöth, vor.

Vorsitzende: Für Unterfranken ist vorgeschlagen Herr Vöth,
Nr.9.

Bezirksverband Schwaben!

Vertreter des Bezirksverbands Schwaben: Ich schlage für den
Bezirksverband Schwaben den Bezirksvorsitzenden, Herrn Leo
Wagner, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag, vor.

Vorsitzender: Vorgeschlagen unter Nr. 9 ist Herr Wagner.

Und last not least Bezirksverband Augsburg-Stadt!

Vertreter des Bezirksverbands Augsburg-Stadt: Für Augsburg-
Stadt wird Anton Ott, MdB, vorgeschlagen.

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist Herrn Anton Ott, Mitglied des
Bundestags unter Nr.10

Damit sind die 10 Vorschläge gemacht. Sie sehen die Reihenfolge
an der Tafel. Wer diesem Vorschlag uneingeschränkt zustimmen
will, muß auf der Karte 11 in der linken Spalte, in der Rubrik
Kandidat 1 bis 10, sein bekanntes Zeichen - Strich im ovalen
Raum, - machen. Da andere Vorschläge nicht gebracht werden,
können auch andere Vorschläge hier nicht zur Abstimmung kommen.

Ich darf aber noch einmal darauf hinweisen, es müssen mindestens
8 Zeichen gemacht werden; sonst ist die Karte ungültig.

Darf ich bitten, die Stimmkarte 11 abzugeben und einzusammeln.
10 Stimmen, mindestens 8! -

Während die Maschine noch arbeitet, kommen wir zur

Wahl weiterer 15 Mitglieder

Ich darf Sie zunächst bitten, um Ihre Arbeit zu erleichtern,
die Notiz_Zettel für die Kandidaten 11 bis 25 zu nehmen, da-
mit Sie nicht nur auf das Leuchtbild angewiesen sind und da-
raufhin selbst die Kandidaten in der Reihenfolge, wie sie ge-
nannt wurden, aufschreiben können. Ich werde nach jedem Vor-

schlag jeweils die Ziffer nochmals sagen, auch für die Dame am Diaschreiber, die die Namen Ihnen dann auf das Lichtbild bringt. Es geht mit 1 an; 15 Stimmen haben Sie.

Ich muß wieder eine Berichtigung machen. ~~Die~~ Ich sprach vorhin von vier Fünfteln. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, es handelt sich um drei Viertel. Das Rechenergebnis hat gestimmt. Drei Viertel von 10 sind 7,5; es müssen dann trotzdem 8 sein.

Ich darf feststellen, daß Sie drei Karten haben: - 12/1; 12/2; 12/3 - , die fortlaufend numeriert sind von 1 bis 114. Wieweit wir die Karten brauchen, hängt von der Zahl der Vorschläge ab, die dann gemacht werden. Sie haben aber außerdem noch eine vierte Karte, 12/4, wo Sie weitere Vorschläge bringen können, also Namen, die nicht genannt wurden, die Sie nicht gemeldet haben, die Sie aber hier haben wollen, können Sie noch hineinschreiben, wobei Sie dann allerdings wiederum den Namen schreiben und im kleinen Kästchen den bekannten Strich machen müssen.

Bevor ich weiterfahre, darf ich das

Ergebnis der Wahl der Landesschriftführer

bekanntgeben:

Wahlberechtigt 605;

abgegebene Stimmen 984, gültige Stimmen 918.

- ~~Es~~ wird zusammengezählt; es sind für jeden zwei Stimmen. -

Ungültige Stimmen inklusive Enthaltungen 66;

keine Gegenstimme.

Auf den Vorschlag Otto von Feury entfielen 365,

auf den Vorschlag Josef Deimer 229 292, (Beifall)

auf den Vorschlag Richard Jäger 238, im übrigen 8 Splitterstimmen, darunter 6 für Dr. Huber, 3 für Dr. Böswald,

3 für Dr. Pirkl, die übrigen mit je einer Stimme.

~~Es~~ mit ^{ist} nach dem Grundsatz der relativen Mehrheit gewählt Herr Otto von Feury. Ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Otto von Feury: Ich danke. Ja! (Beifall)

Vorsitzender: Das war deutlich zu hören.

Als nächster mit 292 Stimmen ist Josef Deimer gewählt.
(Lebhafter Beifall)

Ich frage: Nehmen Sie die Wahl an?

MdL Josef Deimer: Ja.

Vorsitzender: Ich nehme an, es war ein Ja. Man hörte es zwar nicht. Aber es ist selbstverständlich.

Damit ist auch diese Wahl beendet.

Ausgezählt wird noch der Zehnerblock. Wir kommen jetzt zur Karte 12/ 1 bis 4. Wieviel wir brauchen, kommt auf die Zahl der Vorschläge an.

Ich habe eine Wortmeldung des Herrn Landesvorsitzenden.

Landesvorsitzender: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Zunächst einmal als Mitglied des Bezirksverbandes, aber auch als Landesvorsitzender möchte ich zwei Mitglieder für den Vorstand zur Wahl in der nächsten Gruppe vorschlagen. Das eine ist der Präsident des Bayer. Landtags, unser Freund Hanauer. (Beifall) Ich habe ihm das vorher nicht gesagt, weil ich befürchten mußte, daß er mir das Wort nicht erteilen würde (Vorsitzender: Wenn kein Mißbrauch zu befürchten wäre, würde ich dem Landesvorsitzenden nie das Wort entziehen, Das würde ich mir nie zu getrauen wagen.)

Das andere ist auch ein sehr verdienter Mitarbeiter, der langjährige stellv. Vorsitzende der Landesgruppe in Bonn, unser Peps Bauer, der keiner weiteren Empfehlung bedarf. (Beifall)

Vorsitzender: Entschuldigung, wenn ich unterbreche! Ich möchte Gelegenheit geben, auch für die Dame am Diaschreiber, die

Vorschläge mitschreiben zu können. Vorschlag 1 ist also mein Name. Vorschlag² ist Josef Bauer. Ich glaube, wir müssen das J dazu setzen.

Ländervorsitzender: Bitteschön, bei Hanauer sehe ich keinen Vornamen. Es ist noch nicht strafbar, daß jemand den Vornamen nicht weiß. (Vorsitzender: Aber ich habe keinen Namensvetter des gleichen Namens.)

Außer Rudolf Hanauer und Peps Bauer würde ich nach dem Ausgang der Wahl den Schriftführer doch empfehlen, unseren Freund Richard Jäger in den Vorstand zu wählen. (Beifall) Er ist eine politische Potenz, die vielleicht nicht immer selbst so plakatieren kann wie es anderen leichter gelingt; aber er ist ein Mann mit politischer Potenz und ein Mann mit einer gewaltigen politischen Erfahrung.

Dann möchte ich noch zwei Namen erwähnen. Das eine ist ein Mann, der sehr viel Parteiarbeit leistet und der deshalb auch nicht nur kooptiert werden sollte, was der Ausweg wäre, aber der sowieso bei uns mitten drin sitzt. Das ist unser Freund Gerd Wachter, Vorsitzender unserer Pressekommission, Mitglied des Wahlkampf Ausschusses. Wachter in all den Jahren, muß ich immer sagen, ein gewaltiges Maß an Zeit und Arbeit aufgewendet, um seine politischen Fähigkeiten in den Dienst der Partei zu stellen. (Beifall) Wenn ich den Namen Wachter hier nenne, bitte ich andere, wenn ich sie nicht nenne, darüber nicht ungehalten zu sein.

Aber, liebe Freunde, jetzt kommt ein Name, bei dem ich Sie herzlich bitte, mich nicht im Stich zu lassen, aus Gründen, die ich gar nicht näher zu erläutern brauche. Das ist sozusagen der Wortführer der Gruppe von gestandenen, aufrechten Politikern, die mit der heutigen FDP nicht mehr zurecht kommen und den Weg zu uns gefunden haben, nämlich unser Freund Werner. (Beifall) Er braucht weder eine Rechtfertigung noch eine Empfehlung, aber eines darf ich sagen: Geändert hat sich die FDP, nicht geändert in ihren liberalen Auffassungen innen- und außenpolitischer Art haben sich die FDP-Politiker, die sich mit dem

neuen Kurs nicht abzufinden bereit waren und bei uns die liberale politische Heimat gesehen haben. (Beifall)

Das war der Sinn meiner Wortmeldung.

Vorsitzender: Dankeschön. Ich darf bitten, jetzt für den Notizzettel auf die Dias zu schreiben:

1. Hannauer,
2. Josef Bauer,
3. Jäger,
4. Wacher,
5. Werner.

Nächste Wortmeldung Frau Charlotte Defregger!

Frau Charlotte Defregger: Ich bitte, die Landesvorsitzende der Frauenunion, Frau Genta Haas, in den Vorstand zu wählen. Wir haben bereits viele Herren im Vorstand. Ich wäre dankbar, wenn man sie wählen würde. (Beifall)

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist Frau Haas. Das ist Position Nr.6.

Nächste Wortmeldung Herr Ministerpräsident Goppel!

Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel: Meine lieben Freunde! Wie das letzte mal schon möchte ich im Hinblick auf die Verhältnisse der Landeshauptstadt den zweiten Bürgermeister der Landeshauptstadt, unseren Freund Dr. Steinkohl, vorschlagen. (Beifall)

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist Bürgermeister Steinkohl. Für die Ziff.7 in der Rubrik Steinkohl!

Nächste Wortmeldung Herr Lang vom Bezirksverband Oberpfalz!

Lang: Ich spreche für den Bezirksverband Oberpfalz. Wir haben zwei Vorschläge, Herrn Bundesminister a.D. Hermann Höcherl und Herrn Staatssekretär Franz Sackmann. Beide sind Ihnen ein-

reichend bekannt. Herr Staatssekretär Sackmann sitzt hier im Saal; er braucht sich gar nicht vorzustellen, wir kennen ihn alle. Herr Bundesminister a.D. Höcherl ist heute nicht hier; er vertritt unsere Interessen bei dem britisch-deutschem Gespräch in London. Ich darf Sie bitten, unsere Vorschläge anzunehmen.

Vorsitzender: Zwei Vorschläge: Ziff.8 auf den Namen Höcherl - er ist bekannt- und Ziff.9 auf den Namen Sackmann.

Nächste Wortmeldung Herr Karl Schäfer!

Karl Schäfer, MdL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf vorschlagen, den Herrn bayerischen Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge, Dr. Fritz Pirkl. Er ist Landesvorsitzender unserer CSA in Bayern; er ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung. Ich glaube, daß gerade die erste Tatsache, daß er ein versierter Sozialpolitiker ist, es rechtfertigt, ja geradezu notwendig macht, ihn in dieses hohe Gremium als den bekannten bayerischen Sozialpolitiker zu entsenden. Ich darf um seine Wahl bitten. (Beifall)

Vorsitzender: Das war die Nr.10: Dr. Pirkl. Damit darf ich ihn gleich für die nächste Wortmeldung ans Mikrofon bitten. Er kriegt Skifahrverbot für die nächsten Jahre.

Staatsminister Dr.Fritz Pirkl: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte unseren Freund Erich Ziegler, Mitglied des Deutschen Bundestags, Ihnen zur Wahl vorschlagen. Erich Ziegler ist im Bereich der Gesellschaftspolitik und der Sozialpolitik einer unserer wichtigsten Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und auch all überall, wo es im Lande gilt, die Belange der Arbeitnehmerschaft und der Sozialpolitik zu vertreten. Er ist Ihre Stimme würdig. (Beifall)

Vorsitzender: Auf den Platz 11 ist Herr Ziegler vorgeschlagen. Nächste Wortmeldung Herr Vöth!

Reinhold Vöth, MdL: Für den Bezirksverband Unterfranken darf ich Ihnen vorschlagen Herrn Staatssekretär Lauerbach als stellv. Bezirksvorsitzenden und als Vorsitzenden des Wehrpolitischen Arbeitskreises der Christlich-Sozialen-Union. Außerdem darf ich den Vorschlag Pirkl, den stellv. CSA-Obmann, für unseren Bezirksverband wiederholen.

Vorsitzender: Wiederholt wird der Vorschlag Pirkl. Neu vorgeschlagen ist Lauerbach, Rubrik 12.

Herr Dr. Zimmermann!

Dr. Fritz Zimmermann MdB: Für den Bezirksverband Niederbayern schlage ich den stellv. Bezirksvorsitzenden, Herrn Staatssekretär Josef Bauer, bay. Justizministerium, vor und als zweiten Vorschlag, der weit über Niederbayern hinausgeht, Herrn Domkapitular Sommer aus Passau, seit über 10 Jahren Mitglied des Landesvorstands und unser Verbindungsmann zur kath. Kirche.

Vorsitzender: Auf Nr. 13 ist wiederum ein Josef Bauer vorgeschlagen. Damit Klarheit besteht: Diese Nr. 13 ist der Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz. Der auf Nr. 2 vorgeschlagene Josef Bauer ist der neugewählte Landrat von Wasserburg und stellv. Bezirksvorsitzender von Oberbayern.

Der zweite war Herr Sommer, Nr. 14.

Herr Hergenröder!

Anton Hergenröder: Für den Bezirksverband Oberfranken schlage ich Herrn Baron von Guttenberg vor. Ich brauche die politische Bedeutung der Persönlichkeit des Barons von Guttenberg besonders jetzt in der außenpolitischen Auseinandersetzung nicht besonders zu würdigen. Ich darf bloß an das letzte Ferninterview erinnern. Im übrigen wird mit Nachdruck auch die Kandidatur Wachter von uns unterstützt. (Beifall)

Vorsitzender: Ziff. 15 Herr von Guttenberg.

Nächste Wortmeldung Herr Kerl von der UdV.

Kerl: Meine lieben Parteifreunde! Ich meine, wir wären gut beraten, wenn wir in diesem entscheidenden Jahr als Vertreter der Heimatvertriebenen den Landesobmann der UdV, den Landtagsabgeordneten Willi Lucke, in die Vorstandschaft wählen würden. (Beifall)

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist Herr Abgeordneter Lucke. Das ist die Nr.16.

Nächste Wortmeldung Herr. Dr. Krainer!

Dr. Krainer: Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren! Für den Bezirksverband Mittelfranken darf ich vorschlagen den Herrn Bundestagsabgeordneten Georg Ehnes als Vertreter der Landwirtschaft und Herrn Staatssekretär Dr. Karl Hillermeier, der ebenfalls hier im Hause hinreichend bekannt sein dürfte.

Vorsitzender: Nr.17 Herr Ehnes, Nr.18 Herr Staatssekretär Hillermeier.

Herr Bundestagsabgeordneter Ott, Bezirksverband Augsburg-Stadt!

Anton Ott, MdB: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bringe für Augsburg-Stadt nur einen Vorschlag, aber einen Vorschlag für einen Mann, der vor wenigen Wochen über Augsburg und über Bayern hinaus hat aufhorchen lassen. Das ist unser zweiter Bürgermeister Dr. Ludwig Kotter. (Beifall) Sie würden damit nicht nur seinen erfolgreichen Start in Augsburg unterstreichen, sondern Sie würden auch gleichzeitig einen weiteren Kommunalpolitiker und einen Mann von 41 Jahren in den Landesvorstand wählen. Ich darf Sie alle recht herzlich bitten, Dr. Kotter als einzigen Vorschlag der Augsburger zu wählen.

Vorsitzender: Vorgeschlagen ist auf Platz 19 Herr Dr. Kotter. Er zeigt sich dem Volk. (Beifall)

Ich habe eine Wortmeldung, die auf den Namen Wagner geht. Ich hoffe, es ist Leo Wagner und es melden sich nicht sämtliche

Herrn mit dem Namen Wagner.

Leo Wagner, MdB: Meine Damen und Herren! Ich schlage für den Bezirksverband Schwaben Herrn Staatsminister Dr. Bruno Merk und Herrn Staatssekretär Anton Jaumann vor. Ich glaube, daß die beiden ihren guten Anteil am Erfolg der Bayer. Staatsregierung geleistet haben. Sie haben beide bisher dem Landesvorstand angehört und sie haben dazu beigetragen, daß wir diese Leistungen erblickt haben. Ich wäre dankbar, wenn Sie ihnen heute Ihre Stimme geben würden.

Vorsitzender: Ich habe auf Platz 20 Herrn Dr. Merk und auf Platz 21 Herrn Jaumann.

Die nächste Wortmeldung ist von der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, dem Herrn Kollegen Suttner:

Suttner: Meine Damen und Herren! Für die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand schlage ich vor den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Senator Josef Wild. Wild gehörte bereits seit vielen Jahren dem Landesvorstand an. Ich bitte, ihn zu wählen.

Vorsitzender: Auf Platz 22 ist vorgeschlagen Herr Wild.

Letzte Wortmeldung, die mir bis jetzt vorliegt, Herr Baron Feury!

Otto von Feury: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen den Landesvorsitzenden des Werkvolkes, den Bundesabgeordneten Dr. Ludwig Franz, vor. Er ist ein führender Sozialpolitiker, ein außerordentlich fleißiger Abgeordneter, Ich bitte, ihn zu wählen. (Beifall)

Vorsitzender: Darf ich fragen, ob weitere Wortmeldungen vorliegen! Eben eingetroffen die Wortmeldung von Herrn Franz Hagleder, Regensburg.

Hans Lagleder: Ich schlage unseren Kultusminister, Dr. Ludwig Huber, als Kandidaten vor. (Beifall)

Vorsitzender: Ich darf darauf hinweisen, daß Herr Dr. Ludwig Huber als Vorsitzender der Fraktion der CSU im bayerischen Landtag zu den automatischen Mitgliedern im Vorstand gehört. Damit ist die Wortmeldung zurückgezogen.

Weitere Vorschläge? - Weitere Wortmeldungen? - Nicht der Fall. Dann haben wir bisher 23 Vorschläge.

Darf ich zunächst zur Technik feststellen: Nachdem die erste Karte 38 Namen hatte, bitte ich, die Karte 12/2 und 12/3 zu entfernen. Ich darf Sie bitten, sie zumindest in eine Brusttasche zu stecken, wo sie nie hineinlagen.

Ich darf zu der Karte 12/4, die Ihnen die Möglichkeit gibt, weitere drei Namen aufzuschreiben, sagen, daß ich Sie bitte, diese Karte nur als Zusatzkarte abzugeben, wenn Sie wirklich außer diesen 23 noch einen Vorschlag machen.

Ich höre weiter, daß auf dieser Karte, obwohl drei Vorschläge droben sind, nur zwei Namen geschrieben werden können. Geben Sie eine leere Karte ab, dann fällt der ganze Computerdienst zusammen. Ich bitte dringend, zunächst einmal nach Möglichkeit, wenn Sie noch Vorschläge haben, diese auf die Liste zu setzen, so daß Sie die Karte überhaupt nicht benötigen. Wenn Sie es aber ~~ix~~ trotzdem wollen, bitte ich, um den Computer nicht in Verlegenheit zu bringen, nur zwei Namen, den obersten und mittleren, ganz oben unter den Worten "weiterer Vorschlag" zu schreiben, so daß der untere Rand, den der Computer erfaßt, mit der Ja-Stimme, mit dem gestreckten, etwas neckigem Oval unberührt bleibt.

An sonst muß ich Sie nochmals darauf aufmerksam machen: Sie haben 15 Stimmen; denn 10 sind schon erledigt. Das Ergebnis wird dann bekanntgegeben. Für die 15 Stimmen dürfen Sie nur 15 abgeben, mindestens aber 12. Das sind die drei Viertel, die ich vorhin als vier Fünftel bezeichnet habe. Mindestens 12 müssen also ~~x~~angezeichnet werden, nicht mehr als 15.

Ich bitte, die Kästchen schön auszumalen, nicht darüberzuschreiben, aber auch die Umrandung zu erreichen.

Ich darf nochmals sagen: Die Karte 12/4 darf nur abgegeben werden, wenn sie beschrieben ist, wenn sie also eine Reaktion der Maschine auslöst. Sonst fällt die Karte flach. Am besten ist, Sie tun sie ganz weg; Sie brauchen sie gar nicht. Das gibt doch bloß eine Splitterstimme.

Bitte eine Wortmeldung! (Frage: Wie kontrolliert man, daß jemand nicht auf einen Stimmzettel 15 Namen und auf den anderen ~~xxx~~ noch zwei weitere schreibt, so daß er 17 Stimmen abgeben kann? Das heißt, wie wird verhindert, daß dann, wenn einer auf dem einen Stimmzettel 15 Namen ankreuzt, und zusätzlich zwei auf dem anderen, der erste Stimmzettel für ungültig erklärt wird.)

Vorsitzender: Ich muß die Computer-Leute fragen: Wie reagiert die Maschine, wenn jemand auf der Karte 12/1 15 Namen ankreuzt und auf der anderen noch weitere zwei? - Die beiden Karten werden ja miteinander eingelegt und die Maschine addiert. Es ist genauso, wenn ich drei Karten und 130 Vorschläge hätte; Sie dürfen aus den 130 nur 15 wählen. Die Karten müssen einheitlich abgegeben, sie müssen natürlich miteinander eingelegt werden; Sie dürfen sie nicht mit den Stimmkarten der Nachbarn mischen. Dann registriert die Maschine von der Karte 12/1 12 und von der Karte 12/4 drei Namen. Wenn es mehr als 15 sind, schmeißt die Maschine die Karten heraus, und wenn es weniger als 10 sind, schmeißt sie sie auch heraus. Das ergibt sich ganz klar, daß die Stimmen von der Maschine registriert und zusammengezählt werden. Das ist ein einheitlicher Arbeitsgang. Die Addition nimmt also die ganzen Stimmzettel ein. Wir haben generell nur eine Karte mit der Möglichkeit von 12/ als Zusatzkarte. Ich bitte aber, davon nach Möglichkeit, wenn es Ihr Gewissen erlaubt, keinen Gebrauch zu machen, um die Maschine nicht zu reizen.

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Dr. Schedl.

Staatsminister Dr. Otto Schedl: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe erhebliche Zweifel, ob der Computer in der Lage ist, dann, wenn ein Delegierter zwei Karten abgibt, festzustellen, ob dieser Delegierte auf dieser ersten Karte nicht mehr als 13 Stimmen abgegeben hat und damit auf der zweiten Karte noch zwei Stimmen hat. Da ich glaube, daß der Computer das nicht kann, weil man ihn auch nicht überfordern darf, bin ich der Auffassung, daß wir nur eine Karte abgeben können, und wer weitere Vorschläge machen will, muß es öffentlich aussprechen; sonst kann ein weiterer Vorschlag nicht Rechnung getragen werden. (Beifall)

Nehmen Sie folgenden Fall an: Mehr als die Hälfte der Delegierten entscheidet sich, auf der ersten Karte, was weiß ich, 15 anzukreuzen und auf der zweiten noch zwei. Dann haben Sie mehr abgegebene Stimmen als Sie Stimmberechtigte im Saal haben. Dann haben Sie einen Stimmenüberschuß und Sie müssen den ganzen Wahlgang für ungültig erklären, weil die Zahl der abgegebenen Stimmen größer als ist als die Zahl der Stimmberechtigten.

Aus diesem Grund bitte ich, Herr Präsident, eine Entscheidung der Versammlung darüber herbeizuführen, daß nur auf der Stimmkarte 12/1 abgestimmt werden kann, weil sonst eine Unterscheidung und Entscheidung nicht möglich ist.

Vorsitzender: Die Teamleitung der Computermaschine sagt, daß die Karten zusammen einheitlich registriert werden. Die Maschine ist so präpariert, daß sie das Gesamtergebnis registriert.

Ich danke dem Herrn Minister Dr. Schedl für die Anregung, die er gebracht hat. Ich werde das nicht als Beschluß vortragen, sondern ich ~~hätte~~ ^{als Wunsch zu betrachten} es von mir ~~ausgebracht~~. Ich wäre dankbar, wenn Sie die Karte 12/4 nicht brauchen könnten. Wir haben sie nur aus Gründen der Demokratie und des möglichst weitreichenden Gebrauches Ihres Stimmrechts eingefügt, weil sich frühere Reklamationen darauf bezogen haben. Es wäre also gut

wenn Sie wirklich noch Vorschläge haben, die zu nennen. Wenn sie aber nicht kommen, möchte ich jetzt die ~~Vorstandsliste~~ Vorschlagsliste mit 23 Namen, wie sie im Diabild zu sehen sind, für abgeschlossen betrachten.

Bitte noch eine Wortmeldung!

Ein Delegierter: Ich schlage noch Herrn Prof. Dr. Fleischmann vor. Wir haben eine Reihe von Herren vorgeschlagen, die aus der Jugend kommen. Das war gut und recht. Ich meine aber, wir sollten in der Person von Prof. Dr. Fleischmann eine Persönlichkeit nehmen, die in der Jugend größtes Ansehen genießt.

Vorsitzender: Es ist auf Platz 24 noch vorgeschlagen Herr Fleischmann.

Darf ich jetzt, um die Vorschlagsliste abzuschließen, fragen: Will noch jemand einen Vorschlag über die 24 Getätigten hinaus machen? - Das ist nicht der Fall. Besteht Einverständnis, wenn ich damit die Rednerreihe abschließe und Sie bitte, in aller Ruhe auf der Karte 12 möglichst unter ~~Außerachtlassung~~ Außerachtlassung von 12/4, nach dem Vorschlag von Herrn Minister Schedl - 15 Namen anzukreuzen, und zwar unter der jeweiligen Nummer, wie es auf Ihrem Notizzettel bzw. hier steht. Es müssen 12 angekreuzt sein; sonst fliegt die Karte heraus. Es dürfen nicht mehr als 15 angekreuzt sein. Entschuldigen Sie noch einmal das Wort "angekreuzt"! Sie dürfen kein Kreuz machen, obwohl es immer wieder gemacht wird. Die betreffenden Stimmkarten müssen nachgeschrieben werden. Es heißt richtig "angezeichnet".

Ich werde gebeten, noch einmal zu sagen, daß unter Nr. 2 der Name von Josef Bauer aus Wasserburg vom Bezirksverband Oberbayern zu finden ist, während der gleichnamige Josef Bauer unter Nr. 13 der Staatssekretär Bauer ist.

Ich bitte, sich nicht zu entfernen. Wir sind mit unseren Prozeduren noch nicht fertig. Ich darf darauf hinweisen, daß wir bei den letzten Wahlen möglicherweise Stichwahlen haben, und wenn

ich kein stimmberechtigtes Haus mehr habe, muß ich Sie für morgen früh um 9 Uhr nocheinmal ~~plazent~~ laden.

Meine Damen und ⁺⁺_h Herren! Ich darf das

Ergebnis der Wahl der ersten 10 weiteren Mitglieder
des Landesvorstands

bekanntgeben.

Abgegeben 4 551 Stimmen,

gültig 4 381,

ungültig 170.

Es empfehlen auf:

Anton Hergenröder 452,

Alfred Dick 447,

Reinhold Vöth 447,

Dr. Otto Schedl 443,

Leo Wagner 443,

Karl Schäfer 442,

Dr. Max Streibl 433,

Anton Ott 432,

Erich Kiesl 426,

Dr. Lades 412.

Damit sind mit ausreichender Mehrheit sämtliche 10 vorgeschlagenen Vertreter der Bezirksverbände gewählt. Ich darf bei der allgemeinen Unruhe im Saal - unterstellen, daß meine Frage, ob die Wahl angenommen wird, von allen mit Ja beantwortet wird. - Ich sehe Zeichen, ich höre Antworten. Ich stelle fest, daß, soweit die Gewählten vorhanden sind, die Wahl angenommen wurde.

Meine Damen und ⁺⁺_h Herren? Darf ich Sie bitten, noch weitere Wahlen durchzuführen. Ich nehme zunächst an, daß die Karten abgegeben sind. Sind die Karten für den letzten Wahlakt abgegeben? - Bitte, bleiben Sie noch hier für den Fall von Stichwahlen. Ich kann sie nicht im leeren Haus durchführen.

Ich bitte, ^{nah} eine Wahl durchzuführen, die wir nicht schriftlich machen müssen. Wir müssen zunächst die

Wahl der zwei Kassenprüfer

durchführen. Vorgeschlagen sind die zwei Abgeordneten Röhrl und Hemfling, wie bisher. Besteht Einverständnis, daß wir kumulativ und durch Akklamation abstimmen? - Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die Herrn Röhrl und Herrn Hemfling gemeinschaftlich zu Kassenprüfern, wie bisher, wählen wollen, die Hand zu erheben. - Danke. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nicht der Fall. Damit darf ich die ordnungsgemäße Wahl der beiden Kassenprüfer Röhrl und Hemfling feststellen.

Wir müssen noch die

Wahl des Revisors

durchführen.

Revisor war bisher Dr. Berlin. Werden andere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Besteht Einverständnis mit offener Abstimmung? - Jawohl. Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich bitte um ein Handzeichen, wer für Herrn Berlin als Revisor ist. - Dankeschön. Ist jemand gegen die Wahl? - Niemand. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist auch nicht der Fall. Herr Dr. Berlin ist ebenfalls einstimmig als Revisor gewählt.

Meine Damen und Herren? Damit sind die Wahlgänge, die ich zu tätigen habe, erledigt. Ich habe nur noch das Ergebnis der letzten Wahl abzuwarten und dann muß ich dem Herrn Landesvorsitzenden bitten, das Wort zum Schlußwort zu nehmen. Darf ich fragen, ob sich der Landesvorsitzende noch innerhalb der weiß-blauen Grenzen befindet! Ich darf bitten, ihn zu verabschieden. Herr Landesvorsitzender Dr. Franz Josef Strauß, hoffentlich erteilt Sie meine Stimme. Ihr Auftritt naht.

Meine Damen und Herren ! Ich darf Ihnen das
Ergebnis der Wahl von 15 weiteren Mitgliedern des
Landesvorstands

bekanntgeben:

Bei 605 Stimmberechtigten wurden abgegeben 6 763 Stimmen,
 gültige Stimmen 6 403,
 ungültig 360.

Ich möchte gleich jetzt zu Gunsten der Maschine und ihrer Be-
 treuer sagen, daß die Länge des Auszahlungsvorgangs dadurch
 bedingt war, daß eine Unsumme von Karten nachgeschrieben wer-
 den mußten. Es sind drei Kugelschreiberdelegierte hier, die
 nicht abgelassen haben, Kugelschreiber zu nehmen. Auch sonstige
 leichte Behinderung hat die Maschine sofort herausgeworfen.
 Dutzende von Karten mußten vom Wahlausschuß nachgeschrieben und
 neu in die Maschine eingelegt werden.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf:

Herrn Guttenberg 377, (Beifall)
 den augenblicklich amtierenden Tagungspräsidenten 376,
 (Beifall)

Herrn Minister Dr.Pirkel 376,
 Herrn Höcherl 353,
 Richard Jäger 332,
 Herrn Bürgermeister Steinkohl 317,
 Staatssekretär Jaumann 307,
 Herrn Minister Dr.Merk 304,
 Herrn Bürgermeister Kotter 303, (Beifall)

Herrn Werner 301 (Beifall)

Herrn Staatssekretär Sackmann 294,
 Herrn Dr.Franz 282,
 Herrn Wachter 278,
 Herrn Prälat Sommer 262,
 und last not least Frau Centa Haas 242. (Beifall)

Es folgen nur mit geringem Abstand, mit

- 239 Herr Wild,
- 227 Herr Staatssekretär Lauerbach,
- 220 Herr Josef Bauer (Peps),
- 222 Herr Ehnes,
- 218 Herr Ziegler,
- 188 Staatssekretär Bauer,
- 157 Dr. Hilmeier,
- 153 Herr Lucke,
- 74 Dr. Fleischmann,
- 2 Dr. Fuhs,

und 1 Stimme Frau Probst.

Das ist das Ergebnis. Meine Damen und Herren, dabei darf ich mich bei Ihnen bedanken, daß es trotz aller Schwierigkeiten noch einigermaßen gegangen ist. Ich möchte mich aber auch bedanken bei der Maschine mit all ihren Tücken, aber genaugenommen bei der Bedienungsmannschaft, dem Arbeitsteam, das gerade die letzte Auszahlung in einer mustergültigen und schnellen Weise erledigt hat.

Ich habe noch eine Frage zu beantworten, die ich zunächst nicht beantworten konnte. Bei der Wahl von Dr. Heubl ist die Zahl der 19 Splitterstimmen auf dem Blatt nicht droben gewesen. Die wird nachträglich noch festgestellt.

Ich darf mich abschließend bei allen bedanken.

Meine Damen und Herren, das Schlußwort kommt noch. Es wird nicht lange dauern, aber es muß gesprochen werden. Ich bitte, Platz zu nehmen. Das Wort hat der Herr Landesvorsitzende Dr. Franz Josef Strauß zum Schlußwort.

Ich darf im Namen des Tagungspräsidiums Ihnen noch für das Vertrauen danken und damit unser Amt für erledigt erklären. Den Parteitag selbst wird der Herr Landesvorsitzende schließen.

Landesvorsitzender Bundesminister a.D. Dr.h.c.Franz Josef Strauß:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst habe ich, ich glaube im Namen aller Teilnehmer, derer, die ausgemalt haben bis zum guten Ende - und ich brauche nicht vom bitteren Ende zu sprechen, sondern kann vom guten Ende reden -, aber auch derer, die aus wichtigen Gründen weggegangen sind, vor allem dem Präsidium und den beiden Vorsitzenden, Richard Jäger gesamt und Rudolf Hanauer heute, für die vorbildliche Leitung der Geschäftsführung herzlich zu danken. (Beifall)

Zum zweiten: Wir sind eine liberale, tolerante, ich glaube auch sagen zu können gegenüber unseren Gegnern sehr aufgeschlossene Partei. Ich möchte Ihnen unter dem Stichwort "Witze" die Verlautbarung der SPD über diesen Parteitag hiermit verkünden - da sie wahrscheinlich weniger gelesen würde, wenn sie nicht hier zitiert würde, werde ich dafür sorgen, daß sie verbreitet wird - :

"SPD: CSU-Parteitag ohne Resonanz.

Der CSU-Parteitag in München wird nach Auffassung des Sprechers der SPD ohne Resonanz bleiben. Er erklärte am Samstag, die in München von der CSU abgegebenen Erklärungen gleichen dem Schnee dieses Frühjahrs, der nicht liegen bleibe. Mit der Rede des Fraktionsvorsitzenden der DDU/CSU, Dr.Rainer Barzel, sei die CDU allerdings endgültig auf die Linie des CSU-Vorsitzenden Strauß eingeschwenkt, womit die CDU zum CSU-Freundeskreis werde."

(Beifall) Also, ein Bündnisproblem ist damit auch nach Meinung der SPD endgültig gelöst.

"Nach Ansicht des SPD-Sprechers blieb sich Strauß" und jetzt
- es heißt es wörtlich: -

"wie stets unter die Gürtellinie zielend ~~ixxi~~ Pux ... "

Ich möchte wissen, wo die ihren Gürtel haben! Da müssen die ihren Gürtel glatt über dem Hirn haben. (Heiterkeit) Ich glaube, wenn das stimmt, wird Oswald Kollex demnächst in die Politik

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politiker Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

gehen.

Lebenbei gesagt: Ist es nicht ein erschreckendes Zeichen, wenn man gut überlegte, präzise formulierte Worte einer sicherlich harten, aber in keiner Weise persönlich diffamierenden Kritik nurmehr damit abwehren kann, daß man sie in der Öffentlichkeit als "unter der Gürtellinie liegend" qualifizieren will? Verträgt Willy - mit Ypsilon - nicht mehr ~~xxxx~~ das demokratische Grundrecht der freien Meinungsäußerung? (Beifall) Sind wir heute in einem Gleichschaltungsprozeß, der auf dem Wege zahlreicher Einflußnahmen aus der deutschen Presse eine rote Reichspressekammer machen will? (Sehr richtig!) Sind wir soweit, daß man da nur mehr mit Lob und Preis für Willy, den Einmaligen, durchs Land ziehen darf, wenn man überhaupt noch in diesem Lande laut reden darf? Ja, wo sind wir denn eigentlich? Hier nicht, meine Freunde! (Beifall) An uns wird sich die SPD die Zähne ausbeißen. (Beifall)

Ich bin nicht nur dankbar und beglückt über mein gutes Wahlergebnis - dies mir zu erlauben, bitte ich Sie herzlichst - ; ich bin auch beglückt über die Einheit in der Beurteilung des Lebensfragen unserer Nation zwischen den drei führenden Persönlichkeiten der Unionsparteien, Kiesinger, Barzel und Strauß. (Beifall) Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden hoffentlich in absehbarer Zeit die Spekulationen verschwinden, die glauben, daß man uns auseinanderinterpretieren könnte.

Es gibt da einige falsche Freundeskreise, und ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, um dem Landesvorsitzenden der Jungen Union, Alfred Böswald, ein herzliches Wort des Dankes zu sagen, und zwar des Dankes dafür, daß er gegenüber, ich darf sagen, gewissen Verfallserscheinungen, die sich in Hamburg im Landtagswahlkampf gezeigt haben, als man die CSU kritisierte statt die SPD, sich sehr deutlich solidarisch mit der Politik und loyal mit der menschlichen Haltung dagegen öffentlich geäußert hat. (Beifall) Dafür verdient er, die Junge Union, unsere in der Öffentlichkeit auszusprechende Anerkennung. Was ich hier mit tue. (Beifall)

Dann geht's weiter in diesem Wätzblatt:

"Der Leiter des noch nicht einmal Stammtischniveau erreichenden außenpolitischen Arbeitskreises ... "

1st was unter der Gürtellinie? Wenn man sie über dem Hirn hat, sowieso! " ... des noch nicht einmal Stammtisch ..."! Glaubt man damit die Zahl und Qualität der Frauen und Männer unserer Partei, die sich Sorge um die Zukunft unserer Nation machen, abqualifizieren zu können in einem Jargon, für den Göbbels noch Neidgefälle aufbringen müßte. (Beifall)

"Der Leiter ..., Baron von Guttenberg, habe geradezu linksstehen gewirkt. In der Gesellschaft "

- hieß es weiter -

"von Czaja"

- das ist sogar ein CDU Mann -

"und Richard Jäger, Paul Wilhelm Wenger, Walden und Zimmermann ist der Einäugige"

- damit ist Guttenberg gemeint -

" König".

Mich interessieren aber weniger die Abqualifizierungen unserer Politiker - das sind wir ja gewohnt - , aber daß man hier wieder terroristisch Äußerungen gegen Publizisten macht, die noch nicht in die allgemeine Jubellinie des Brandt'schen Preis- und Gesangvereins eingerückt sind, das spricht Bände, daß man Leute notorisch und systematisch diffamieren will, um sie mundtot zu machen. Es gibt auch eine Form/Terror, der genauso gefährlich oder gefährlicher ist, als physische Gewalt. (Beifall) Und ~~die~~ gegen diese Form von Terror werden wir jetzt mit aller Gewalt zu Felde ziehen , (Beifall) damit in Deutschland die Meinungsfreiheit erhalten bleibt, - Bei dem "Internationalen Brühschoppen" hat es jüngst ein Schweizer Publizist gewagt, seine eigene Meinung zu sagen, und zwar eine Meinung, die nicht in die Generallinie der anderen Gesprächspartner paßte. Da ist ihm von einem staatsentsandten Journalisten eines kommunistischer

Meinungsmonopol, namens Ungarn, gesagt worden, er soll sich hüten, im Gespräch seine Meinung zu sagen, weil das nicht in die Linie Brandt passen würde. (Pfi) Meine sehr verehrten Damen und Herren, da ist es Zeit, Alarm zu schlagen in unserem Land. Wir brauchen die umfassende Information und die unbegrenzte Freiheit der Meinungsäußerung.

"Der SPD-Vorstand-Sprecher faßte zusammen:"

- heißt es am Schluß -

"Der CSU-Parteitag 1970 in München war eine Versammlung von über sich sprechenden Denkmälern."

Meine Damen und Herren! Ich habe damit das Kommuniqué über uns aus dem Hauptquartier der anderen Partei verlesen. Ich habe es mit großer, darf ich sagen, an Karl Valentin orientierter Fähigkeit zur Humorgestaltung getan. Denn hier, mit einer solchen Wertung unseres Parteitages hat sich die SPD selbst disqualifiziert. (Beifall)

Sie haben gestern mit viel Geduld und mir ausgeliefert sozusagen meine Rede anhören müssen. Ich habe in dieser Rede viele Fragen gestellt. Warum gibt die SPD auf keine dieser genau überlegten, sorgsam formulierten, präzise gestellten Fragen in der Sache eine einzige Antwort? Darauf gibt es nur eine einzige Antwort: Sie hat ein schlechtes Gewissen und sie wagt es nicht, die Endziele der von ihr betriebenen und angestrebten Politik der Öffentlichkeit heute schon auf den Tisch zu legen.

Meine lieben Parteifreunde! Wenn ich noch einen Zweifel gehabt hätte, ob die, leider von mir nicht erfundene, auch im Kreis unserer Mitarbeiter erarbeitete Formulierung "Deutschland braucht Bayern" richtig ist, mit der Reaktion der SPD auf unsere Feststellungen ist auch dieser Zweifel ausgeräumt. Deutschland braucht wirklich Bayern. (Beifall) Es braucht Bayern nicht nur wegen der Landschaft, wegen Kunst und Kultur, wegen der folkloristischen Attraktionen oder wegen wirtschaftlich - industrieller Beiträge, Deutschland braucht auch Bayern

wegen seines politischen Beitrags zur Lösung der gesamten deutschen Lebensfragen und zur Abwendung von Gefahren für uns alle. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe meine Rede erarbeitet und gehalten, bevor ein Artikel erschienen ist in einer sehr gut informierten Zeitung, die über bestimmte Kanäle zum gegenwärtigen Amt verfügt, im "Bonner Generalanzeiger". Ich kenne die Kanäle nicht und ich profitiere nicht von ihnen. Der "Bonner Generalanzeiger" ist ein der FDP nahe stehendes Blatt, nicht unser Blatt, aber ein Blatt, das sich bemüht, objektiv zu informieren und sicherlich subjektiv zu kommentieren. In diesem Blatt wird die Behauptung aufgestellt, daß Bahr bei seinen Gesprächen mit Gromyko den Russen den Austritt der Bundesrepublik aus den Pariser Verträgen in der heutigen Fassung angeboten hat. (Hört, hört!)

"In diesem Zusammenhang"

- so heißt es dort -

"ist auch die Frage angeschnitten worden, ob im Falle eines Abkommens mit Polen und der DDR nicht auch das Potsdamer Abkommen und die Verträge von 1955"

- das sind die Pariser Verträge -

"revidiert werden müssen. Von deutscher Seite ist erklärt worden, daß der gegenwärtige Stand der Verhandlungen noch keine konkreten Überlegungen erforderlich mache. Auch scheut man sich offenbar, das Thema zu vertiefen, weil eine

DDR z.Zt. noch unübersehbare Folgen haben können. Andererseits ist bei den Vorgesprächen mit Außenminister Rogers deutlich geworden, daß die amerikanische Regierung einen eventuellen deutschen Begehren nach Vertragsrevision keine Hindernisse in den Weg legen wird. Hinsichtlich der Anerkennung

nicht irgendein Zeichen zu geben bereit sei, über die von Bonn geforderten Erleichterungen ... "

- Worte, Worte, Worte, habe ich gestern gesagt! -

"Erst wenn die Begegnung von Kassel ein solches Zeichen gesetzt habe, sei die für die Bundesrepublik diskutabel."

Neben dem Grundgesetz ist der Deutschlandvertrag - ~~die Pariser Verträge~~ - einer der beiden Hauptverträge der Pariser Verträge - das ernsthafteste rechtliche und politische Hindernis für eine von Polen gewünschte vorbehaltlose Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze. ^{Es ist als} ~~sowie ein~~ Hindernis für die Konzeptionstendenzen der gegenwärtigen Regierung, ihrer Deutschland- und Rußlandpolitik anzusehen. In den offiziellen Verlautbarungen der Ostberliner Machthaber der jüngsten Tage wird der Deutschlandvertrag als eine Fessel der Bundesrepublik gewertet. Dort wird gesagt, Artikel 7 des Deutschlandvertrages sei der zur Rechtsform gewordene Revanchismus. Art.7 ist seinerzeit - und ich war bei diesen Verhandlungen dabei - auf deutschem Wunsch in den Deutschlandvertrag aufgenommen worden, nicht zuletzt deshalb, um dem Vorwurf der damaligen SPD zu begegnen, die Deutschland- und Europapolitik Adenauers widerspreche dem nationalen Interesse, weil sie die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit verbaue. In diesem Sinne ist Art.7 dann eine bedeutende politische Leistung der drei Westmächte für den freien Teil Deutschlands gewesen. Er war die politische Gegenleistung für unser Ja zur Mitgliedschaft im Atlantischem Bündnis, für unser Ja zur europäischen Integration, für unser Ja zu dem Verzicht auf ABC-Waffen. Wenn nun eine deutsche Regierung darum bitten würde, in der Grenz- und Wiedervereinigungsfrage wegen Schwierigkeiten in der Übereinstimmung, im Arrangement, die Vorbehalte des Art.7 des Deutschlandvertrages ganz oder teilweise fallen zu lassen, so ist die Verschönerung der Westmächte - siehe die Wiedergabe der Äußerungen von Rogers, des amerikanischen Außenministers - sehr groß, dem zu entsprechen. Es war eine der großen diplomatischen und politischen

Leistungen Adenauers, die Besatzungsmächte darauf festzulegen, als Gegenleistung für unseren Beitrag zu Europa, als Gegenleistung für unser Ja mit Beitrag zum Atlantischen Bündnis ihre vorbehaltlose Verpflichtung, für die Freiheit und Einheit ganz Deutschlands einzutreten, ausgehandelt zu haben. Wer das aufgibt, versündigt sich nicht nur an Deutschland, auch an Europa. Hier schiden sich einfach die Geister. (Beifall)

Ob man uns das ratenweise beibringt ^{mit} ~~oder~~ dem Management von Psychopolitikern oder auf einmal sagt, ändert an der Substanz dieser dramatischen Wendung gar nichts. Und das bedeutet abermals: Deutschland braucht Bayern. Die Einigkeit der CDU/CSU, auf diesem Parteitag demonstriert, wird denen noch zu denken geben, die glauben, daß wir hier Denkmäler gesetzt hätten. Die werden sich erleben, was wir unter politischer Opposition gegen eine solche Politik verstehen.

Und wenn man fragt: Warum erhebt ihr jetzt die Stimme? Meine Damen und Herren, weil ich nicht zu denen gehören will, denen man später sagt: Ihr hättet rechtzeitig eure Warnungen aussprechen müssen. Hat man nicht - sogar zum Teil zu Unrecht - der Generation unserer Väter vorgeworfen, sie hätten geschwiegen, als der Weg ins Unheil begann? Ich sage: zum Teil sogar zu Unrecht. Viele haben gewarnt, sind aber nicht mehr ernst genommen worden in der Warnung. Wir warnen heute rechtzeitig, und wir sind nicht so blind, nicht zu sehen, daß derselbe Fehler beinahe in jeder Generation wiederkommt, wenn er nur geschickt genug unter einem anderen Vorzeichen jeweils auftaucht. (Beifall)

Lassen Sie mich abschließend dazu unter Beendigung der Ausführungen noch sagen: Der Art.10 des Deutschlandvertrages gestattet eine Änderung des Vertrages, und zwar heißt es dort:

"Die Unterzeichnerstaaten überprüfen die Bestimmungen des Vertrages und der Zusatzverträge

1. ... Wiedervereinigung und
2. "

- das ist eine interessante Formulierung, die heute akut ist -
 "in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichner-
 staaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in
 dem z.Zt. des Inkrafttretens des Vertrages bestehenden
 Land entstanden ist."

Das zwingt uns doch zu der Fragestellung: Ist eine grundlegende
 Änderung eingetreten? Ich glaube, ich darf hier wirklich im
 Namen der beiden Unionsparteien sagen, daß wir nicht bereit
 sind, unsere gestallierten Partner, ehemaligen Sieger und
 Besetzungsmächte, heutigen Freunde, aus ihrer Verpflichtung
 für Deutschland und Europa zu entlassen. (Beifall)

Ich bitte Sie um Nachsicht und Verständnis, daß ich am Ende
 des Parteitages statt einiger protokollarischer Höflichkeits-
 formeln, die man sonst bei solchen Anlässen zu sprechen pflegt,
 durch das SPD-Kommuniqué und durch diese Meldung aus Bonn ver-
 anlaßt, noch einige politische Ausführungen gemacht habe. Ich
 glaube sie Ihnen, meine lieben Freunde, am Abschluß dieses
 Parteitages - zu dessen Gelingen Sie viel beigetragen haben,
 viel Mühe, Zeit, Opfer und Arbeit gebracht haben - nicht vor-
 enthalten zu dürfen. Denn das rundet diesen Parteitag ab und
 gibt dem Motto des Parteitages auch dem Munde unserer Gegner
 eine sinn gerechte Bestätigung: "Deutschland braucht Bayern".
 (Beifall)

Ich möchte Ihnen allen, die Sie an diesem Parteitag teilge-
 nommen und den großen Verzicht auf Freizeit erbracht haben,
 herzlich danken. Ich möchte den zahlreichen Delegierten danken,
 die mich gewählt haben, und ich möchte den wenigen, die, wie
 ich zugebe, mit Recht anderer Auffassung waren, die herzliche
 Bitte äußern, mich hinzunehmen. Ich werde mich bemühen, das
 Vertrauen der gesamten Partei zu rechtfertigen, und zwar da-
 durch, daß wir auf dem Kurse bleiben, den wir hier gemeinsam
 festgelegt haben, CDU und CSU. (Beifall)

Ich möchte damit Ihnen allen, meine lieben Freunde, für den

Rest des Wochenendes noch eine gute Zeit wünschen. Ich möchte Ihnen wünschen eine angenehme Heimfahrt, einen schönen Sonntag, und für uns alle ein Wiedersehen, wenn wir den Parteitag Anfang Juli begehen, indem der Auftakt zur Landtagswahl von uns mit allen uns zu Gebote stehenden politischen Mitteln vorgenommen wird. Wir brauchen uns nach diesem Parteitag heute nicht mehr zu fragen, unter welchem Zeichen die Landtagswahlen in Bayern stehen werden. Bayern muß als eine Festung einer historisch begründeten, vernunftgemäßen konzipierten und nach dem christlichen Sittengesetz zu verantwortenden Politik erhalten bleiben. (Beifall)

Vorsitzender: Damit ist der Parteitag geschlossen.

(Schluß: 19.5 40 Uhr)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP